

Angst ist d

Die Politische Meinung

sichere R

POPULISMUS

—
Diagnosen zu
einem Phänomen

ZUM SCHWERPUNKT Paula Diehl, Rechtspopulismus und Massenmedien;
Patrick Moreau, Ferne „Brüsseler Welt“; Viola Neu, Heimatlosigkeit des Protestes

INTERVIEW Peter Tauber über Populisten und ihre Botschaft

IMPULSE Katharina Senge, Zum neuen Integrationsgesetz

9 €, Nr. 539, Juli/August 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de

Der einzige
Ratgeber,
das Leben
einfach hat.

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Ist die „Brexit“-Entscheidung im noch Vereinigten Königreich das Ende aller Illusionen? Zumindest gibt es jetzt kein Vertun mehr, dass die dauerkriselnde „Vernunftfehle“ zwischen der Insel und dem Kontinent nicht mehr zu retten ist. Die desillusionierende Wirkung des Votums reicht aber über diese Erkenntnis hinaus. Die britischen Wähler haben am 23. Juni 2016 ein Monument des Unmuts gesetzt, das weithin sichtbar macht, wie brüchig fundamentale politische Orientierungen geworden sind: die europäische Idee, die westliche Gemeinschaft, selbst unser Modell von Demokratie.

Der Sieg der „Brexiteers“ war auch ein Sieg von Populisten – ihr bisher größter vielleicht. Nationalistische und fremdenfeindliche Ressentiments brachen sich in der Anti-Europa-Kampagne Bahn. Ein „atemberaubendes Ausmaß an Verlogenheit und Manipulation“ (Timothy Garton Ash) vergiftete das öffentliche Klima. Populisten unterschiedlichster Prägung fühlten sich durch das Ergebnis bestätigt und ermuntert – von Geert Wilders über Marine Le Pen bis hin zu Donald Trump, dessen kuriose Attraktivität auf die Wähler in den USA selbst ein Krisensymptom darstellt.

Dass die Maulhelden und Wortführer des britischen EU-Ausstiegs hinterher zunächst mindestens so ratlos dastanden wie die zerknirschten Befürworter, entspricht der Erfahrung: Bossi in Italien, Fortuyn in Holland, Schill in Hamburg, zuletzt Meuthen in Stuttgart – niemand bestand die Herausforderung, als Worte in Taten umzusetzen waren. Und nun: „Take back control“? Der aufgeblasene Slogan der EU-Gegner fiel binnen Stunden in sich zusammen. Großbritannien erlebte in den Tagen nach der Entscheidung umfassendsten Kontrollverlust seiner jüngsten Geschichte. Darf man nun hoffen, dass Wähler jetzt besser durchschauen, wem sie auf den Leim gehen? Werden sie begreifen, dass Missmuts- oder gar Protestwahlen nicht immer harmlos bleiben, sondern bisweilen tiefgreifende Konsequenzen nach sich ziehen?

Das Spektakel auf der Insel entlarvt Populisten und ihre Argumente. Aber zu einer Selbstheilung von diesem „Virus“ der repräsentativen Demokratie (Ralf Dahrendorf) wird es nicht kommen. Zuviel Unbehagen an der Politik hat sich aufgestaut. Offensichtlich klafft eine Vertrauenslücke zwischen den Bürgern und ihren politischen Vertretern, in die dubiose Vereinfacher allzu leicht hineindrängen können. So banal es klingen mag: Die Aufgabe besteht darin, die Anbindung an den demokratischen Souverän in der Demokratie – das Volk – zu stärken. „Volksnähe“ ist eine Forderung, die neu und intensiv zu bedenken wäre: frei von Anbiederung, aber auch ohne jegliches Eliteverhalten.



1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Populismus – Diagnosen zu einem Phänomen

12 DIE HEIMATLOSIGKEIT DES PROTESTES

Viola Neu

Wie sich politische Empörung in der deutschen Parteienlandschaft positioniert

17 EINFACHE ERKLÄRUNGEN – KOMPLEXE WELT

Armin Nassehi

Wovon sich politischer Protest nährt

23 DAS VOLK, DES VOLKES, DEM VOLK

Karsten Grabow

Merkmale und Trends zum Begriff des Populismus

28 FLEISCH VOM FLEISCH DER UNION?

Matthias Jung

Die Wahlergebnisse der AfD und der Kurs der CDU

40 FERNE „BRÜSSELER WELT“

Patrick Moreau

Populisten und europäische Integration

45 INTERVIEW: „DESTRUKTIVE KRÄFTE“

CDU-Generalsekretär Peter Tauber über Populisten und die „Botschaft des Protests“

58 ISLAMOPHOBIE UND ISLAMKRITIK

Thomas Volk

Über die Notwendigkeit einer strikten Unterscheidung

65 MIT DEN WÖLFEN HEULEN?

Norbert Seitz

Die Versuchungen des Linkspopulismus

71 „IM LÜGENGARN VERSPONNEN“?

Ernst Elitz

Die Medien müssen mehr Wertschätzung für ihre Nutzer zeigen

78 EINFACH, EMOTIONAL, DRAMATISCH

Paula Diehl

Warum Rechtspopulisten so viel Anklang in den Massenmedien finden

84 SORGLOSE BEGRIFFSWAHL

Eckhard Jesse

Nicht jeder Extremismus ist populistisch, nicht jeder Populismus extremistisch

94 RECHTSDRIFT IN PUTINS ARME

Alan Posener

Außenpolitische Positionen populistischer Parteien

Rundblick

33 **BRITISCHE STIMMEN UND STIMMUNGEN**

Hans-Hartwig Blomeier
Populismus im Kontext des
EU-Referendums

37 **IN ANGST ERSTARRT?**

Nele Katharina Wissmann
Französische Parteien und der
Front National

51 **EIN SCHWEIZER ERFOLG**

Michael Strebel
Mit Aufklärung gegen Populismus

55 **ÖSTERREICHISCHE MENETEKEL?**

Reinhold Gärtner, Günther Pallaver
Vom – doch nicht unaufhaltsamen –
Aufstieg der FPÖ

89 **VOM ENDE DER POPULISTISCHEN ÄRA**

Guillermo Aveledo Coll,
Kristin Wesemann
Lateinamerika und die Linkspopulisten

Impulse

99 **MOSKAU UND DIE RECHTEN**

Anton Shekhovtsov
Wie radikale Gruppierungen Unter-
stützung von Moskau erhalten

104 **MEILENSTEIN ODER PAPIER DES MISSTRAUENS?**

Katharina Senge
Zum neuen Integrationsgesetz

Nachgedacht

109 **DILEMMA IN ANKARA**

Dirk Tröndle
Über die Immunitätsaufhebung der
türkischen Abgeordneten

116 **KURDISCHE VISIONEN**

Hüseyin Bağcı, Hasan Hilmi Güllü
Die Zwillingsbrüder PKK und PYD (YPG)

Gelesen

123 **KEIN LAND SO UNGLEICH WIE DEUTSCHLAND?**

Wolfgang Tischner
Marcel Fratzschers Buch bietet nur
eine verkürzte Argumentation

Angst ist der einzige sichere Ratgeber, den das Leben überhaupt hat.

Oskar Lafontaine

Banal oder gefährlich?

Eine Marketingkampagne entlarvt populistische Parolen

Vereinfachung und Zuspitzung sind ihre wichtigsten Stilmerkmale.

Anhand von prägnanten Zitaten werden in der Bildstrecke Beispiele populistischer Rhetorik gezeigt. Grafisch sind sie wie reißerische Schlagzeilen in der Boulevardpresse. Populärkultur trifft Populismus.

Mit der Marketingkampagne zu ihrer Ausstellung „Politischer Populismus“ machte die Kunsthalle Wien auf die wachsende Alltagspräsenz populistischer Parolen aufmerksam. Die internationale Schau präsentierte vielfältige künstlerische Reaktionen auf populistische Argumentationsmuster. In dem Spannungsfeld zwischen populistischer Verkürzung und künstlerischer Komplexität waren die Besucher/innen eingeladen, sich mit der alltäglichen Erfahrung von Populismus und den außergewöhnlichen Angeboten der Kunst auseinanderzusetzen.

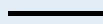
Was geschieht, wenn die platten Parolen verfangen? Sind sie, indem sie diffuse Ängste und Ressentiments fördern, mitverantwortlich für ein aggressiveres gesellschaftliches Klima, vielleicht sogar für lange nicht gekannte Dammsbrüche zur Gewalt?

In Großbritannien ist während der „Brexit-Kampagne“ die Abgeordnete Jo Cox ermordet worden. Monate zuvor wurde mitten in der Flüchtlingsdebatte die heutige Kölner Oberbürgermeisterin, Henriette Reker, Opfer eines Mordversuchs.

Wie kann man den demagogischen Reden ins Wort fallen? Wie lässt sich neue Sprache in der Politik finden, die emotionaler und verständlicher ist – ohne die komplexen Zusammenhänge unzulässig zu vereinfachen? Populärkultur trifft Demokratie – das wäre einmal ein Thema.

Marketingkampagne für die Ausstellung „Politischer Populismus“
in der Kunsthalle Wien, 2015/2016, © Boy Vereecken. Die Ausstellung fand
von November 2015 bis Februar 2016 statt.

Populismus



Diagnosen zu
einem Phänomen



**The beauty
that I'm v**

**y of me is
very rich.**

Donald Trump

**We must
the privilege
have destroyed
part of the**

**confront
ed elite who
yed a large
e world.**

Hugo Chavez

**There must be
authority, and
that the more
authority in
is the more**

**ust be an
d we believe
st qualified
a household
man's.**

Jean Marie Le Pen

Die Heimatlosigkeit des Protestes

Wie sich politische Empörung in
der deutschen Parteienlandschaft positioniert

VIOLA NEU

Geboren 1964 in Ludwigshafen
(Rhein), Leiterin des Teams
Empirische Sozialforschung,
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit den 1960er-Jahren war es keiner „kleinen“ Partei¹ gelungen, bei einer Bundestagswahl so knapp an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern wie der AfD 2013. Nachdem die Partei durch die Spaltung in Alternative für Deutschland (AfD) und Allianz für Fortschritt und

Aufbruch (Alfa) zwischenzeitlich dem Untergang geweiht schien, erholte sie sich 2015 im Verlauf der Flüchtlingskrise.

Dennoch geht den Wahlerfolgen der AfD ein langjähriger Trend voraus. Seit Jahrzehnten haben sich die Bedingungen für kleine Parteien kontinuierlich verbessert, da immer mehr Wähler bereit sind, den sogenannten „sonstigen“ Parteien ihre Stimme zu geben. Diese Entwicklung setzte bereits in den 1990er-Jahren ein. In Hamburg erhielten die sonstigen Parteien bereits 1993 und 1997 über sechzehn Prozent der abgegebenen Stimmen, 1991 blieben in Bremen knapp zehn Prozent der Stimmen bei den kleinen Parteien, und bei der Europawahl 1994 votierten gut zehn Prozent für die Parteien außerhalb des Parlaments. In den 1990er-Jahren gelang es einigen kleinen Parteien, in Parlamente einzuziehen; genau genommen waren es zuerst 1989 die Republikaner, die mit 7,5 Prozent in das Berliner Abgeordnetenhaus einzogen.

Seit dieser Zeit gelang es – neben den Republikanern – der Statt-Partei, der Schill-Partei, der Deutschen Volksunion (DVU), der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Partei Arbeit für Bremen und Bremerhaven, den Bürgern in Wut, den Freien Wählern und der Piratenpartei, auf Landesebene zu reüssieren. Diese Parteien verbindet programmatisch wenig. Manche sind populistisch, manche extremistisch, andere sind reine Protestparteien oder haben ein spezifisches Themenfeld in den Fokus gerückt. Langfristig konnte sich keine dieser Parteien etablieren, was im europäischen Vergleich ungewöhnlich ist, da sowohl populistische als auch extremistische Parteien in vielen Ländern politisch Fuß fassen konnten.

Ursache des bislang zeitlich und/oder geografisch begrenzten Erfolges der kleinen Parteien ist die Veränderung des Abstimmungsverhaltens. Infolge des schleichenden Rückgangs der Parteiidentifikation seit den 1970er-Jahren und des Anwachsens ungebundener Wählerschichten hat volatiles Wahlverhalten zugenommen, ist fast die Norm und nicht mehr die Ausnahme. Stammwählerschaften sind auf eine überschaubare Kernklientel geschrumpft. Alle Parteien müssen von Wahl zu Wahl die Wähler immer wieder neu für sich gewinnen.

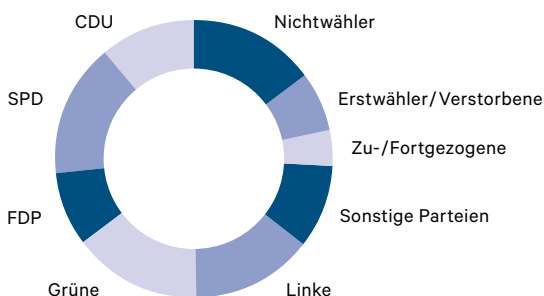
Wer mit „denen da oben“ und den etablierten Parteien unzufrieden ist, entscheidet sich häufig für eine der kleinen Parteien. Sie profitieren von unterschiedlichem Protest – mal konkreter, mal diffuser Natur – und mobilisieren immer (unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung) überdurchschnittlich viele ehemalige Nichtwähler. Ideologisch war der Protest in den letzten Jahrzehnten nicht „rechts“ oder „links“ zu verorten, was auch daran liegt, dass viele politische Themen und die Einstellungen der Bürger nicht in das Rechts-Links-Schema passen.

WEDER RECHTS NOCH LINKS

Seit 1992 zeigte sich ein Trend, der bis heute – cum grano salis – immer wieder durch die Erfolge der „sonstigen“ Parteien bestätigt wird. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg erhielten die Republikaner (REP) 10,9 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig verlor die CDU 9,4 Prozent. Wer vorschnell meinte, dies sei „Fleisch vom Fleische der CDU“ gewesen, wurde rasch eines Besseren belehrt. Die Wählerwanderungsbilanz zeigte, dass die Zusammensetzung der REP-Wählerschaft auf vielen Säulen basierte. Jeweils etwa ein Drittel der Wählerschaft kam von der CDU, aus dem Nichtwählerlager und aus den anderen Parteien (vor allem der SPD). Bei allen Wahlen (siehe Abbildungen auf Seite 14), bei denen Protestparteien in die Parlamente einzogen, wiederholte sich dieses Muster. Sie mobilisieren auch bei sinkender Wahlbeteiligung ehemalige Nichtwähler. Ansonsten kommen die Wähler aus allen politischen Lagern – auch quer zur ideologischen Ausrichtung der Parteien.

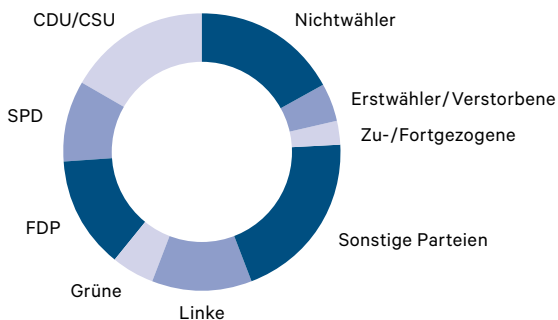
Die AfD ist in Bezug auf die Zusammensetzung ihrer Wähler eine heterogene Sammlungspartei. Auch wenn gelegentlich behauptet wird, die AfD würde besonders der Union schaden, so kann dies anhand der Daten nicht bestätigt werden. Die AfD sammelt aus allen politischen Lagern und Richtungen Wähler ein. Wie jede Protestpartei gewinnt sie aus allen politischen Richtungen Wähler hinzu. Dass es sich hierbei um ein bekanntes Phänomen handelt, zeigt der Vergleich mit der Piratenpartei (Piraten). Auch bei ihr kommen die Wähler aus dem gesamten politischen Spektrum. Protest ist nicht links oder rechts.

Zusammengefasste Daten der Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen 2012, Schleswig Holstein 2012, Saarland 2012 und der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011 – Wählerzuströme für die Piraten –



Quelle: Infratest dimap WahlREPORT

Zusammengefasste Daten der Landtagswahlen Brandenburg 2014, Thüringen 2014, Sachsen 2014, Hessen 2013, Hamburg 2015, Bremen 2015, Baden-Württemberg 2016, Rheinland-Pfalz 2016, Sachsen-Anhalt 2016 und der Bundestagswahl 2013 – Wählerzuströme für die AfD –



Quelle: Infratest dimap WahlREPORT

Die Wahl von 1992 beseitigte auch ein weiteres Vorurteil, und ein neuer Trend entstand: Stimmten in den 1960er-Jahren vor allem ältere Wähler für die NPD, wiesen die REP eine umgekehrte Alterspyramide auf. Sie waren umso erfolgreicher, je jünger die Wähler waren. Dieses Muster zeigt sich immer wieder. Eine gewisse Protestaffinität ist bei jüngeren Männern und Wählern mit einem einfachen bis mittleren Bildungsniveau sichtbar. Frauen zeigen gegenüber „neuen“ Parteien insgesamt und schon immer eine größere Zurückhaltung. Selbst die Partei Bündnis 90/Die Grünen hatte zu Beginn einen Männerüberhang. Fasst man die sozialstrukturellen Charakteristika der Wähler von Protestparteien zusammen, so könnte man grob verkürzt sagen: männlich, mittleres bis niedriges Alters- und Bildungsniveau und konfessionell ungebunden. Zudem sind Protestparteien bei Arbeitern und Arbeitslosen überdurchschnittlich beliebt.

DINGE „BEIM NAMEN NENNEN“

Bei den Wählern zeigt sich eine diffuse Unzufriedenheit, die sich an einem oder wenigen Themen festmacht. Wie alle Protestparteien profitiert auch die AfD von dem Glauben, man würde mit der Wahl einer solchen Partei keinen Schaden anrichten, und andere (etablierte) Parteien würden wenigstens das Zeichen verstehen und darauf reagieren. Darüber hinaus hat die Partei in den Augen der Wähler das typische Profil einer Protestpartei, von der man zwar keine Problemlösung erwartet, die aber die „Dinge wenigstens beim Namen“² nennt. Enttäuschung über andere Parteien und diffuse Unzufriedenheiten bilden weitere Wahlmotive. Bei den AfD-Anhängern ist die Skepsis gegenüber Europa besonders ausgeprägt; das gilt zudem für negative Haltungen gegenüber Ausländern, Flüchtlingen und Muslimen.

Die AfD hat das Wählerprofil einer typischen Protestpartei, wie es sie seit den 1990er-Jahren in vielfachen Variationen gegeben hat. Die Wahlerfolge der AfD basieren nicht auf einer spezifischen Mobilisierung eines Wählermilieus, sondern resultieren aus dem erfolgreichen Sammeln diffusen Protestes aus dem gesamten parteipolitischen Spektrum. Die Analogie zu den Erfolgen anderer Protestparteien ist sicher nicht zufällig. Dies könnte man durchaus so interpretieren, dass politischer Protest keine Heimat hat.

MIT DEM „GESUNDEN MENSCHENVERSTAND“ GEGEN FREIHEITSRECHTE

Zweifellos sind die politischen Positionen der AfD für die Wähler von nachgeordneter Bedeutung. Es lohnt jedoch, das politische Denken der AfD noch etwas genauer zu untersuchen.

Seit dem 1. Mai 2016 hat die AfD ein Grundsatzprogramm. Neben einer Vielzahl von „Antis“, Kritik an „denen da oben“, will sie konsequent „zurück in die Vergangenheit“ gehen. Die AfD sieht sich als die Partei des „gesunden Menschenverstandes“.

Dieser lässt sie unter anderem schließen, der Klimawandel sei nicht vorhanden. Dies mag man noch für eine mehr oder minder possierliche Aussage halten. Hier soll jetzt keine umfassende Programmanalyse vorgenommen, sondern nur auf einen Teil hingewiesen werden, der aus verfassungsrechtlicher Perspektive bedenklich erscheint. Freiheitsrechten, wie Forschungs-, Glaubens-, Religions- und Pressefreiheit, steht die Partei ablehnend gegenüber. Sie formuliert im Programm zwar auch, dass sie diese Freiheiten gewähren würde, gleichermaßen votiert sie für eine willkürliche Einschränkung dieser Freiheitsrechte, welche in der Konsequenz zu ihrer völligen Aushöhlung führen würde. So schreibt die AfD beispielsweise in ihrem Grundsatzprogramm: „Die Freiheit von Forschung und Lehre sind unabdingbare Grundvoraussetzungen für wissenschaftlichen Fortschritt.“ „Gender-Forschung“ würde jedoch nicht den Anspruch „seriöser“ Forschung erfüllen und solle demnach abgeschafft werden. Hier stellt sich die Frage nach der Instanz, die über dieses Kriterium der „Seriosität“ entscheiden sollte: Mit ihrer Einsetzung würden die Grundlagen freier Forschung unmittelbar zerstört und der Wesensgehalt des Grundrechtes würde in sein Gegenteil verkehrt.

Auch wenn unübersehbar ist, dass die AfD Einschränkungen von Grundrechten nicht grundsätzlich widerspricht, übt sie harsche Kritik an der Demokratie, den Parteien, den Eliten, der Kultur und den Medien. Aus dieser Kritik bezieht sie ihre Legitimation. In diesem Sinne ist sie eine klassische „Anti-Parteien-Partei“. Kulturpessimismus ist ein weiteres Bindeglied der Partei. Das Frauenbild ist maximal vormodern, „Individualismus“ ein Schimpfwort. Ein- und Zuwanderung werden als Bedrohung empfunden. Allem Fremden und Andersartigen, was nicht als typisch deutsch empfunden wird, steht die AfD misstrauisch gegenüber. Verfemt ist alles, was sie mit den „68ern“ in Verbindung bringt. Der Parteivorsitzende (bei der AfD Sprecher genannt) Jörg Meuthen wählte in seiner Parteitagsrede die Adjektive „versifft“ und „verseucht“.

Fraglich ist, welche Tragfähigkeit das Programm hat. Derzeit wird die Partei von Erfolgen geeint, doch schon auf dem Parteitag war sichtbar, dass viele Beschlüsse eher knapp gefasst wurden. Dies deutet auf ein weiteres erhebliches Konfliktpotenzial innerhalb der Partei hin, das jederzeit aufbrechen kann.

¹ Die NPD erhielt bei der Bundestagswahl 1969 4,3 Prozent.

² Infratest dimap.

Einfache Erklärungen – komplexe Welt

Wovon sich politischer Protest nährt

ARMIN NASSEHI

Geboren 1960 in Tübingen,
Lehrstuhl I für Soziologie an der
Ludwig-Maximilians-Universität
München, Mitglied des Vorstands
der Stiftung Forschungsinstitut
für Philosophie Hannover.

Wie auch gesellschaftliche Gruppen heute kaum in analoger Gestalt, sondern fast ausschließlich mit statistischen Mitteln, also: *digitalisiert* sichtbar zu machen sind, gilt das letztlich auch für die politische Kommunikation. Sie kann fast nur mit digitalen Mitteln arbeiten, will heißen: Sie muss die Komplexität ih-

rer Einwirkung auf die Gesellschaft immer deutlicher erklären, auch weil sich politische Konzepte kaum mehr in Paketlösungen anbieten lassen. Politik lebt aber auch von der plakativen, von der analogen, von der unmittelbar lebensweltlich anschlussfähigen Sprache, schon um ihre Funktion zu erfüllen,

Kollektivitäten durch Ansprache adressierbar zu machen. Je komplexer die Situation, desto weiter freilich streben die politische und die sachliche Ebene des Politischen auseinander. Was verloren geht, ist die Erzählbarkeit des Politischen.

Die beiden großen Themen der letzten beiden Jahre, die Finanz- und Schuldenkrise einerseits, die Flüchtlingskrise andererseits, sind gute Beispiele dafür. Bei der Finanz- und Schuldenkrise tritt die sachliche Ebene schon deshalb hinter die des Politischen zurück, weil sie sogar Experten kaum erklärbar ist und somit schwer in politische und politikfähige Narration übersetzt werden kann. Das hat zu Abstiegsängsten und Unbehagen gegenüber der Steuerungs- und Handlungsfähigkeit des Staates und der europäischen Institutionen geführt. Ähnlich hat die Flüchtlingskrise zu einer Situation geführt, die die politische von der sachlichen Ebene entfernt hat. Der Unterschied zur Finanzkrise liegt darin, dass sich hier relativ einfache Chiffren der kulturellen Differenz, der Fremdheitsangst und nicht zuletzt der lebensweltlichen Unmittelbarkeit simulieren lassen. Selbst wenn die Flüchtlingskrise unter sachlichen Gesichtspunkten eher eine logistische Herausforderung ist, wird sie als kulturelle Bedrohung kommunizierbar. Die Erzählbarkeit liegt dann auf der Hand. Erheblich narrationsfähiger als tatsächlich komplexe Sachprobleme wie die Bereitstellung beziehungsweise der Bau von Wohnraum oder der Umgang damit ist, dass sich viele Flüchtlinge tatsächlich nicht in dem Maße für Ausbildungsberufe qualifizieren lassen, wie dies als Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt notwendig wäre. Hier sind komplexe Fragen zu bewältigen, die zum Teil nicht einmal für die politischen Eliten narrationsfähig sind.

Politische Opposition von außen, also politischer Protest gegen das politische System, lebt von solcher Erzählbarkeit und ihrer preisgünstigen Verfügbarkeit. An den derzeit besonders prominenten Formen im rechten Spektrum lässt sich dies besonders gut ablesen. Wenn man es nur an PEGIDA festmachen wollte, so gelingt es dieser Bewegung und ihren Derivaten, komplexe Zusammenhänge in einfachen Kategorien darzustellen. Fremde, Flüchtlinge, Muslime etc. werden dadurch als Verantwortliche adressierbar, weil sie als Fremde eine Form von Sichtbarkeit aufweisen, die der Gesellschaft sonst verlorengegangen ist. Rechte Orientierungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich den Menschen nur als Angehörigen einer festen Gruppe vorstellen können. Von Armin Mohler, dem rechten Vordenker des Antiliberalismus, stammt der ebenso böse wie schöne Satz, die Liberalen beurteilten die Menschen danach, was sie sagten, nicht danach, was sie seien.¹

Insofern ist politische Kommunikation stets indizierte Kommunikation. Analog dazu, dass etwa die Anpreisung eines Produkts durch einen Firmenvertreter nicht nur einen Sachaspekt hat – das Produkt kann wirklich gut sein –, sondern immer und unvermeidlich auch als Werbekommunikation oder Marketing wahrgenommen wird, enthält die Kommunikation eines Politikers stets neben dem Sachaspekt auch einen politischen Index. Was gesagt

wird, wird ebenso unvermeidlich als Statement innerhalb politischer Konkurrenz um Positionen wahrgenommen.

Exakt hier setzt der Populismus an. Er bietet einerseits stets einfache Lösungen für komplizierte Probleme an, und er versucht, die Differenz von Staat und Staatsvolk aufzuheben. Nicht umsonst setzt politischer Populismus zumeist an der Kollektivität des Adressaten an, man denke etwa an die „Wahren Finnen“ oder an Marine Le Pens *Front National*, Heinz-Christian Straches Post-Haider-FPÖ oder die *Dansk Folkeparti* mit traditionell nationalistisch-konservativen Positionen, aber auch an Geert Wilders in den Niederlanden oder die belgische *Nieuw-Vlaamse Alliantie* von Bart De Wever, an die Wahlerfolge der polnischen *Pravo i Sprawiedliwość* („Recht und Gerechtigkeit“, PiS) im Jahre 2015, an Viktor Orbáns *Fidesz* („Ungarischer Bürgerbund“) und nicht zuletzt an die „Alternative für Deutschland“ (AfD), die im Herbst 2015 von der Diskussion um die Flüchtlingskrise profitiert hat und inzwischen so etwas wie der parlamentarische Arm von PEGIDA zu werden scheint.

So unterschiedlich diese Bewegungen auch sind, so sehr treffen sie sich in einem Punkt: Sie kommen darin überein, dass das moderne Gemeinwesen jenen Identitätskern verloren habe, den es als Nation, als Schicksalsgemeinschaft einmal hatte. Dies ist eine merkwürdig moderne und anti-moderne Haltung zugleich. Antimodern ist sie darin, dass sie nicht mit der Vielfalt, dem Pluralismus und der Komplexität einer modernen Gesellschaft zurechtkommt. Modern ist sie, weil das Modell europäischer Nationalstaaten spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts darauf gesetzt hat, eine Solidarität unter Fremden zu stiften, deren Zumutung darin bestand, trotz der gesellschaftlichen Komplexität einer sich modernisierenden Gesellschaft eine Gemeinschaft zu sein, die ein gemeinsames Schicksal teilt. Dass die Bewohner europäischer Nationalstaaten ihre unveräußerlichen Rechte als Menschen in Gestalt veräußerlicher Rechte als Bürger eines konkreten Staates genossen, gehört zu den bis heute nicht geheilten Wunden des Modernisierungsprozesses, allen normativen Ideen eines neuen „Kosmopolitismus“ zum Trotz. In diese offene Wunde streut der Rechtspopulismus sein Salz. Was populistische Bewegungen freilich gemeinsam haben, ist ihre Fähigkeit, komplexe gesellschaftliche Probleme auf leicht verständliche und kommunizierbare Nenner zu bringen.

Diese Welt ist in der Tat komplizierter geworden, vor allem dann, wenn sich der immerwährende Traum wachsender Prosperität und steigender Lebensstandards nicht mehr träumen lässt. Konkurrenten um knappe Ressourcen und Lebenschancen haben es immer weniger mit kollektiven, klar identifizierbaren Gegenübern zu tun. Der Konkurrent wird abstrakter und unsichtbarer unsichtbar unter anderem deswegen, weil die Konkurrenten nur noch in Ausschnitten ihrer Persönlichkeiten miteinander konkurrieren, nicht mehr als Exemplare von eindeutigen Gruppen, Klassen und Milieus. Der Konkurrent um Ausbildung, Arbeit, Wohnung, soziale Sicherheit, sogar um

intime Zuneigung und soziale Anerkennung ist letztlich nur noch eine statisch wahrnehmbare Größe, ein Konglomerat ähnlicher Merkmale. Konkurrenten werden, wie schon erwähnt, *digitalisiert* – sie treten nicht mehr als analoge pralle Formen auf, nicht mehr als soziale Gruppen, sondern als statistische Gruppen. Damit werden auch Verantwortliche und Schuldige immer weniger adressierbar und identifizierbar. Der Konkurrent wird schlicht unsichtbar. Für Sichtbarkeit sorgt dann der politische Populismus. Er macht Verantwortliche sichtbar und reduziert die Komplexität der Welt auf illegitime Interessen bestimmter Gruppen („gierige“ Manager, „korrupte“ Politiker, „kriminelle“ Nutznießer von Sozialleistungen, „Lügenpresse“ etc.). Populisten machen all das in prallen Bildern erzählbar.

Besonders aber sind Migrationsfolgen für den politischen Populismus lohnende Themen, denn Migranten erzeugen eine doppelte vermeintliche Sichtbarkeit: Einerseits kann man sie aufgrund von Sprache, Aussehen und „Kultur“ wirklich sichtbar machen. Andererseits sind sie sichtbarer Ausdruck für den schlechten Zustand der Gesellschaft. Gerade am Migrationsthema kann man die Technik des politischen Populismus sehr schön ablesen: Er treibt die politische Kommunikation vor sich her, vergiftet letztlich bestimmte Themen, die in der Öffentlichkeit nicht mehr differenziert diskutiert werden können, weil die einfachen Lösungen auf dem Tisch liegen.

Es hat sich in der Bundesrepublik inzwischen eine rechte Publizistik etabliert, die weit von den eher unbeholfenen Parolen auf der Straße entfernt ist, ihr aber intellektuell den Rücken deckt. Man kann davon ausgehen, dass diese Publizistik mit Autoren wie Götz Kubitschek, Martin Lichtmesz, Karlheinz Weißmann oder Manfred Kleine-Hartlage² durchaus ähnlich wie manche linksextreme Unterstützung aus dem Umfeld von Universitäten in den 1970er-Jahren für das Umkippen der Studentenproteste den Nährboden dafür bereitstellen, Beschreibungsformeln und zitierbare Sätze zu produzieren, die nicht nur bei PEGIDA-Reden genutzt werden, sondern auch Blaupausen für AfD-Politiker anbieten.³ Womöglich ist diese Intellektualisierung des rechten Diskurses eines der deutlichsten Anzeichen dafür, dass sich diese Denkungsart etabliert und auf Dauer stellt.

Solches rechte Denken ist sogar in der Lage, Toleranz und Multikulturalismus zu ermöglichen und zu begründen, wie man es bei dem sehr einflussreichen französischen Publizisten und Philosophen Alain de Benoist nachlesen kann. In seinem Buch *Aufstand der Kulturen* plädiert er für eine Rehabilitierung der „Verschiedenheit“ als grundlegendes Ordnungsprinzip explizit als Gegenprinzip gegen das Versprechen der Gleichheit, wie es seit der Aufklärung gilt.⁴ Man kann dieses Denken von Benoist und der sogenannten „identitären Bewegung“ auch als ein Lob der Vielfalt lesen, und zwar in dem Sinne, dass man Vielfalt insofern gutheißt, als es durchaus unterschiedliche Kulturen und Lebensformen geben darf, aber eben nicht vermischt und innerhalb eines Raumes, sondern nebeneinander. Es ist eine partikularistische

Toleranz, die unterschiedliche Behälter nebeneinander gutheißt, aber mit möglichst wenig Grenzverkehr.

Man kann dann Fremdenfeindlichkeit als Toleranz ausgeben und das Recht an den Boden binden.⁵

Das Wirksame am Populismus ist vor allem sein Kommunikationsstil. Er weist das politische System auf die Differenz zwischen staatlichem Handeln und politischer Partizipation hin. Er geriert sich wie der unsympathische Gast auf Familienfeiern, der unausgesprochene Bedingungen des Familienlebens ausspricht. Er kann so tun, als spreche er die Wahrheit, weil er sich als Volkes Stimme stilisieren kann. Er stört politische Kommunikation, weil er die Antagonismen von Regierung und Opposition, von unterschiedlichen politischen Lösungen noch einmal von sich selbst unterscheidet. Er ist ein Spielverderber, weil er das Spiel nicht mitspielt. Aber es ist kein Spiel, und begegnen wird man dem politischen Populismus wohl nur, wenn es im politischen Prozess genug Differenzen und Alternativen gibt, zwischen denen man sich entscheiden kann. Der Satz „Wir sind das Volk“ symbolisiert dann auf geradezu ästhetische Weise, dass diese Art Populismus sich tatsächlich außerhalb der politischen Institutionen verortet.

Wenn man die Polemiken und den Hass gegen Flüchtlinge richtig versteht, geht es zumeist gar nicht in erster Linie um kulturelle Differenzen oder Ähnliches.⁶ Das kann man schon daran erkennen, dass man sich vor Islamisierung am meisten dort fürchtet, wo es fast keine Muslime gibt. Das ist ähnlich manisch wie die Furcht vor der Christianisierung des Morgenlandes, die einen Teil der islamistischen Extremisten im Nahen Osten motiviert. Was wohl stärker im Vordergrund steht, ist jene angebliche Privilegierung von Flüchtlingen, die staatliche Leistungen erhalten, ohne etwas dafür zu tun. Es lohnt sich schon, Originaltöne der Debatte zu beobachten, und zwar nicht diejenigen diskursgeübter Mittelschichten, sondern Originaltöne jener, die weder in der Verständnissemantik geübt sind noch zu den faschistoiden Schlägern und Zündern gehören, die Wohnheime attackieren.

Das normale, kleinbürgerliche Ressentiment ist weniger ein kulturelles, schon weil man es mit der eigenen kulturellen Identifizierbarkeit nicht gar so kunstvoll hinbekommt. Das Ressentiment besteht eher darin, dass man bei den Flüchtlingen einen Mechanismus außer Kraft gesetzt wähnt, der zur ureigenen Selbstbeschreibung gehört: Dass man das, was man besitzt und worüber man verfügen kann, durch eigene Arbeit oder aus Arbeit resultierender Anspruchsberechtigung bezieht. Es ist dieser Mechanismus, der insbesondere in jenen Schichten eine besondere Rolle spielen dürfte, in denen Arbeit weniger Eigensinn hat als Zweck ist, was sich der mittelschichtorientierte Diskursfähige nicht vorstellen kann.

Diese Andeutungen mögen genügen, um die Struktur der rechten Erzählbarkeit der Welt auf den Begriff bringen zu können. Rechtes Denken bietet sehr einfache Lösungen an, weil es die Strukturfragen der Sachdimension

in einer Gesellschaft verteilter Intelligenzen in die Sozialdimension verschiebt und Personengruppen ausfindig machen kann, die über die Misere der mangelnden Beschreibbarkeit einer komplexen Welt hinweghelfen. Mein Argument kapriziert sich darauf, dass solcherart Denken, das Basis für politischen Protest ist, damit letztlich vor allem ein Beschreibungsproblem zu lösen vermag. Es ermöglicht Sätze mit klaren Kausalitäten, wo andere angesichts komplexer Verhältnisse mit komplexen Aussagen aufwarten. Und nicht zuletzt behauptet es klare Lösungen für die grundlegenden Probleme. Solche Perspektiven stellen eine Diskursfalle dar, denn es handelt sich um Kommunikation, die sich selbst gegen äußere Argumente oder Einwirkungen immunisiert. Jegliche Einwirkung von außen, jegliche Widerlegung, jeglicher Widerspruch stärkt letztlich die eigene Position, weil dadurch bestätigt wird, was die Bewegung zu einfachen Erklärungen nötigt: nämlich die Komplexität der Welt.

Entnommen aus: Armin Nassehi, Die Wiedergewinnung des Politischen. Eine Auseinandersetzung mit Wahlverweigerung und kompromisslosem Protest (Kapitel 6), herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2016.

¹ Vgl. Mohler, Armin: Gegen die Liberalen, 3. Auflage, Antaios Verlag, Schnellroda 2013, S. 9.

² Vgl. dazu Nassehi, Armin: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, Murmann Verlag, Hamburg 2015, S. 27 ff. und S. 45 ff.

³ Vgl. dazu Zastrow, Volker: „Höckes Rassentheorie“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20.12.2015.

⁴ Benoist, Alain de: Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Verlag Junge Freiheit, Berlin 2003, S. 128.

⁵ Vgl. dazu ausführlich Nassehi, Armin: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, Murmann Verlag, Hamburg 2015, S. 26 ff.

⁶ Vgl. Nassehi, Armin: „Die arbeiten nichts‘. Eine kleine Polemik gegen den ‚Wirtschaftsflüchtling‘“, in: Nassehi, Armin / Felixberger, Peter (Hrsg.): Kursbuch 183: Wohin flüchten?, Murmann Verlag, Hamburg 2015, S. 101–110.

Das Volk, des Volkes, dem Volk

Merkmale und Trends zum Begriff des Populismus

KARSTEN GRABOW

Geboren 1967 in Rostock, Koordinator
Politikanalysen und Parteien-
forschung, Hauptabteilung Politik und
Beratung der Konrad-Adenauer-
Stiftung.

Populismus ist eine Fremdbezeichnung. Kaum jemand, der in Medien oder Wissenschaft „Populist“ genannt wird, würde sich selbst so nennen. Der Begriff, der sich aus dem lateinischen Wort *populus* („das Volk“) ableitet, ist negativ besetzt. Das hat zum Teil historische

Gründe, vor allem in Deutschland. Es hat auch damit zu tun, dass es in modernen, sozial immer stärker differenzierten und mobilen Gesellschaften immer schwieriger wird, sich das Volk als homogene Einheit vorzustellen und es als solche anzusprechen. Ein weiterer Grund für die negative Konnotation des Wortes liegt im voreiligen Gebrauch in politischen Debatten. Wird eine Forderung erhoben, die dem Gegenüber nicht passt, heißt es schnell, sie sei populistisch.

Die Politikwissenschaft hat eine Reihe von Indikatoren aufgestellt, anhand derer „echter“ Populismus erkannt und gängigen Kategorien wie „links“ und „rechts“ zugeordnet werden kann. Das schafft nicht nur Ordnung, sondern zeigt auch das demokratiegefährdende Potenzial des Populismus. Darin liegt vermutlich auch der wichtigste Grund dafür, dass sich niemand selbst als Populist bezeichnen würde.

DIE PROBLEMSUCHER

Gemeinsam ist beiden Varianten des Populismus, dem linken wie dem rechten, dass er Politik emotionalisiert und skandalisiert. Während seriöse demokratische Politiker bestrebt sind, ein reales Problem zu lösen oder zumindest an dessen Lösung zu arbeiten, schaffen sich Populisten ihre Handlungsvoraussetzungen in der Regel selbst, indem sie Probleme aufbauschen, Ängste schüren oder Bedrohungsszenarien erfinden. So skandalisieren Linkspopulisten Reichtum oder Armut, warnen immer wieder vor sozialem Abstieg und erzeugen Zukunftsängste. Die Mitte sei verunsichert, das soziale Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft würde nicht mehr gelten, unseren Kindern werde es nicht mehr besser gehen als uns, das sind häufig anzutreffende Formulierungen, die meist eingeleitet werden mit Sätzen wie „Es kann nicht sein, dass ...“. Auch die Parolen der Rechtspopulisten basieren auf Übertreibung oder auf Annahmen, die dem Publikum als reale Bedrohung verkauft werden. Ein Lehrbuchbeispiel dafür lieferte der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Björn Höcke, bei einer Rede Mitte Mai 2016 auf dem Erfurter Domplatz. Er leitete sie mit den Worten ein, dass er in Sorge sei, dass vielleicht nicht morgen, vielleicht auch nicht übermorgen, aber vielleicht in einer nicht allzu fernen Zukunft der Halbmond auf dem Erfurter Dom zu sehen sein könnte. Der Konjunktiv als eine Art Leitmotiv ist eine Gemeinsamkeit politischer Mobilisierung. Populisten sind Problemsucher, keine Problemlöser.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal des linken wie des rechten Populismus besteht darin, dass dem Publikum Schuldige für die vermeintlichen Missstände präsentiert werden. Für die einen sind es der globale Kapitalismus und dessen Ideologie, der Neo-Liberalismus. Für die anderen sind es Einwanderer, Asylsuchende oder Flüchtlinge aus anderen Kulturkreisen. Sie würden die kulturelle, religiöse und nationale Identität der Einheimischen bedrohen und ihnen materielle und soziale Leistungen streitig machen. Einen gemeinsamen Gegner finden linke und rechte Populisten in denen „da oben“, also in Eliten der Politik, Wirtschaft und Verwaltung, zum Teil auch in Wissenschaft und Medien, die sich von den Sorgen und Nöten der „kleinen Leute“ vollständig entkoppelt hätten und nur noch an sich selbst interessiert seien. Gemeinsam ist linken wie rechten Populisten, dass sie auf komplizierte Fragestellungen

der Gegenwart einfache „Antworten“ geben. Forderungen wie „Grenzen dicht machen“, „kriminelle Ausländer raus“ oder „Spardiktat beenden“ kommen zwar dort gut an, wo sie gehört werden sollen, sind aber dem Schwierigkeitsgrad der zugrunde liegenden Probleme nicht annähernd angemessen.

EMPÖRUNGSHÄNDLER UND ALLEINVERTRETER

Populisten erheben den Anspruch, nur sie allein würden die Interessen des Volkes vertreten¹. Linker wie rechter Populismus überhöht das „einfache Volk“ als moralisch gut, aber von außen bedroht und von oben betrogen. Populismus ist anti-elitär, solange es gegen die aktuellen Eliten geht, die sie in ihrer Funktion ablösen wollen. Das allein ist schon widersprüchlich, aber mindestens ebenso sehr fällt auf, dass es selten soziale Gemeinsamkeiten zwischen populistischen Politikern und ihren Zielgruppen gibt. Pablo Iglesias und Oskar Lafontaine auf der einen, Christoph Blocher, Geert Wilders oder Beatrix von Storch auf der anderen Seite haben mit ihren Anhängern so viel gemein wie das Steinhuder Meer mit der Nordsee. Populisten sind politische Unternehmer, die mit latenten Befürchtungen und geschürter Empörung handeln wie andere mit Gebrauchtwagen.

Diese Diskrepanz ist augenfällig, aber an sich noch keine Gefährdung der Demokratie. Gefährlich sind hingegen zum einen die Sprache der Populisten und zum anderen ihr Anspruch, allein die Interessen des Volkes zu vertreten. Das macht Populisten anti-pluralistisch und somit anti-demokratisch. Wer anderer Meinung ist als sie, ist automatisch gegen das Volk. Und wer gegen das Volk ist, ist schnell ein Volksverräter oder Volksfeind. Gerade die Repräsentanten einer pluralistischen Gesellschaft, vor allem die etablierten demokratischen Parteien und die Medien, geraten so ins Visier der Populisten und werden – weit jenseits der Gepflogenheiten eines demokratischen Meinungsstreites – verunglimpft. Populisten spalten und hetzen, besonders die auf der rechten Seite.

INKLUDIERER UND EXKLUDIERER

Linker und rechter Populismus unterscheiden sich nicht in erster Linie durch die Schärfe ihrer Sprache. Was beide trennt, sind die Prinzipien der „Inklusion“ beziehungsweise „Exklusion“². Linkserichteter Populismus ist inklusiv. Er will sozial Benachteiligte durch immense Umverteilung in die Gesellschaft integrieren und sie unmittelbar an politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Rechtspopulismus hingegen ist exklusiv. Er trennt zwischen „uns“, den rechtschaffenen, einheimischen kleinen Leuten, und „den anderen“, wobei mit „den anderen“ zum einen die „etablierten Eliten“

im eigenen Land und auf Ebene der Europäischen Union (EU), zum anderen Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchende, vornehmlich aus islamischen Ländern, und auch immer wieder Juden gemeint sind. Da diese Spielart des Populismus die eigene nationale Identität (über)betont und vorgibt, sie vor angeblichen Bedrohungen von außen oder von oben zu verteidigen, wird sie rechts- oder nationalpopulistisch genannt. „Österreich zuerst“, ein Wahlkampfeslogan der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), ist hierfür ein treffendes Beispiel. Abgrenzung nach „oben“ und nach „außen“ funktioniert auch auf außen- und europapolitischer Ebene, und das wiederum sowohl bei linken als auch rechten Populisten.

So stellt die EU für rechts- und nationalpopulistische Parteien einen unzulässigen Eingriff in nationale Selbstbestimmung und damit eine Bedrohung der nationalen Identität dar. Rechtspopulisten beschwören eine „Überfremdung“ ihrer Länder durch zu laxen Grenzkontroll-, Asyl- und Einwanderungsregeln in der EU und fordern hier die volle nationale Kontrolle von der EU zurück. Zudem schüren sie die Angst vor Wohlstandsverlusten – etwa durch weitere Finanzhilfen für Griechenland. Sie wollen die Union entweder auflösen oder fordern den Austritt ihres Landes aus der EU, zumindest aber aus der Eurozone.

Linkspopulisten beklagen in erster Linie das „Brüsseler Spardiktat“ und angeblich einseitige Belastungen bei den Bemühungen zur Eindämmung der Staatsschuldenkrise. Die von der EU und ihren Institutionen auferlegte „Austerität“ ist für sie zur Chiffre für alle Probleme geworden, unter denen die hochverschuldeten Länder Südeuropas leiden. Sie fordern die sofortige Beendigung der Austeritätspolitik, Schuldenschnitte für die am höchsten verschuldeten Länder in der EU, die Vergemeinschaftung von Staatsschulden, die „soziale Kontrolle“ des Bankensystems sowie höhere Einkommens- und Gewinnbesteuerungen und die Abschaffung des „Diktats“ ausgeglichener Haushalte³.

Der linke Populismus befindet sich in Deutschland gegenwärtig eher auf dem Rückzug, während der rechtsnationale Populismus Zulauf hat – interessanterweise mit teils derselben Anhängerschaft. An die Stelle der sozialen Mobilisierung scheint die kulturell-nationale Mobilisierung zu treten, die auch in Wählermilieus linker Parteien verfängt. In Österreich und in Frankreich sind die FPÖ beziehungsweise der Front National die stärksten „Arbeiterparteien“ ihrer Länder geworden⁴.

DIE WUTMACHER

Für manche Beobachter galt der Aufschwung von Populisten im positiven Sinne als eine Art Warnsignal für sich anbahnende Missstände oder wachsende Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung⁵. Diese Sichtweise lässt sich

so nicht mehr halten. Zwar bewegen sich die meisten Populisten im Rahmen der Demokratie und nutzen alle sich darin bietenden Freiräume für ihre Zwecke aus. Aber speziell Rechtspopulisten vergiften das gesellschaftliche Klima durch pauschale Verunglimpfungen und Hetze gegen Flüchtlinge und Asylsuchende, gegen Moslems und Juden, gegen Vertreter der etablierten Parteien und der Medien und gegen Homosexuelle. In Verbindung mit ihrem grundsätzlich anti-pluralistischen Anspruch und ihren Verschwörungstheorien schüren sie Wut und Hass. Das macht zurzeit vor allem Rechtspopulisten gefährlich für die Demokratie, zu deren Funktionsbedingungen nicht nur Pluralismus, sondern auch die Fähigkeit gehört, Probleme im Ausgleich divergierender Interessen zu lösen.

Für den viel besprochenen, in der Praxis aber schwierigen „Umgang“ mit Populismus empfiehlt sich mehr denn je, Politik zu machen, die einem Großteil der Bevölkerung und dem eigenen Land nützt und die Perspektiven bietet, die mit programmatischen Grundsätzen begründet werden können. Denn die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Populismus steht immer in der Gefahr, ihm noch größere Aufmerksamkeit zu verschaffen und so mittelbar seine Intentionen zu befördern. Wenn man eine solche Debatte jedoch anstrebt, dann sollte man deutlich machen, wie wenig Substanz, wie wenig Perspektive und wie viele Risiken in den Ansichten der Populisten stecken. Würden die Forderungen populistischer Protestparteien jemals Realität, dann gäbe es für viele, die heute mit der Weltsicht von Populisten sympathisieren, ein böses Erwachen.

¹ Vgl. Jan-Werner Müller: „Was heißt: Populismus an der Macht?“, in: Zeitschrift „Osteuropa“, 66. Jg., Nr. 1–2, Berlin 2016, S. 5–17, hier S. 6.

² Karin Priester: „Wesensmerkmale des Populismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5–6, Bonn 2012, S. 3–9, hier S. 3; Hans-Georg Betz: „Exclusionary Populism in Austria, Italy and Switzerland“, in: International Journal, 53. Jg., Nr. 3, London 2001, S. 393–420.

³ Vgl. Karsten Grabow und Torsten Oppeland: „Ich will die EU zerstören“. EU-Gegner im 8. Europäischen Parlament. Eine Jahresbilanz, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin / Sankt Augustin 2015.

⁴ Vgl. Magali Balent: „The French National Front from Jean-Marie to Marine Le Pen: Between Change and Continuity“ und Reinhard Heinisch: „Austrian Right-wing Populism: A Surprising Comeback under a New Leader“, beide in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populism in Europe, Centre for European Studies, Brüssel 2013, S. 161–186 und S. 47–79.

⁵ Siehe dazu u. a. Frank Decker: Der neue Rechtspopulismus, Leske und Budrich, Opladen 2004, S. 271–272.

Fleisch vom Fleisch der Union?

Die Wahlergebnisse der AfD und der Kurs der CDU

MATTHIAS JUNG

Geboren 1956 in Speyer, seit 1991 Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e.V. und geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (i p o s), seit 1994 geschäftsführender Gesellschafter der FGW Telefonfeld GmbH.

Spätestens mit der 18-Uhr-Prognose am 13. März 2016, dem Sonntag der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, hat der Kampf um die Deutungshoheit der AfD-Erfolge eingesetzt. Seither kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass so manchem in der Union der Erfolg der AfD gar nicht so ungelegen kommt, schließlich passt einigen

der Kurs der CDU und der Kanzlerin schon lange nicht mehr. Angesichts der 41,5 Prozent bei der letzten Bundestagswahl hatten ihre Kritiker jedoch wenig mediale Aufmerksamkeit gefunden. Insofern geht es bei der Auseinandersetzung über die Ursachen des AfD-Erfolgs nicht nur darum, insbesondere in

Fragen der Flüchtlingspolitik recht gehabt zu haben, sondern um einen Generalangriff gegen den Weg eines umfassenden Modernisierungsprozesses, den die CDU-Vorsitzende in ihrer Zeit als Regierungschefin beschritten hat.

Der Vorwurf gegen Merkel ist dabei leicht formuliert: Die Verluste der CDU, gerade auch in Baden-Württemberg, und die Ergebnisse der AfD werden eins zu eins in einen Zusammenhang gebracht und das Scheitern Merkels als evident beschrieben. Eine Rückorientierung zu einer traditionell-konservativeren Politik wird als heilende Strategie eingefordert. Richtig ist daran jedoch nur eins: Die Entwicklung der notwendigen Strategie für die Unionsparteien sollte von einer Analyse der Wahlergebnisse wesentlich beeinflusst werden, denn Wahlen sind der Lackmustest für die Wirklichkeit. Aber dafür muss man in eine intensive Analyse der Erfolge der AfD und der Wahlergebnisse der CDU eintreten, statt nur lapidar einen offensichtlichen Zusammenhang zu postulieren.

HÖCHST HETEROGENE WÄHLERSCHAFT DER AfD

Stutzig sollte die „AfD-Gewinne-gleich-CDU-Verluste“-Anhänger schon das Ergebnis in Sachsen-Anhalt machen: Dort kommt die AfD aus dem Stand auf den Rekordwert von 24,3 Prozent, und die CDU hat lediglich Verluste in Höhe von 2,8 Prozentpunkten. Da muss ganz offensichtlich etwas anderes stattgefunden haben, als dass nur vom Merkel-Kurs enttäuschte konservativ-traditionell orientierte CDU-Wähler sich in Massen von der CDU abgewandt hätten und ins AfD-Lager gewechselt wären. Und in Baden-Württemberg, wo bei der Bundestagswahl 2013 die CDU mit Merkel als Kanzlerkandidatin noch auf 45,7 Prozent gekommen war, erreicht sie jetzt bei der Landtagswahl lediglich 27,0 Prozent. Die AfD erhält zwar in Baden-Württemberg 15,1 Prozent, was aber auch nicht so ganz verwunderlich ist, wenn man sich erinnert, dass die Republikaner hier zweimal in Folge bei einer Landtagswahl um die zehn Prozent erzielt hatten. Viel dramatischer aus der Sicht der CDU ist die Tatsache, dass die Grünen in dem vermeintlich konservativen CDU-Musterrlände Baden-Württemberg 30,3 Prozent erreicht haben und stärkste Partei wurden. Auch da fehlt schon bei einer einfachen Plausibilitätsprüfung ein überzeugender Zusammenhang zwischen Merkels Modernisierungskurs und den CDU-Verlusten. Die Grundlage dieses Erfolgs der Grünen in Baden-Württemberg wurde übrigens bereits fünf Jahre zuvor in der Konfrontation ausgerechnet mit einem dezidierten Bekenner eines konservativen CDU-Kurses gelegt, nämlich mit Stefan Mappus.

Eine solide Analyse der Ergebnisse der Landtagswahlen hingegen liefert ein differenziertes Bild der Realität. Das trifft gerade auch auf die AfD und ihre Erfolge zu. Bei den Wählern der AfD handelt es sich nämlich nicht nur einfach um eine Ansammlung enttäuschter konservativ-traditioneller

ehemaliger CDU-Wähler, sondern um eine höchst heterogene Wählerschaft, deren gemeinsame Klammer die Unzufriedenheit ist – wenn auch eine Unzufriedenheit mit ganz unterschiedlichen Dingen.

Zweifellos hat sich die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und der Kanzlerin auf das Wahlergebnis für die CDU negativ ausgewirkt. Insbesondere nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten ist die Stimmung in Deutschland in dieser Frage gekippt und hat zu einer Verunsicherung auch ursprünglich aufgeschlossener Wähler geführt. Da war es dann ein Leichtes für die AfD, mit der Angst vor einer Sicherheitsbedrohung durch Flüchtlinge auf Stimmenfang zu gehen. Trotzdem hatte sich bis zur Landtagswahl im März die Lage wieder etwas beruhigt, und sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz fand die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin anders als in Sachsen-Anhalt eine mehrheitliche Unterstützung. In den beiden westlichen Bundesländern sind aber die CDU-Spitzenkandidaten relativ kurz vor der Wahl und für die Wähler erkennbar auf Distanz zu Merkel gegangen. Sie haben dadurch ihrem jeweiligen Hauptkonkurrenten – Malu Dreyer (SPD) in Rheinland-Pfalz und Winfried Kretschmann (Grüne) in Baden-Württemberg – die Chance geboten, sich als die entschiedeneren Merkel-Unterstützer zu präsentieren. Gleichzeitig entstand der Eindruck, dass die CDU hier zu sehr auf den rechten Rand schielte. Diese Strategie hat der CDU nicht nur nicht geholfen, Wähler, die mit der AfD sympathisierten, von deren Wahl abzuhalten, sondern gerade in Baden-Württemberg nach 2011 ein weiteres Mal einen erheblichen Aderlass in Richtung Grüne bewirkt.

Selbst wenn man die methodisch problematischen Zahlen der ARD-Wählerwanderung ernst nimmt und einmal davon ausgeht, dass die 190.000 ehemaligen CDU-Wähler in Baden-Württemberg nicht zur AfD gewechselt, sondern alle bei der CDU geblieben wären, wäre die CDU dort lediglich auf 30,5 Prozent gekommen. Allein daran kann man erkennen, dass die AfD nicht der alleinige und nicht einmal der hauptsächliche Grund für das baden-württembergische CDU-Fiasko gewesen sein kann.

BÜRGERLICHE AFD-ANHÄNGER NICHT MEHR DOMINIEREND

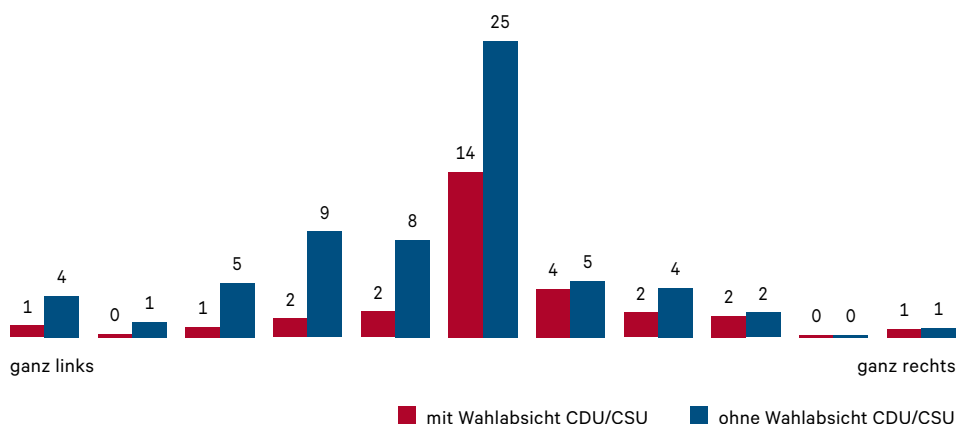
Der weit verbreitete Eindruck, dass es sich bei den AfD-Wählern nur um ehemalige CDU-Wähler handelt, hängt auch wesentlich mit der Entstehungsgeschichte der AfD zusammen. Damals sind bei den Gründerfunktionären vor allem ehemalige CDU- und auch FDP-Mitglieder aus dem etablierten wirtschaftsliberalen Milieu in Erscheinung getreten und haben das Image der AfD zumindest bis zum Austritt von Bernd Lucke im Sommer 2015 geprägt. Inzwischen bestimmen andere und radikalere Personen den Kurs der AfD.

Das macht sich auch in einer deutlich veränderten Sozialstruktur ihrer Wähler bemerkbar. Bürgerliche Anhänger sind dort inzwischen nicht mehr dominierend. So erreichte die AfD beispielsweise in Baden-Württemberg bei den Arbeitern ein Ergebnis von 22 Prozent, bei den unter 35-Jährigen, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen, 26 Prozent und bei den 35- bis 59-Jährigen mit Hauptschulabschluss 24 Prozent. Bei Wählern mit Hochschulreife oder Hochschulabschluss blieb sie hingegen unterdurchschnittlich. Bei Beamten schaffte die AfD nur acht Prozent.

Und selbstverständlich haben die massiv ablehnenden Einstellungen gegenüber Flüchtlingen und Ausländern, mit denen die AfD punkten konnte, wesentlich mit der ökonomischen Situation der Wähler zu tun. Das wird nirgends deutlicher als in Sachsen-Anhalt: Während 58 Prozent aller Befragten, die ihre ökonomische Situation als gut einstufen, sagten, dass Sachsen-Anhalt die vielen Flüchtlinge verkraften kann, waren es bei denen, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht bewerteten, nur 19 Prozent. Da ist es dann kein Wunder, dass hier – ähnlich wie schon bei den Landtagswahlen 2014 – vor allem auch die Linke unter dem Erstarken der AfD leidet und ihrer klassischen Rolle als Partei des Protests und der Unzufriedenen beraubt wird.

Und nicht zuletzt hat die AfD mit ihren Landesvorsitzenden Björn Höcke und André Poggenburg durch gezielte Provokationen auch Rechtsradikale und Rechtsextremisten angesprochen und mit ihrer völkischen Rhetorik mobilisiert. Damit hat die AfD – noch mehr als 2014 in Sachsen – bei der Wahl in Sachsen-Anhalt die NPD dezimiert. Selbst der AfD-Vize Alexander Gauland, der sich gern als intellektueller Konservativer inszeniert, verstärkt dieses Profil der AfD durch eindeutig rassistische Äußerungen, wie etwa jene über Fußballnationalspieler Jérôme Boateng.

Selbsteinschätzung rechts-links in Prozent und Wahlabsicht für CDU/CSU



Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Jahreskumulation 2015 (n = 22.533)

ALLE PARTEIEN MUSSTEN FEDERN LASSEN

All dies macht deutlich, dass alle Parteien wegen des Erfolgs der AfD Federn lassen mussten und nicht nur die CDU. Zudem gelang es der AfD durch ihre radikale Polemik, auch viele politisch eher weniger interessierte und eher weniger informierte Bürger an die Wahlurne zu bringen, die bei den vorausgegangenen Landtagswahlen nicht gewählt hatten.

Wenn aber die Analyse, AfD-Erfolge und CDU-Verluste gleichzusetzen, nicht zutrifft, kann auch die aus einer solchen unrichtigen Analyse abgeleitete Strategie nicht stimmen, dass sich die CDU wieder stärker der rechten Mitte zuwenden müsse. Gerade die Erfolge für die SPD in Rheinland-Pfalz und die Grünen in Baden-Württemberg, die sich jeweils im Wahlkampf als die wahren Vertreter von Merkels Kurs profilieren konnten (Kretschmann: „Ich bete für Merkel“), zeigen, dass der Erfolg für CDU, SPD und Grüne entscheidend davon abhängt, wie gut sie sich in der politischen Mitte etablieren können. Dort nämlich befinden sich in unserer modernen und immer stärker entideologisierten, pragmatischen Gesellschaft immer mehr Bürger. Die in der Grafik dargestellte Selbst-Einstufung der Wähler auf der Rechts-links-Skala zeigt deutlich auf, wie viel Platz in der Mitte für die Union ist und wie wenig für sie in Richtung rechts zu holen wäre, selbst wenn sie es wollte und wenn es ihr gelänge, dort erfolgreicher zu sein. Insofern ist ein Kurs der Mitte für die Union ohne Alternative, jedenfalls wenn sie weiterhin erfolgreich sein will.

RÜCKWÄRTSGEWANDTE POSITIONEN JENSEITS DER ADENAUER-ZEIT

Dankenswerterweise hat der AfD-Co-Vorsitzende Jörg Meuthen unter großem Beifall des Parteitages gesagt, wohin die AfD will: zurück in die Vor-68er-Zeit. Das ist aber viel weiter zurück als zur CDU von gestern. Das ist die Zeit, bevor Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler die CDU modernisiert haben. Das ist noch vor einer CDU Rainer Barzels, und wenn man die Positionen der AfD zur Europapolitik und zur West-Bindung betrachtet, ist es noch nicht mal diejenige Konrad Adenauers.

Ganz sicher ist jedenfalls, dass die überwältigende Mehrheit der heutigen Wählerschaft nicht zurück in diese miefige und illiberale Zeit will. Vielleicht ist auch deshalb der Zuspruch bei den heute über 60-jährigen für die AfD vergleichsweise schwach, weil sie aus ihrer Jugend noch Relikte dieser alten Zeit persönlich kennen, in die die AfD wieder zurück will.

Britische Stimmen und Stimmungen

Populismus im Kontext des EU-Referendums

HANS-HARTWIG BLOMEIER

Geboren 1961 in Gelsenkirchen,
Leiter des Auslandsbüros Großbritannien
der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz
in London.

Die Parlamentswahlen im Mai 2016 haben in Großbritannien zu einem Ergebnis geführt, das mit Blick auf die Sitzverteilung ein stabiles und eher traditionelles Parteiensystem mit wenig Raum für populistische oder extreme Links-/Rechts-Parteien suggeriert. Dieser erste Eindruck ist allerdings zunächst dem Wahlsystem

(*First-past-the-post*) geschuldet. Ein zweiter Blick auf die Stimmenverteilung verdeutlicht, dass die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (UKIP) mit einem Stimmenanteil von 12,6 Prozent beziehungsweise knapp vier Millionen Wählern ein ernstzunehmender Faktor ist, dessen Präsenz lediglich im Parlament mit nur einem Abgeordneten begrenzt ist. Bei den Europawahlen 2014 gewann die UKIP sogar 4,35 Millionen Stimmen (dank geringerer Wahlbeteiligung ein Anteil von 27,49 Prozent) und avancierte dort – wegen des dabei herrschenden Verhältniswahlrechts –

mit insgesamt 24 Abgeordneten zur stärksten britischen Partei im Europäischen Parlament.

Die UKIP trat 1994 erstmals bei Wahlen zum Europäischen Parlament an und erhielt damals lediglich ein Prozent der Stimmen. Von da an verzeichnete sie einen nahezu kontinuierlichen Anstieg – über die Europawahlen 1999 (7,1 Prozent), 2004 (16,8 Prozent) und 2009 (16,5 Prozent) – bis hin zum Ergebnis 2014. Bei nationalen Wahlen hingegen waren die Ergebnisse in der Vergangenheit (2005: 2,3 Prozent und 2110: 3,1) eher bescheiden, bis dann 2015 auch auf nationaler Ebene – zumindest, was die Gesamtstimmenzahl angeht – die eingangs erwähnten Ergebnisse erzielt wurden.

Dieser kontinuierliche Aufstieg ist im Wesentlichen zwei Faktoren geschuldet: zum einen der konstanten Thematisierung der Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Union (EU), die in der Argumentation von UKIP (aber auch von Teilen der Konservativen Partei) direkt und indirekt für zahlreiche Probleme des Landes verantwortlich gemacht wird, und zum anderen – mangels anderer klassischer Protestparteien in Großbritannien – ihrer Rolle als Sammelbecken für allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik, dem Establishment und „denen da oben“.

MIGRATIONS- UND GLOBALISIERUNGSÄNGSTE

Der Stimmenzuwachs bei der Parlamentswahl 2015 gelang dadurch, dass UKIP es vermocht hat, das Thema der (unkontrollierten) Migration (in der britischen Bevölkerung seit vielen Jahren als eines der

zentralen Probleme wahrgenommen) kausal mit der EU-Mitgliedschaft zu verknüpfen und somit ein zumindest als bedrohlich empfundenes Problem mit einer einfachen Schuldzuweisung und demzufolge auch einfachen Lösung (Austritt aus der EU) zu verbinden.

Die Tatsache, dass der wirtschaftliche Aufschwung des Landes an weiten Teilen der Bevölkerung vorbeigeht und somit eine Wahrnehmung von „Globalisierungsverlierern“ besteht, die von der traditionellen Labour-Partei nicht (mehr) erreicht werden, hat es UKIP zudem ermöglicht, nicht nur mit dem Migrationsthema im klassischen „Conservative-Wählermilieu“ der oberen Mittelschicht abzuschöpfen, sondern eben auch in Labour-Hochburgen bei den unteren Arbeiterklassen vorzudringen. Dazu hat allerdings auch beigetragen, dass die Liberal Democrats, die traditionell die Rolle einer klassischen Protestpartei des Mitte-Links-Spektrums eingenommen hatten, durch ihre Regierungsbeteiligung in der Koalition mit den Conservatives (2010 bis 2015) dieses Feld nahezu komplett räumen mussten und dementsprechend auch bei den Wahlen 2014 und 2015 abgestraft wurden.

Andere Protestparteien ohne signifikante Wahlchancen wie die britischen Grünen sind bis dato nicht über ein Schattendasein hinausgekommen, und die Regionalparteien haben bisher mit einer Ausnahme (Scottish National Party, SNP) über die Walisische Partei (The Party of Wales, Plaid Cymru) oder in Nordirland (Democratic Unionist Party, DUP, und andere) hinaus keine landesweite Rolle gespielt.

Die schottische SNP hingegen hat sich infolge des schottischen Unabhängigkeitsreferendums im September 2014 zur

dominierenden politischen Kraft in Schottland entwickelt und 2015 bei der Parlamentswahl 56 der 59 nationalen Abgeordnetenmandate gewonnen. Sie ist damit heute nach Labour die zweitstärkste Oppositionspartei im Unterhaus, hat allerdings bei der Landtagswahl im Mai 2016 ihre absolute Mehrheit im schottischen Landesparlament knapp verloren. Trotzdem ist auch die SNP eine interessante Mischung aus regionaler Identität gepaart mit einer geschickten Instrumentalisierung der wachsenden Stimmung gegen das politische Establishment in Westminster. Dabei ist sie längst nicht mehr der politische „underdog“, sondern konnte zur allein dominierenden Regierungspartei in Schottland avancieren. Bis dato gelingt es ihr – trotz mäßiger Regierungsperformance in Schottland –, die Proteststimmung gegen die nationale Regierung in London zu lenken und für sich zu kapitalisieren.

AUF DEN POPULISTISCHEN ZUG AUFGESPRUNGEN

Auch die Labour Party offenbart neuerdings eine populistische Schlagseite: Nach der Wahlniederlage 2015 und dem Rücktritt des Spitzenkandidaten und Labour-Vorsitzenden Ed Miliband war hier alles auf eine Nachfolgeentscheidung aus den Reihen der führenden Labour-Abgeordneten im Unterhaus ausgerichtet. Völlig überraschend setzte sich jedoch in der Urabstimmung bei den Mitgliedern der Außenminister Jeremy Corbyn durch, auch hier ein klares Signal der Basis gegen das Parteiestablishment in Westminster. Eine „populistische Tendenz“ war und ist auch hier

auszumachen, allerdings ist dieser parteiinterne Machtkampf bei Labour noch nicht entschieden, seine Auswirkungen sind aber bereits in den Haltungen zum EU-Referendum festzustellen.

Die Frage nach populistischen Strömungen und die Wahrnehmung eines populistischen politischen Diskurses erfuhr im Kontext des Referendums über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens am 23. Juni eine neue, besorgniserregende Qualität.

„TRUMPETISIERUNG“ DER POLITIK

Die Argumentationslinien sowohl auf der Seite der REMAIN- als auch auf der Seite der LEAVE-Kampagne waren von großer Emotionalität, fragwürdigen Zahlenspielen und teilweise heftigen persönlichen Attacken gekennzeichnet, einige Beobachter sprachen bereits mit Anspielung auf die US-Wahlen von der „Trumpetisierung“ der britischen Politik. Auffallend war, mit welcher Leichtfertigkeit im Kontext einer so weitreichenden Entscheidung mit tiefgreifenden politischen und ökonomischen Folgen für Großbritannien und die EU Halbwahrheiten verbreitet und Ängste geschürt wurden. Diese Methoden waren bis dato eher eine Domäne der klassischen populistischen Partei UKIP, im Kontext des EU-Referendums sind aber fast alle Akteure auf diesen Zug aufgesprungen. Unabhängig von der Frage, ob diese Strategie letztlich für das Ergebnis relevant war, ist die Sorge berechtigt, inwieweit sie der Glaubwürdigkeit der gesamten politischen Debatte und Auseinandersetzung in Großbritannien

geschadet hat. Zumindest ist dies zahlreichen Äußerungen von Wählern zu entnehmen, die sich von der verbalen Schlammschlacht teilweise genervt abgewendet hatten und sich in ihrer ohnehin latent vorhandenen Politikverdrossenheit bestätigt fühlten.

Der Verlauf der Debatte im EU-Referendum hat bedauerlicherweise gezeigt, dass die Chance einer ernsthaften Auseinandersetzung mit einem komplexen politischen und ökonomischen Sachverhalt verpasst wurde und einer weitgehend emotionalen, populistischen und unseriösen Debatte mit persönlichen Schuldzuweisungen sowie innerparteilichen Machtkämpfen gewichen ist. Dies dürfte im Endeffekt den traditionellen Parteien eher schaden als populistischen Parteien wie UKIP, die – so eine berechtigte Befürchtung – aus dieser Situation unabhängig vom Rücktritt ihres Vorsitzenden Nigel Farage gestärkt hervorgehen könnte. Eine solche Entwicklung hätte zudem Ausstrahlungseffekte auf andere populistische und anti-europäische Kräfte in der EU.

OFFENE FRAGEN

Die politischen Auswirkungen des Referendums, bei dem eine 52-Prozent-Mehrheit für den EU-Ausstieg stimmte, sind vielfältig und komplex. Unter anderem gilt es, ein Land, in welchem Meinungen, Personen, Institutionen und Regionen heftig aneinander gerieten und in welchem die Ermordung der Labour-Abgeordneten Jo Cox wenige Tage vor dem Referendum eine kurze Schockstarre auslöste, wieder auf ein Miteinander einzuschwören. Dabei werden die Risse, die

sich auch durch die Parteien zogen, nicht leicht zu kitten sein, insbesondere, wenn sich die separatistischen Tendenzen in Schottland und Nordirland vertiefen sollten.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Mehrheit beim Referendum nicht allein einer Ablehnung der EU geschuldet ist, sondern auch auf breite Ablehnung von politischem Establishment und Politikverdrossenheit verweist. Diese Vorbehalte wurden von der LEAVE-Kampagne geschickt geschürt und im Slogan „Let’s get back control“ synthetisiert. Dem hatte die REMAIN-Kampagne nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Wie es gelingen soll, die Parteien wieder stärker mit ihren Wählern zu verbinden, oder ob UKIP als klassische Protestpartei mit Blick auf die Wahlen 2020 der wahre Profiteur sein wird – ähnlich wie die SNP nach dem Referendum 2014 in Schottland – bleibt abzuwarten.

Juristisch komplex ist die Frage, inwieweit das Parlament bei den Austrittsverhandlungen beteiligt werden muss. Dies ist politisch insofern brisant, als eine breite Drei-Viertel-Mehrheit der Abgeordneten auf der REMAIN-Seite stand und nun vor der „Gewissensfrage“ stehen würde, dem Votum des Volkes oder der eigenen Überzeugung zu folgen – zumal es sich bei dem Referendumsergebnis formal um einen rechtlich eigentlich unverbindlichen Tatbestand handelt.

In Angst erstarrt?

Französische Parteien und der Front National

NELE KATHARINA WISSMANN

Geboren 1985 in Bielefeld,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
des Auslandsbüros Frankreich
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Fast las es sich wie das Unheil verkündende Buch *Unterwerfung* des viel kritisierten Autors Michel Houellebecq. Tatsächlich handelte es sich aber um die Zahlen einer Umfrage, die ein anerkanntes französisches Meinungsforschungsinstitut im April 2016 ermittelt hatte. Nach diesen Ergebnissen würde die Vorsitzende des *Front National* Marine Le Pen als Siegerin aus dem ersten Wahlgang der Präsidentschafts-

wahlen hervorgehen, im zweiten Wahlgang würde sie sogar den amtierenden Staatspräsidenten François Hollande schlagen. Wenig Zeit bleibt, um diesem wenig beruhigendem Szenario zu entgehen. Die elfte Wahl zum Staatspräsidenten der Französischen Republik wird am 23. April 2017 stattfinden. Die Stichwahl – wie sie bisher bei allen Präsidentschaftswahlen der Fünften Republik notwendig war – ist auf den 7. Mai 2017 terminiert.

Der *Front National* geht somit zurzeit mit guten Aussichten ins Rennen. Die anderen Parteien scheinen sich damit abgefunden zu haben. Für sie scheint es nur

noch darum zu gehen, in die Stichwahl zu kommen. Die Selbstsicherheit, mit der die rechtspopulistische Partei heute bei regionalen und nationalen Wahlen auftritt, entspricht der Ratlosigkeit der übrigen französischen Parteien gegenüber einem europaweit ansteigenden Populismus.

DIE „NI-NI“-STRATEGIE

Dabei sehen viele Beobachter die „republikanische Front“ (*Front républicain*), die den *Front National* politisch einhegen sollte, als beendet an. Sie beinhaltet die gegenseitige Unterstützung von Parteien aus dem linken und bürgerlich-konservativen Parteienspektrum bei Gegenkandidaturen von rechts. Es galt, einer „anti-republikanischen“ Partei wie dem *Front National* den Weg zu höchsten Institutionen der Republik zu versperren. Dies geschah unter anderem bei der Präsidentschaftswahl 2002, als sich der bürgerlich-konservative Kandidat Jacques Chirac im zweiten Wahlgang mit Unterstützung der Sozialistischen Partei deutlich von Jean-Marie Le Pen absetzen konnte.

2012 rief Nicolas Sarkozy von der Partei *Les Républicains* seine Wähler zu einem „Weder-noch“, der sogenannten „Ni-ni“-Strategie auf, was einer Enthaltung im zweiten Wahlgang gleichkam, sollte es auf eine Stichwahl zwischen Kandidaten der sozialistischen Partei und dem *Front National* hinauslaufen. Inzwischen ist diese Ansage aufgrund von parteiinternen Streitigkeiten jedoch aufgeweicht und es wird auf die Wahlfreiheit eines jeden Wählers verwiesen.

Wie die *Républicains* und die Sozialisten auf den beängstigenden Rechtsruck

der französischen Wählerschaft reagieren werden, bleibt insgesamt unklar. Seit 2012 ist der *Front National* mit zwei Sitzen in der französischen Nationalversammlung vertreten. 2014 errang er bei den Europawahlen einen Erdrutschsieg und zog als Frankreichs stärkste Partei ins Europäische Parlament ein. Bei den Regionalwahlen 2015, die vielen als Testlauf für das Wahljahr 2017 galten, konnte der *Front National* erst im zweiten Wahlgang ausgebremst werden.

Im Vorfeld der Regionalwahlen warnte Premierminister Manuel Valls vor einem „Bürgerkrieg“, sollte sich die rechtspopulistische Partei durchsetzen. Die Order aus Paris an die sozialistischen Kandidaten lautete erneut: Rückzug aus den Stichwahlen, sollte ein bürgerlicher Kandidat mehr Chancen gegenüber dem Bewerber des *Front National* haben. Diese Vorgabe wurde vor Ort allerdings nicht überall befolgt. Nach dem Wahldebakel versprach der Premierminister, dass die Politiker den Franzosen künftig „noch mehr zuhören“ werden. Auch der Parteivorsitzende der *Républicains* Nicolas Sarkozy bezeichnete die Regionalwahlen 2015 als „Warnung“ und kündigte „starke Antworten“ an. Die aktuellen Umfrageergebnisse lassen bezweifeln, dass die Strategien der beiden großen französischen Parteien inzwischen Früchte tragen.

AKTUELLE DEFINITION DES LAIZISMUS

Notwendig wäre es, eine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung über die Gründe zu führen, aus denen der *Front National* mehr und mehr Wähler für sich gewinnen

kann. Die Partei ist in ihren Aussagen über Identität und Immigration deutlich rechts des bürgerlich-konservativen Lagers anzusiedeln, vertritt wirtschafts- und europapolitisch aber ähnliche Positionen wie die Linksfrente (*Front de gauche*) unter Jean-Luc Mélenchon. Ihre Wählerschaft lässt sich nur schwerlich durch das linke oder bürgerlich-konservative Lager zurückgewinnen.

Sowohl die *Parti socialiste* als auch die *Républicains* scheinen angesichts der Wahlerfolge des *Front National* im klassischen Lagerkampf erstarrt, der sie blind für die Dringlichkeit einer wirklichen Auseinandersetzung mit dem *Front National* zu machen scheint. Es wäre nun jedoch an erster Stelle wichtig, die französische Identitätsdebatte, die nicht erst seit den Anschlägen stark an eine Islamdebatte geknüpft ist, ein für alle Mal gemeinsam abzuschließen und dem französischen Laizismus eine aktuelle und verbindliche

Definition zu geben. Nur so könnte dem *Front National* das Wasser abgegraben werden, denn eine erneute Omnipräsenz dieser Themen im Wahlkampf – wie im Wahljahr 2012 – würde nur der rechts-extremen Partei in die Hände spielen. Die Wahlprogramme sollten sich auf die wirtschafts- und europapolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre konzentrieren und den Frexit-Visionen des *Front National* entgegenwirken. Das vorläufige Wahlprogramm der *Républicains* für das Wahljahr 2017 mit dem deutlichen Bekenntnis zu einer reformierten Europäischen Union und einer Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen ist in dieser Hinsicht eine passende Antwort.

Weiterführende Literatur

Schock und Gelassenheit nach dem Brexit-Votum. Weltweite Reaktionen, Länderberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Juli 2016, <http://www.kas.de/wf/de/33.45796>.

Ferne „Brüsseler Welt“

Populismen und europäische Integration nach dem „Ja“ zum Brexit

PATRICK MOREAU

Geboren 1951 in Wetzlar, Politikwissenschaftler und Extremismusforscher, Centre Nationale de la Recherche Scientifique, Straßburg (Frankreich).

Konrad Adenauers bekannter Ausspruch „Demokratie muss gelebt werden“ trifft auch auf die europäische Einheit zu. Die Völker identifizieren sich nicht oder nicht mehr mit der Europäischen Union (EU).¹ Diese Entfremdung ist noch keine völlige Ablehnung des europäi-

schen Projekts. Sie wird jedoch von rechts- und linkspopulistischen und/oder -extremistischen Parteien, aber zum Beispiel auch von der ideologisch nicht klassifizierbaren Fünf-Sterne-Bewegung Beppe Grillos bei Wahlen instrumentalisiert.² Die „Ablehnung Brüssels“ und seiner Politik ist heute der politische Rammbock für eine Vielzahl kritischer Diskurse wie Antiliberalismus, Ablehnung der Globalisierung, Antikapitalismus, Antibürokratismus, Nationalismus, Verteidigung von Identität und Traditionen, Ablehnung der Zuwanderung und Xenophobie, Erhalt der sozialen Errungenschaften und so weiter. Je nach „linker“ oder „rechter“ politischer Ausrichtung haben unterschiedliche

politische Forderungen Vorrang, zum Beispiel das „Europa der Nationen“ (Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ) oder der „antikapitalistische Altereuropäismus“ (Podemos).³ Die Annäherung der rechts- und linkspopulistischen und -extremistischen Diskurse ist offensichtlich. Ihr strategisches Ziel ist identisch: Destabilisierung des politischen Systems und Machtübernahme, wie zum Beispiel in Frankreich, sowie die Zerschlagung der EU.

Die Wahlergebnisse sind besorgniserregend. Bei den Europawahlen 2014 sowie den nationalen Parlaments- und sonstigen Wahlen 2015/16 in europäischen Ländern ist der Erfolg der europakritischen oder -feindlichen populistischen Parteien unübersehbar. Die im weitesten Sinne euroskeptischen Kräfte – Rechtsextreme, Nationalpopulisten, britische Konservative, Souveränisten, Kommunisten, Postkommunisten, radikale Linke und die Fünf-Sterne-Bewegung – errangen 2014 mehr als 200 Sitze und stellen 28 Prozent der Abgeordneten.

Mit dem am 1. November 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht entstand die EU als Nachfolgerin von Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischer Gemeinschaft (EG). EWG und EG waren von der Bevölkerung der Mitgliedsländer mit „permissivem Konsensus“ akzeptiert worden. Die Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Machtbefugnisse der EU im Vergleich zur EG ließ in den 1990er-Jahren kollektive Besorgnis und Kritik anwachsen. In Meinungsumfragen jener Zeit zeigen sich viele Wähler verunsichert. Angesichts der geplanten Osterweiterung und insbesondere wegen der „Intransparenz“ der Diskussion der Ziele und der Eschatologie dieses Europas stellen sie die Frage nach der Legitimität der EU. In der Welt der 1990er-Jahre ist der sowjetkommunistische „Feind“ untergegangen. Der Wohlstand der EU-Mitgliedstaaten ist relativ hoch, die osteuropäischen Staaten erleben einen wirtschaftlichen Take-off. In dieser Phase politischer Stabilität mit vitalen demokratischen Parteien wird die EU nicht oder nicht mehr als bedeutender Faktor für künftige „Gewinne“ wahrgenommen.

Seit den 1990er-Jahren ist das Thema des Kapitalismus, der semantisch mit Hyperliberalismus und Globalisierung verwechselt wird, und seines Triumphes eines der bestimmenden ideologischen Module des euroskeptischen Populismus von rechts und links. Die EU wiederum vertritt die von den politischen Eliten nur unvollständig formulierte Vorstellung, dass diese Union an die Herausforderungen der Globalisierung angepasst ist. Die Konkurrenz der USA oder der Schwellenländer wie China kann das vereinte Europa leichter bestehen. Dazu muss es sich aber zu einer „engeren“ und von Natur aus supranationalen Union weiterentwickeln. Sie basiert auf einer Politik des freien Wettbewerbs, der, wo nötig, von Verwaltungs-, Finanz- und Gesetzesvorgaben der Europäischen Kommission und der nationalen Regierungen reguliert wird. Den betroffenen EU-Bürgern wurden diese Vorstellungen jedoch nicht klar und systematisch genug kommuniziert.

EU-kritische Populisten hatten leichtes Spiel, eine negative Bilanz des europäischen Einigungsprozesses zu ziehen. Liberalismus und Hyperliberalismus wurden attackiert als deregulierende und die Globalisierung verstärkende Politiken. Die europäischen Eliten als „Agenten“ und Unterstützer der liberalen Globalisierung hätten die europäischen Bürger im Stich gelassen. Die Errungenschaften des Sozialstaates der 1950er- bis 1980er-Jahre – soziale Sicherheit, Rente, Kündigungsschutz, Mitbestimmung – würden infrage gestellt und abgeschafft. Die kapitalistische Logik würde zur Deindustrialisierung der historischen wirtschaftlichen Strukturen und zur Standortverlagerung, zur innereuropäischen Migration, zum Verschwinden der Regionen und ihrer Besonderheiten, aber auch zur Immigration aus Nicht-EU-Mitgliedsländern und damit zu wirtschaftlichem Druck auf Einkommen und Arbeitnehmerrechte führen.⁴ Schließlich würden die Nationalstaaten verschwinden oder zumindest die meisten Hoheitsrechte verlieren.

RÜCKWENDUNG ZUR „GOLDENEN NATION“

Dies propagierend, präsentieren sich die euroskeptischen Rechtspopulisten als Verteidiger eines identitären Nationalismus. Dabei nutzen sie verschiedene Diskurse parallel: die Verteidigung des Europas der Nationen, der Nation und ihrer spezifischen Geschichte und Traditionen (zum Beispiel in England und Frankreich), der Regionen und der Heimat. Für jede dieser Ebenen formulieren sie einen spezifischen identitären Diskurs. Die Rettung der Volkswirtschaften und der traditionellen Industrien, die Abschaffung des Euro, der Vorrang der eigenen Bürger auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Sicherung, die Festung Europa und der Kampf gegen die amerikanische Akkulturation gehören zu den komplementären ideologischen Modulen. Sie lassen Modernisierungsverlierer (oder Menschen, die ihren Status bedroht sehen) Parteien wie den Front National oder die FPÖ wählen. Dies gilt auch für eine wachsende Zahl von Modernisierungsgewinnern, die ihre Errungenschaften schützen wollen.⁵ Übertüncht vom altereuropäischen antikapitalistischen Dialog wird die Nation auch von links wiederentdeckt, wenngleich in eher versteckter Form. Dies wird deutlich sichtbar in der *Monde diplomatique*, die zur intellektuellen Vorhut des Altermondialismus (der eine Globalisierung „von unten“ befürwortet, wie beispielsweise Attac) gehört. Aktuell scheint die spanische Podemos dem Kommunismus und dem traditionellen Linksextremismus näher zu stehen als Syriza. Ihrem Programm zufolge strebt Podemos zunächst auf der nationalen, dann auf der transnationalen Ebene⁶ eine Politik gegen die EU an. In beiden Fällen reflektiert der antieuropäische Populismus das Entstehen neuer politischer Kulturen: Die Beteiligung an Wahlen ist nicht mehr die Regel. Traditionelle Milieus und Stammwählerschaft sind im Westen verschwunden und haben im Osten niemals existiert. Die Distanz zur nationalen und europäischen Politik ist gewachsen.

Tabus sind gefallen: Breite Wählergruppen stimmen für populistische oder extremistische Parteien, die nicht zum traditionellen politischen System gehören, besonders unter den jungen Menschen (zum Beispiel in Österreich und Frankreich). Die Entdämonisierung der nationalpopulistischen Parteien hat verfangen. Charismatische Vorsitzende wie Marine Le Pen, Nigel Farage oder Heinz-Christian Strache verweisen in ihrem Diskurs zurück auf eine Art „goldenes Zeitalter der Nation“. Aus der Stimme für eine Nicht-Mainstream-Partei wird eine Wähleroption unter anderen, vor allem seit 2008, im Kontext der Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise in der EU und in ihren Mitgliedstaaten.

Die antieuropäischen populistischen Parteien haben es verstanden, diese lange Krise auszunutzen. Sie prangern die offensichtliche fehlende Koordination der Europäer an, die Schwäche des Euro als Einheitswährung, die Austeritätsmaßnahmen, gewünscht von Deutschland, das als dominant und arrogant charakterisiert wird, den Anstieg von Arbeitslosigkeit und die Zunahme des Prekaritats. Als Lösung fordern sie den Stopp der Zuwanderung, mehr Protektionismus auf europäischer und nationaler Ebene, den Vorrang der eigenen Bürger auf dem Arbeitsmarkt und den Austritt aus dem Euroraum. Die Frage der Zuwanderung hat an Bedeutung gewonnen, nicht nur wegen ihrer ökonomischen Folgen (Langzeitkosten, Konkurrenz zwischen Einheimischen und Zuwanderern), sondern auch – und vielleicht vor allem für die noch wirtschaftlich prosperierenden Nationen – wegen ihres Verweises auf eine gesamtgesellschaftliche Identitätskrise. Globalisierung und Akkulturation werden wahrgenommen als Bedrohung der nationalen Gemeinschaft, der Identität, regionaler Kultur und traditioneller Lebensweise. Deshalb betrachten viele Wähler das ideologische Angebot des Rückzugs und der Hinwendung zum „Glanz einer idealisierten Vergangenheit“ der antieuropäischen Populisten als Hoffnung auf eine „bessere Welt“, als Orientierungshilfen und Referenzwerte. Jenseits der ökonomischen Folgen können antieuropäische Diskurse nur erfolgreich sein, wenn die europäische Integration teilweise als negativ wahrgenommen wird und im Alltag Probleme bereitet. Der Erfolg der Brexit-Kampagne hat dies eindrucksvoll bewiesen.

INSTITUTIONELLE INTRANSPARENZ, ÜBERPRÄSENTE DEMOKRATIE

Die Europäische Kommission und „Brüssel“ werden als autoritäres, technokratisches und intransparentes System angeprangert. Ein Vorrang der Wirtschaftspolitiken vor den politischen und sozialen Fragen wird behauptet; die Zuwanderung, zumal wenn sie als „unkontrolliert“ wahrgenommen wird, ruft Ängste hervor.⁷ Die Erweiterung der EU – man denke an die Türkei – wird ebenso kritisiert wie die weitgehend geheim gehaltenen Verhandlungen

über das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Die institutionelle Intransparenz kontrastiert mit der Perzeption einer im Alltag überpräsenten Bürokratie, die alles regeln will (zum Beispiel die Krümmung der Bananen). Gravierend ist ferner die Unkenntnis der Funktionsweise Europas und seiner Institutionen. Instinktiv empfinden die Bürger einen großen Unterschied zwischen den parlamentarischen Demokratien und der „Brüsseler Welt“.

Die Autonomie von Einrichtungen wie der Europäischen Zentralbank, die von der Politik nicht mehr kontrolliert wird, bringt viele Wähler dazu, die Rückübertragung bestimmter Rechte auf die nationale Ebene zu fordern. Schließlich führte die nur allmähliche Zunahme der politischen Macht des Europäischen Parlaments dazu, dass die Wähler die Europawahlen als weitgehend nutzlos betrachteten. Bis heute gehen sie davon aus, dass die Entscheidungen ohnehin an anderer Stelle fallen. Deshalb ist die Wählermobilisierung schwach. Und schließlich zeigen die Umfragen, dass die Wähler 2014 ihre Wahlentscheidung von der nationalen – und nicht der europäischen – Politik abhängig machten. Sie nutzten die Wahlen zum Europäischen Parlament oft als Gelegenheit, ihren Regierungen einen Denkkzettel zu verpassen.

An diesem Punkt kehren wir zu Adenauer zurück. Weder den europäischen Eliten noch den Medien ist es gelungen, der europäischen Einigung ein positives Image zu verleihen. Dabei ist sie trotz der aktuellen Probleme ein erstaunlicher Erfolg. Die starke Demotivierung der Bürger bezüglich Europa ist nicht überraschend, denn es fehlt ein europäisches Ideal, das zu einer neuen Identität führen und im Alltag gelebt und erfahren werden kann. Diese Herausforderung muss bestanden werden, um den rückwärtsgewandten Nationalismen Paroli zu bieten.

¹ Vgl. Forschungsprogramm IDEX – Université de Strasbourg – Airbus Group: „The New Anti-Europeanism“, Leitung: Patrick Moreau, Birte Wassenberg; Veröffentlichungen: Centre Raymond Poidevin (Hrsg.), *Abstentionnisme, euroscepticisme et anti-européisme dans les élections européennes de 1979 à nos jours*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, erscheint im Herbst 2016; Moreau, Patrick / Wassenberg, Birte (Hrsg.): *The 2014 European Elections: The Rise of Anti-Europeanism*, Franz Steiner Verlag, 2 Bde., Stuttgart, erscheint im Herbst 2016; dies., *Perceptions of “External” States on European Integration. Between Europeanism, Euroscepticism and alter-Europeanism*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, Frühjahr 2017.

² Vgl. Pew Research Center: *Euroscepticism beyond Brexit. Significant opposition in key European countries to an ever closer EU*, in: <http://www.pewglobal.org/2016/06/07/euroscepticism-beyond-brexite/>.

³ Ders.: *Ideological splits on EU favorability*.

⁴ Vgl. Pew Research Center, op. cit.: *Europeans generally disapprove of EU's handling of economy*.

⁵ Vgl. Moreau, Patrick: *De Jörg Haider à Heinz-Christian Strache. L'extrême droite autrichienne à l'assaut du pouvoir*, Verlag Cerf, Paris 2012.

⁶ Vgl. Courtis, Stéphane / Moreau, Patrick (Hrsg.): *En Europe, l'éternel retour des communistes 1989–2014*, numéro spécial de *Communisme*, Edition Vendémiaire, Paris 2014.

⁷ Vgl. Pew Research Center, op. cit.: *Overwhelming majorities unhappy with EU's handling of refugees*, in: <http://www.pewglobal.org/2016/06/07/euroscepticism-beyond-brexite/brexite-lede-graphic-web-version/>.

„Destruktive Kräfte“

CDU-Generalsekretär Peter Tauber über Populisten und die „Botschaft des Protests“

PETER TAUBER

Geboren 1974 in Frankfurt am Main, Historiker, seit Dezember 2013 Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Herr Tauber, Populisten meinen zu wissen, was der Volkswille ist; die CDU hat den Anspruch, Volkspartei zu sein. Das klingt erst einmal ähnlich. Aber was sind die Unterschiede, obwohl sich beide auf das „Volk“ berufen?

Peter Tauber: Populisten behaupten, für das Volk zu sprechen, aber sie geben in Wahrheit nur vor zu wissen, was das Volk denkt. Dahinter steht ein Absolutheitsanspruch: Alle Meinungen, die von der eigenen abweichen, werden als gegen den Volkswillen gerichtet interpretiert. Die CDU ist eine Volkspartei, aber nie im Sinne dieses Absolutheitsanspruchs. Uns

ist bewusst, dass wir in einer pluralistischen Gesellschaft, die sich aus guten Gründen als repräsentative Demokratie organisiert hat, immer nur für einen Teil der Menschen sprechen können. Aber natürlich versuchen wir, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit unseren Inhalten anzusprechen.

Wie kommt die CDU dem Volkswillen auf die Spur?

Peter Tauber: „Ihr macht nicht das, was die Leute wollen“, ist ein häufiger Vorwurf. Darauf kann man zugespitzt antworten: In der repräsentativen Demokratie geht es nicht nur darum, demoskopische Umfrageergebnisse abzubilden. Die CDU hat in Regierungsverantwortung eine Reihe von Entscheidungen herbeigeführt, die zunächst auf große Skepsis bei

vielen Bürgerinnen und Bürgern gestoßen sind, beispielsweise die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung mit der Gründung der Bundeswehr und dem Beitritt zur NATO sowie der NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er-Jahre. Das waren höchst umstrittene Weichenstellungen, von denen die meisten Menschen heute sagen: „Gott sei Dank, dass es so gekommen ist!“ Es geht auch um politische Führung, also darum, das Notwendige zu tun und die Menschen davon zu überzeugen. Bei der Energiewende lautete die Mehrheitsmeinung lange, dass man auf die Kernkraft verzichten solle. Die CDU hat länger gebraucht, um sich dieses Ziel zu eigen zu machen. Zwischen diesen Polen – politischer Führung und dem Nachvollziehen von Mehrheitsmeinungen – bewegt sich die Entscheidungsfindung, wenn man in einer repräsentativen Demokratie seiner politischen Verantwortung gerecht werden will.

Einige in der deutschen Bevölkerung – PEGIDA-Demonstranten und AfD-Wähler wohl vor allem – glauben, dass gegen den eigentlichen Volkswillen regiert wird (und protestieren auf Straßen und mit ihrer Stimmabgabe). Wie ernst muss man das nehmen, und was ist die Botschaft des Protestes an die Volksparteien?

Peter Tauber: Ich kann keine Botschaft erkennen und sage ehrlich: Ich bin auch nicht bereit, mich mit Botschaften von Links- und Rechtsextremen auseinanderzusetzen, weil es ihnen in Wirklichkeit gar nicht um einen demokratischen Diskurs geht. Das sind destruktive Kräfte, die die Wertebasis unseres Grundgesetzes nicht teilen und schon gar nichts mit christ-

demokratischen Werten zu tun haben. Da bin ich bei Andreas Püttmann, der von der „Militantz der Mitte“ gesprochen hat: Demokraten müssen lernen – das ist ihre historische Schwäche gegenüber Rechts- und Linksradi-kalen oder anderen extremen Kräften –, für ihre Überzeugungen klar und unmissverständlich einzutreten. Mit Kompromissbereitschaft kommt man bei Extremisten ohnehin nicht weit. Und mit der AfD und der Linkspartei gibt es für Christdemokraten keine Möglichkeiten des Kompromisses oder gar des Auslotens von Gemeinsamkeiten, weil Letztere nämlich nicht vorhanden sind. Was aber nicht ausschließt, dass wir uns um die Wählerinnen und Wähler bemühen, die von uns zur AfD gegangen sind.

Inwieweit erklären sich die Protesthaltungen durch den Mangel an Opposition? Sie selbst haben – auch mit Blick auf Österreich – eine zu häufige Wiederholung Großer Koalitionen als einen Grund genannt.

Peter Tauber: Offen gesagt bezweifle ich, dass der Vergleich mit Österreich unsere Debatte über die Entwicklung der Parteienlandschaft weiterbringt. Unabhängig davon, ob in Österreich immer alles richtig gemacht worden ist, bleibe ich mit Blick auf Deutschland dabei: Es tut dem politischen System gut, wenn es nicht ständig Große Koalitionen gibt. Denn die SPD ist trotz ihrer temporären oder regional ausgeprägten Schwäche die große Volkspartei neben uns, und es ist gut, wenn sich die Menschen zwischen diesen Angeboten entscheiden können.

Wenn man sich die aktuelle Sonntagsfrage anschaut, kommen Zweifel auf,

ob andere Konstellationen als eine Große Koalition realistisch sind.

Peter Tauber: Bei mir nicht. Denn schon jetzt gibt es eine Dreierkonstellation aus CDU/CSU und SPD. Dass man auch eine Dreierkonstellation aus CDU/CSU und Grünen hinbekommen könnte, glaube ich schon, wenn sich die Grünen inhaltlich auf uns zubewegen. Und wenn es von der Zahlenarithmetik passt, ist eine christlich-liberale Koalition sehr erstrebenswert. Niemand glaubt mehr, dass die FDP auf Dauer verschwindet – Demoskopen sehen sie inzwischen wieder stabil im Bundestag vertreten. Wenn die Union ihren Teil dazu beiträgt, kann es durchaus zu einer christlich-liberalen Regierung kommen. Man kann das ambitioniert oder gar gewagt finden. Aber sich selbst kleinzureden und nur darüber nachzudenken, dass alles nicht mehr reicht, ist nicht meine Haltung.

Einen Erklärungsversuch für die Erfolge populistischer Akteure sehen manche darin, dass sich die Volksparteien zu sehr auf eine programmatisch diffuse Mitte konzentriert hätten und dadurch Räume an den politischen Rändern frei geworden seien. Teilen Sie diese Analyse?

Peter Tauber: Es wird immer wieder leichtfertig behauptet, es würde diese gegenseitige Annäherung geben. Aber das ist falsch. In der praktischen Politik nutzen wir die Möglichkeiten des Kompromisses, aber in den Grundsätzen sind Union und SPD weit auseinander. Öffentlich wird oft mit falschen Bildern gearbeitet. Das Schema von rechts, links und Mitte krankt beispielsweise daran, dass bei dieser politischen Verortung vergessen

wird, was dahintersteht. Wichtig ist aber, sich bewusst zu machen, was der Kern der eigenen Überzeugungen ist und worauf man aufbaut. Bei der CDU ist es das christliche Menschenbild, von dem aus sich die Werte unseres Grundsatzprogramms durchdeklinieren lassen und das unsere drei Wurzeln – die christlich-soziale, die konservative und die liberale – verbindet und speist.

Aber ein konkretes inhaltliches Angebot kann man daraus immer nur „in der Zeit“ herleiten. So würde die CDU mit dem Wahlprogramm der 1950er-Jahre, als sie die absolute Mehrheit gewann, im Jahr 2016 selbstverständlich Schiffbruch erleiden. Wenn Wahlprogramme heute anders aussehen, bleibt es aber trotzdem nach wie vor die CDU. Es ist uns in den zurückliegenden siebzig Jahren immer wieder sehr gut gelungen, auf der Grundlage unseres Wertefundaments neue Antworten auf neue Herausforderungen zu geben – und entsprechend die Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Und wir arbeiten daran, dass das so bleibt.

Ich finde, dass sich andere Parteien deutlich stärker von ihrem ursprünglichen Ansatz bewegt haben. Die Grünen haben beispielsweise in vielen Fragen inhaltlich einen krassen Weg in die Mitte hinter sich gebracht. Die CDU hat eher an ihren Grundpositionen festgehalten oder einen Pull in die Mitte gemacht. In einigen Fragen ist es so, dass sich gesellschaftliche Normen und Werte liberalisiert haben – etwa beim Umgang mit Homosexualität. Die CDU muss sich natürlich fragen, wenn die Mehrheit der Menschen im Lande eine Haltung hat, ob wir sie als Volkspartei abbilden. In der Regel wird das so sein, weil viele dieser Menschen bei uns Mitglied sind und die gesellschaftlichen

Entwicklungen auch mitvollziehen: Beispielsweise über die Gleichberechtigung von Frau und Mann haben Christdemokraten früher anders geredet als heute. Stehen bleiben darf eine Volkspartei nicht, und sie kann trotzdem an ihren Überzeugungen festhalten. Die muss man dann im 21. Jahrhundert so erzählen, dass Menschen sich für sie begeistern. Ob sie das mit der Sprache des 20. Jahrhunderts noch tun, glaube ich eher nicht.

Sie haben jetzt die „progressiven“ Positionierungen genannt ...

Peter Tauber: Nein, es ist eben nicht alles progressiv. Die Positionierung in der Innenpolitik und der gesamten Integrations- und Ausländerpolitik ist, wenn Sie so wollen, konservativer als früher. Vor ein paar Jahren hätten wir nicht in dieser Form darüber geredet, was wir von Einwanderern oder Asylbewerbern verlangen, wenn sie nach Deutschland kommen und hier leben. Wir sagen jetzt: Wer hierher kommt und gewisse Voraussetzungen erfüllt, wer die Regeln achtet, die wir setzen, kann dazugehören, kann Deutscher werden. Das Neue besteht einerseits darin, zu sagen: Deutschland ist ein Einwanderungsland, was wir im Übrigen schon längst gewesen sind. Andererseits leiten wir als CDU im Gegensatz zu Rot und Grün keinen Multi-Kulti-Ansatz daraus ab, der im Grunde bedeutet, dass hier jeder tun und lassen kann, was er will. Wir setzen auf klare Regeln, Werte und Normen, was Anstrengungen verlangt.

Den „Alles-eine-Soße“-Vorwurf gegenüber CDU, SPD und den Grünen bringen längst nicht mehr nur ausgewiesene Populisten vor. Christian

Lindner hat ihn kürzlich ausgesprochen ...

Peter Tauber: Lindner treibt ein übles Spiel und leistet Populisten damit Vor-schub. Das ist nicht in Ordnung, und das habe ich ihm auch schon deutlich so gesagt. Er und die meisten anderen, die Ähnliches behaupten, haben einfach keine Lust, sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Aber die FDP hatte es ja noch nie so wirklich mit Inhalten ...

Können Sie – abgesehen vom Integrationsgesetz – Initiativen nennen, mit denen sich die CDU auch mit Blick auf ihre konservative Klientel als profilbildend gezeigt hat?

Peter Tauber: Wenn wir beispielsweise das Zukunftsthema digitale Gesellschaft diskutieren, sagen wir als CDU: Das wird nicht funktionieren, wenn – wie es sich Sozialdemokraten wünschen – der Staat alles regelt: die Arbeitszeiten, die Erreichbarkeit und so weiter. Wir dagegen kommen zurück zu einem sehr konservativen Blick auf den Menschen und auf eine der Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft, indem wir uns fragen: „Was kann der Einzelne, was können wir ihm zutrauen, braucht er die staatliche Obhut? Ist nicht das Gegenteil der Fall?“ Müssen wir uns nicht fragen: „Kann man ihm viel mehr zutrauen?“

Wenn ich mich in der Start-up-Szene in Berlin bewege, dann sind ihre jungen Unternehmerpersönlichkeiten sehr konservative Menschen – selbst wenn sie vielleicht in Kleidung und Stil nicht so aussehen. Da hat die CDU anders als andere Parteien neue Zugänge geschaffen. Die Piratenpartei ist daran gescheitert, dass

die Frage der Digitalisierung überhöht und stilisiert hat; die Grünen reden allein über Datenschutz, vernachlässigen aber die Chancen und erzeugen Abwehrhaltungen; die Sozialdemokraten glauben, wie gesagt, wie immer nur an den Staat.

In der digitalen Welt wird es so nicht gehen, und vielleicht liegt darin sogar eine Befreiung von zu viel Staatsglauben. Gewisse Dinge lassen sich so nicht mehr regeln, notgedrungen müssen wir uns auf etwas besinnen, was uns in der CDU immer nahelag – nämlich den Einzelnen in den Blick zu nehmen und zu sagen: „Du musst befähigt werden, mit deinen Daten umzugehen! Du musst entscheiden, wer sie nutzen darf!“ Das ist, glaube ich, ein durchaus bürgerlicher und konservativer Blick auf eines der wichtigsten Zukunftsthemen.

Das ist kein konservatives Thema, aber ein konservativer Ansatz.

Peter Tauber: Zukunftsthemen und konservativ schließt sich doch nicht aus. Darin liegt, wenn wir über das Konservative reden, sowieso die eigentliche Herausforderung. Das Konservative ist eine Frage der Haltung, wie man sich zu einem anderen Menschen und in der Gesellschaft und damit auch zu gesellschaftlichen Veränderungen verhält: eigentlich der ein und andere Zuruf der Mama, dass man bestimmte Dinge einfach nicht macht. Darin steckt sehr viel Konservatives im Sinne von Kants Kategorischem Imperativ. Ich glaube, das ist etwas, wo die CDU wieder ein bisschen klarer werden muss, da erodiert etwas in der Gesellschaft, und daraus resultiert auch der Wunsch vieler nach einem respektvolleren Umgang miteinander. Und da muss man sich auch

selbstkritisch fragen: „Machen wir da alles richtig?“

Wenn jetzt in Bayern gewählt würde, dann müsste sich die CSU laut einer forsa-Umfrage auf starke Verluste einstellen, und die AfD käme auf 10 Prozent. Vor diesem Hintergrund die Frage: Lässt sich die rechte Flanke des Parteiensystems überhaupt noch zuverlässig absichern?

Peter Tauber: Die CDU hat großes Interesse an einer starken CSU – gerade auch, weil sie in Bayern immer ein bisschen besser ist als wir im Rest der Republik. Am Ende liegt darin ein Erfolgsrezept der gesamten Union. Die regionale Verankerung erlaubt es der CSU, manchmal schneller zu sein und den Nerv der Leute besser zu treffen, selbst wenn es auch bei der CDU durchaus ausgeprägte Landesidentitäten gibt. Das ist eine Besonderheit der CSU und deshalb glaube ich, dass man einzelne Umfragen gar nicht heranzuziehen braucht, um Ihre Frage zu beantworten. Man muss sich grundsätzlich fragen: „Was kann eine Partei tun, um diese Art von Nimbus zu bewahren und zu stärken?“ Dabei glaube ich aber nicht, dass eine Volkspartei mit den festen Überzeugungen, die sie seit Jahrzehnten prägen, im Zweifel verhindern kann, dass rechts-extreme Parteien salonfähig werden. Leider ist es so, dass es Menschen gibt, die richtig finden, was dort gedacht und geredet wird – selbst wenn bei der AfD ein Skandal auf den anderen folgt. Der Medienhype um die AfD ist dem auch nicht gerade abträglich.

Es kann aber nicht darum gehen, das hinzunehmen oder auszuhalten, sondern es geht – wie gesagt – darum, als

Demokraten glasklare Grenzen zu ziehen. Das ist für das Konservative eine besondere Herausforderung, denn es gibt auch Nationalkonservative, die mit dem „C“ nichts anfangen können. Ob die abzuholen und zu gewinnen sind, weiß ich nicht, obwohl wir natürlich um jeden kämpfen werden. Die Union sagt nicht leichtfertig: „Dann ist die AfD halt da!“ Sondern wir wollen das genaue Gegenteil davon. Das sind politische Gegner – nach meiner Auffassung nicht allein für die CDU. Sie wollen diese Republik nicht, und deswegen muss man ihnen deutlich entgegentreten.

Wie weit kann man gehen, um die Devise von Franz Josef Strauß, nach der es rechts der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe, zu verwirklichen? Angela Merkel hat zuletzt Grenzen dieses Grundsatzes beschrieben.

Peter Tauber: Dies teile ich voll und ganz. Man muss Franz Josef Strauß zunächst einmal in seiner Zeit verstehen, ohne dass man es relativiert. Wenn man das tut, dann erkennt man, dass auch Strauß diesen Satz nicht verabsolutiert hat, sondern an vielen Stellen unmissverständlich klargemacht hat, wo er eine rechte Grenze und sowieso eine linke Grenze sieht. Daran muss man festhalten und einer Partei wie der AfD, die sich immer an der Grenze dieses Spektrums bewegt, klar entgegentreten. Beispielsweise, wenn sie massiv gegen die EU oder die NATO agitiert. Strauß war ein überzeugter Herzenseuropäer.

Andere europäische Länder haben seit Langem und in weit größerem Ausmaß mit populistischen Strömungen und

Parteien zu tun. Hat uns in Deutschland jetzt die Normalität eingeholt?

Peter Tauber: Das wird sich wahrscheinlich erst auf mittlere Sicht zeigen, aber es ist in der Tat so, dass viele Werte und Normen, die für die alte Bundesrepublik und jetzt auch für die Zeit nach der Wiedervereinigung lange als gesetzt galten und die oft maßgeblich von der CDU geprägt worden sind, neu erklärt und begründet werden müssen. Es ist eben nicht mehr so, dass automatisch ein übergroßer Konsens darüber herrscht, dass Deutschland Mitglied der NATO und eines westlichen Wertebündnisses ist. Die Grundüberzeugung, Europa weiterbauen zu müssen, wird mehr und mehr in Zweifel gezogen. Manche stellen wieder die Frage: „Sind wir uns als Deutsche nicht selbst genug?“ Ein latenter Antiamerikanismus und eine Hinwendung zu Russland gewinnen an Kraft. Da entsteht ein Klima, das es in anderen europäischen Ländern schon länger gibt und das in Deutschland aufgrund der geschichtlichen Erfahrung des 20. Jahrhunderts lange als überwunden galt. Vielleicht waren das auch eingeübte „Denkverbote“, die jetzt wegbrechen. Nur bleiben wir in der CDU der Überzeugung, dass diese Orientierung und die damit verbundenen Werte ein Segen und eine Notwendigkeit für die Deutschen sind. Deshalb müssen sie heute neu erklärt und in neuer Form aufgeladen werden. Es reicht nicht, empört darüber zu sein, dass es Parteien gibt, die diese Grundlagen infrage stellen, sondern man muss ihnen mit breiter Brust entgegentreten. Und das werden wir als CDU gemeinsam mit der CSU tun.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 9. Juni 2016.

Ein Schweizer Erfolg

Mit Aufklärung gegen Populismus

MICHAEL STREBEL

Geboren 1977 in Oberwil-Lieli (Kanton Aargau, Schweiz), Leiter des Parlamentsdienstes des Parlaments der Stadt Wetzikon (Zürich) und Lehrbeauftragter für Vergleichende Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen.

Die direkte Demokratie der Schweiz ist für viele beispielhaft und gilt als Inspirationsquelle für eine stärkere Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen. Jedoch sorgen Initiativen¹ zur Verfassungsrevision gelegentlich auch für negative Schlagzeilen – einige wurden in jüngster Zeit als populistisch, mithin sogar als rechtswidrig bezeichnet.

2010 stimmten die Bürger über die von der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

lancierte „Abschiebungs-Initiative“ „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“ ab. Der Souverän stimmte ihr bei einer Stimmbeteiligung von 53 Prozent mit 53 Prozent zu. In der Folge nahm das Parlament die gesetzliche Umsetzung in Angriff und wich dabei in einem Punkt von den Vorgaben der Initiative ab: Es fügte eine Härtefallklausel ein, die den Verfassungsnormen wie dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit Rechnung trägt. Daher reichte die SVP – mit dem Ziel, die gesetzliche Umsetzung der Initiative dem Parlament zu entziehen – noch während der Gesetzgebungsarbeiten eine weitere Initiative mit gleicher Stoßrichtung ein: Eine Liste von Straftaten, inklusive eines Ausweisungs-Automatismus

für ausländische Täter, sollte in die Verfassung aufgenommen werden – ein Novum! Dadurch sollte die Prüfung der Umstände des jeweiligen Einzelfalls durch die zuständige Strafbehörde verhindert werden. Die Initiative erhielt daher die Bezeichnung Durchsetzungsinitiative. Die fragliche Liste umfasste nebst schweren Verbrechen auch leichte Vergehen, teilweise Delikte, die nicht von Amtes wegen verfolgt werden.

Daraufhin folgte im Februar 2016 die Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative, die mit 59 Prozent bei einer überdurchschnittlichen Beteiligung von 63 Prozent abgelehnt wurde. Diesem Resultat ging „ein Abstimmungskampf [voraus], wie ihn die Schweiz lange nicht [mehr] erlebt hat“², wie es im *Deutschlandfunk* hieß.

Nachdem der Siegesrausch verflogen, der politische Kater überwunden ist und der Alltag wieder Einzug gehalten hat, ist es angebracht, eine Analyse vorzunehmen: Warum wurde die erste Initiative angenommen und die zweite abgelehnt – obwohl die Grundforderung letztlich die gleiche war? Aus der Identifizierung von Indikatoren lassen sich Hinweise ableiten, wie mit rechtsstaatlich problematischen, oft populistischen Forderungen umzugehen ist. Vor ähnlichen Herausforderungen stehen auch andere europäische Staaten, nicht zuletzt Deutschland.

BETEILIGUNG BRAUCHT ANSTÖSSE

Vor der Abstimmung entstand zwar eine Diskussion über problematische Aspekte der Ausschaffungsinitiative, doch bewegte sich diese eher auf der abstrakten Ebene

und war für Teile der Bevölkerung somit zu wenig fassbar und kaum präsent. Bei vielen Bürgern rückte die folgenreiche Dimension der Annahme dieser Initiative erst während der parlamentarischen Umsetzung ins Bewusstsein.

Dies zeigt, dass in einem politischen Diskurs das unmissverständliche Aufzeigen der Konsequenzen politischer Forderungen von entscheidender Bedeutung ist. Es ist töricht, zu glauben, sich Streitgesprächen – etwa mit der AfD – zu verweigern, wäre langfristig erfolgreich, weil die Bevölkerung die Absurdität eines Unterfangens schon erkennen und sich das Problem quasi von selbst verflüchtigen würde. Bei der Durchsetzungsinitiative wurde deutlich artikuliert, was die Konsequenzen einer Annahme wären: Die Gewaltenteilung wäre dadurch grundsätzlich infrage gestellt worden und weitere wichtige Prinzipien des Rechtsstaates wären in der Folge verletzt worden.

Es brauchte zur Vermittlung dieser Erkenntnis allerdings eine Initialzündung: Der Weckruf erfolgte, als eine Umfrage im Oktober 2015 eine Mehrheit von 66 Prozent für die Durchsetzungsinitiative ergab.³ Diese Momentaufnahme riss viele aus ihrem politischen Dämmer Schlaf und setzte ein starkes Engagement unterschiedlicher Akteure in Gang, denen Schritt für Schritt eine Mobilisierung gegen die Initiative gelang.

Alle Parteien, mit Ausnahme der SVP, sprachen sich gegen die Initiative aus. Neu war, dass amtierende und ehemalige Bundesparlamentarier aus allen Parteien, darunter auch ehemalige SVP-Parlamentarier, ein Manifest unterzeichneten, in dem sie sich für die Institutionen und für die verfassungsmässigen Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit einsetzten. Augenfällig

war zudem die starke Mobilisierung verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen: So schalteten sich auch prominente Staatsanwälte – die sich sonst bei Abstimmungen in Zurückhaltung üben, insbesondere bei Themen, die ihre spätere Arbeit beeinflussen – in die Debatte ein und zeigten die Undurchführbarkeit der Initiative auf.

Wesentlich zugespitzter äußerten sich 120 Rechtsprofessoren, die ebenfalls ein Manifest veröffentlichten: Ihnen ging es um nicht weniger als um die Verteidigung des Rechtsstaates. Des Weiteren veröffentlichten Mitglieder der Bischofskonferenz einen „dringenden Aufruf“ für ein Nein, dem sich auch Ehemalige anschlossen. Zusätzlich zu diesen Vorstößen aus politischen, kirchlichen und wissenschaftlichen Kreisen lancierten Verbände, soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen markante Kampagnen; auch Prominente aus Gesellschaft und Kultur meldeten sich prononciert zu Wort. In den Medien wurde bald von der Zivilgesellschaft gesprochen – ein Begriff, der in der Presse zuvor nicht geläufig war.

Diese vielseitigen Bestrebungen gegen die Initiative fanden eine starke Resonanz in verschiedenen Medien. Sie wirkten allesamt als Multiplikatoren, wodurch ein außerordentlich breites Publikum erreicht wurde – selbst politisch Desinteressierte. Schon lange war ein Abstimmungsthema nicht mehr so omnipräsent und im Alltag der Bürger angekommen: Ob bei der Arbeit, im Vereinsleben oder beim Apéro entstanden lebhaftes, kontroverse Debatten darüber, inwiefern die zentralen Prinzipien des Rechtsstaats nun tatsächlich auf dem Spiel stünden. Dadurch ließ sich der von der SVP auch in der Vergangenheit postulierte Gegensatz zwischen

der – im schweizerischen Jargon – „Classe politique“ und dem „Volk“, als dessen Vertreter sich die SVP sieht, aufbrechen. Die Durchsetzungsinitiative mobilisierte offenbar ein vorhandenes Nein-Potenzial bei denen, die sonst der Urne fernbleiben, und zwar über alle Bevölkerungsschichten hinweg.⁴

Dieses umfassende Engagement spiegelte sich auch in den Resultaten der Befragungen im Vorfeld der Abstimmung wider: Im Januar 2016 ergab sie noch eine Mehrheit von 51 Prozent, bei der letzten Umfrage zwei Wochen vor dem Urnengang zeichnete sich hingegen bereits ein leichter Nein-Trend ab. Der Ausgang der Abstimmung blieb allerdings bis zur Schließung der Stimmlokale offen.

In internationalen Zeitungen fand das Engagement der Zivilgesellschaft Beachtung und es wurde allen Europäern empfohlen, daraus zu lernen.⁵ Mit Blick auf Deutschland könnte der Verlauf des Abstimmungskampfes in der Schweiz zur Konsequenz haben, dass sich die Parteien auch organisatorisch stärker in Richtung Zivilgesellschaft öffnen werden. Hier schlummert ein fruchtbares Potenzial, das aktiviert werden kann – vorausgesetzt, dass die Schwellen zu einer ernstgemeinten und nicht nur Pro-forma-Partizipation überwindbar sind. Angesichts der schwindenden Bindungskraft der Volksparteien ist dies zumindest überlegenswert, wenn nicht gar überlebenswert.

POPULISMUS NICHT MIT POPULISMUS BEKÄMPFEN

Die Gegenkampagne zur Durchsetzungsinitiative schoss gelegentlich aber auch

über ihr Ziel hinaus: Im Zürcher Hauptbahnhof wurde auf großflächigen Anzeigetafeln das Motiv eines an ein Hakenkreuz erinnernden Schweizerkreuzes aufgeschaltet. Nun wurde politisch-(social-)medial über das Plakat diskutiert und nicht mehr über den eigentlichen Anlass dazu. Auf dem Höhepunkt des Treibens sahen sich die Schweizerischen Bundesbahnen veranlasst, die Werbung zu stoppen, weil „Kunden in ihren Gefühlen in tiefster Weise verletzt [wurden] und ihre persönliche Vergangenheit verharmlost“ wurde.⁶ Die Gegner der Initiative waren in eine klassische Falle getappt: Es liegt nicht im Interesse der Sache, auf politisch-populistische Provokationen mit einer noch stärkeren Dramatisierung der Situation zu reagieren und gezielt an Emotionen anzuknüpfen. Populismus lässt sich in den wenigsten Fällen erfolgreich mit Populismus bekämpfen – dieser Wettlauf gegen den „Trumpismus“ hat kaum Gewinnchancen, wohl aber das Aufzeigen aller Konsequenzen: für den Einzelnen, die Gesellschaft, die Institutionen und den Rechtsstaat.

URKNALL ODER STROHFEUER?

Nun wird das Gesetz zur Ausschaffungsinitiative in Kraft gesetzt, was allerdings vielen Beobachtern jetzt beinahe so problematisch erscheint wie die Annahme der Durchsetzungsinitiative.⁷ Diese mangelnde Akzeptanz ist die langfristige Folge von fehlendem Engagement, Desinteresse und der daraus resultierenden Stimmabstinenz. Die Lektion aus der ersten Abstimmung wurde jedoch von den meisten beherzigt. Es können weitere Ingredienzien für das Nein ausgemacht werden:

Es gibt kein „Naturgesetz“ einer aktiven Beteiligung des Souveräns, es braucht eine Initialzündung. Die Kommunikation muss die Konsequenzen einer bevorstehenden Abstimmung deutlich aufzeigen, ohne dabei dem Populismus anheimzufallen. Es braucht ein breites Engagement jenseits von Parteien, aber durchaus in Kooperation mit diesen.

Für die *Neue Zürcher Zeitung* ist es nicht ausgeschlossen, dass die „Geschichtsschreibung im 28. Februar 2016 keinen zivilgesellschaftlichen Urknall erkennen wird, sondern ein Feuerwerk, ja nur ein Strohfeuer“⁸. Ob sich diese Einschätzung einst bewahrheiten wird, lässt sich nicht abschätzen; diesbezügliche Zweifel sind durchaus berechtigt. Dessen ungeachtet lässt sich mit Gewissheit konstatieren: Wäre die Durchsetzungsinitiative angenommen worden, nähme die Geschichte der Schweiz einen anderen Verlauf. Ob Urknall oder Strohfeuer, die alles überragende Erkenntnis ist eine einfache wie auch mahnende: Die Gesellschaft muss die Errungenschaft des Rechtsstaates immer wieder aufs Neue verteidigen.

¹ 100.000 Stimmberechtigte können mittels Initiative eine Total- oder Teilrevision der Verfassung vorschlagen.

² http://www.deutschlandfunk.de/nein-zur-durchsetzungsinitiative-in-der-schweiz-das.720.de.html?dram:article_id=346973 [02.04.2016].

³ Zu den Umfragen: <http://www.gfsbern.ch/de-ch> [02.04.2016].

⁴ So die Analyse zum Kanton Zürich (vgl. statistik.info 2016/01).

⁵ <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/dsipresseschau-sieg-der-vernuunft-ueber-die-angst/story/18504827> [09.04.2016].

⁶ http://www.sbb.ch/sbb-konzern/medien/archiv.newsdetail.2016-2-2402_2.html [02.04.2016].

⁷ Vgl. <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2015/2735.pdf> [03.04.2016].

⁸ NZZ: Eine Abstimmung macht noch keine neue Ära, 01.03.2016, S.12.

Österreichische Menetekel?

Vom – doch nicht unaufhaltsamen – Aufstieg der FPÖ

REINHOLD GÄRTNER

Geboren 1955 in Steyr (Österreich),
Professor am Institut für Politik-
wissenschaft, Universität Innsbruck
(Österreich).

GÜNTHER PALLAVER

Geboren 1955 in Bozen (Südtirol),
Professor am Institut für Politik-
wissenschaft, Universität Innsbruck
(Österreich).

(Rechts-)Populismus ist – auch – ein Phä-
nomen der österreichischen Politik. Die
Erfolge der Freiheitlichen Partei Öster-

reichs (FPÖ) seit dem Beginn der Ob-
mannschaft Jörg Haiders 1986 schienen
sich in den 1990er-Jahren unaufhaltsam
zu steigern. Dann aber ließ derselbe Hai-
der durch seine Querschüsse gegen die
Regierungsmannschaft der FPÖ die Par-
tei 2002 wieder auf dem Boden der politi-
schen Realität aufprallen, und die Wahlen
zwischen 2000 und 2004 endeten mit teils
katastrophalen Ergebnissen für die FPÖ.
So holte sie etwa bei der Wahl zum Euro-
päischen Parlament 2004 nur 6,3 Prozent,
während sie 1999 noch 23,4 Prozent er-
reicht hatte.

2005 begann der neuerliche Aufstieg unter Obmann Heinz-Christian Strache, dessen Höhepunkt die – letztlich doch knapp verlorene – Bundespräsidentenwahl 2016 werden sollte: Alexander Van der Bellen lag mit 50,3 Prozent der Stimmen im Endergebnis aber vor seinem FPÖ-Kontrahenten Norbert Hofer. Welchen Ausgang die am 1. Juli 2016 beschlossene Wiederholung der Stichwahl des Bundespräsidenten nehmen wird, steht noch völlig offen.

Die Erfolge des österreichischen Rechtspopulismus lassen sich zunächst zahlenmäßig festhalten: Trotz einiger Rückschläge ging es seit 1986 bergauf. Ein erster Höhepunkt und gleichzeitig ein vorläufiges Ende dieser Entwicklung war die Nationalratswahl 1999 und die darauf folgende Regierungsbeteiligung zwischen 2000 und 2007. Auf Bundesländerebene war Kärnten das Paradebeispiel – bevor durch das Desaster der Verstrickungen der in Kärnten ansässigen und verstaatlichten Bank Hypo-Alpe-Adria in umfängliche Finanz- und Korruptionsaffären die ganze Misere und Unfähigkeit einer selbstherrlichen FPÖ-Clique ans Tageslicht kam: Mit einem Verlust von 28 Prozentpunkten wurde der Kärntner FPÖ-Ableger bei der Landtagswahl 2013 auf 16,5 Prozent zurückgeworfen.

AGITATION MIT ÄNGSTEN

Die Erfolge des österreichischen Rechtspopulismus lassen sich auch inhaltlich festmachen: Rechtspopulisten verbreiten Angst, überzeugen Teile der Bevölkerung davon, dass sie Angst und wovor sie Angst haben müssten, und erklären sich an-

schließend zu den Heilsbringern, die diese Angst wieder beseitigen könnten. Dass Ängste vor der (individuellen) Zukunft, vor Flüchtlingen (generell vor Ausländerinnen und Ausländern) oder vor der Europäischen Union bei Umfragen verbreitet benannt werden, liegt auch an der permanenten negativen Agitation von Rechtspopulisten. Dass mögliche Missstände nicht gelöst werden, ist wiederum ein wesentliches Anliegen rechtspopulistischer Argumentation: Sie würde sonst ihre Legitimation verlieren. Werden aber Problembereiche konstruktiv gelöst, ist die Suche nach neuen Feindbildern rasch erfolgreich.

Wenn das gesellschaftliche Klima in Österreich zunehmend polarisiert erscheint, so ist dies auch eine Folge jahrelanger beharrlicher negativer Emotionalisierung seitens der FPÖ. Dazu kommt eine dauerhafte Schwäche der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), die lange Zeit entweder wie ein Kaninchen vor der Schlange verharrten oder aber versuchten, mit einem Ruck nach rechts der FPÖ nachzueifern. Ob diese Hilflosigkeit durch den Kanzlerwechsel von Werner Faymann zu Christian Kern im Mai 2016 gelöst werden kann, bleibt abzuwarten.

Übernahm die FPÖ Regierungsverantwortung – im Bund oder in Kärnten –, so blieb als Resümee ein finanzielles Debakel oder eine Unmenge fragwürdiger Verstrickungen und Machenschaften, die nach wie vor österreichische Gerichte beschäftigen. 2016 sollten sich dennoch mit der Wahl Norbert Hofers zum Bundespräsidenten Anerkennung und Erfolg endgültig etablieren. Aber es kam anders: Am 22. Mai 2016 ging der ehemalige

Parteichef der Grünen, Alexander Van der Bellen, knapp, aber zunächst doch als Sieger hervor.

„SEUFZER DER ERLEICHTERUNG“

Das Wahlergebnis hat auch unmittelbare Auswirkungen auf das politische Leben in Deutschland und Italien. In Rom machten Staatspräsident Sergio Mattarella und Regierungschef Matteo Renzi keinen Hehl aus ihrer Genugtuung über die Wahl Van der Bellens. Außenminister Paolo Gentiloni sprach gar von einem „Seufzer der Erleichterung“. Erleichterung deshalb, da es für Italien nach der Wahl Van der Bellens leichter sein wird, wie bislang mit Österreich gut nachbarliche Beziehungen zu pflegen und damit gemeinsame Lösungen für die Flüchtlingsproblematik zu finden – jenseits von harten Worten und Kraftakten, die in der Brennergrenze ihre Metapher gefunden haben. Der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer hatte die Schließung der Brennergrenze, wie von der Regierung Faymann im Zuge der Wahlkampfhysterie angedroht, mit Überzeugung unterstützt, um nicht existente Flüchtlingsströme von Italien nach Österreich aufzuhalten. Dabei hatte er die Unterstützung der rechtspopulistischen Lega Nord erhalten, die sich vom Sieg Hofers und der FPÖ einen Sympathieschub zu ihren Gunsten erwartete.

Für Deutschland hat die Niederlage Hofers eine zweifache, realpolitische wie symbolische Auswirkung. Zum einen war es mittelbar ein Punktesieg für Kanzlerin Angela Merkel in der Auseinandersetzung mit der bayerischen CSU, die offenbar von einem Sieg Hofers ausgegangen war und die sich möglicherweise von einem FPÖ-

Bundespräsidenten Rückendeckung in ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik erwartet hatte. Ein Sieg Hofers hätte auch den anti-europäischen Trend in Deutschland gestärkt, der von der Alternative für Deutschland (AfD) verkörpert wird.

WEG VON DER POPULISTISCHEN ANSTECKUNGSGEFAHR?

Im Gegensatz dazu kann die Wahl Van der Bellens – sollte sie sich wiederholen – optimistisch betrachtet als Beginn eines pro-europäischen Neustarts angesehen werden, der von Wien ausgehend gleichermaßen nach Berlin wie nach Rom ausstrahlt. Zugleich weist die Wahl Van der Bellens auf eine schon länger andauernde Entwicklung im Parteiensystem Österreichs und Deutschlands hin, die in den Worten Ralf Dahrendorfs als „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ gelesen werden kann. Angesichts der sozialdemokratischen Krise in den beiden Ländern (aber nicht nur dort, auch Renzis Demokratische Partei ist von internen Konflikten und Konsensverlust gekennzeichnet) scheinen die Grünen deren Erbe angetreten zu haben. Wie in Österreich scheint auch in Deutschland die progressive öffentliche Meinung den Lockrufen des Populismus nicht zu erliegen.

Wer die politische Landkarte Europas und die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien Revue passieren lässt, kann die politische Ansteckungsgefahr, denen die Mainstreamparteien ausgesetzt sind, nicht leugnen. Es wäre anmaßend, im vorläufigen Wahlsieg Alexander Van der Bellens eine definitive Trendwende zu sehen, aber ein wichtiges Signal war er allemal.

Islamophobie und Islamkritik

Über die Notwendigkeit einer strikten Unterscheidung

THOMAS VOLK

Geboren 1986 in Waldkirch,
Koordinator Islam und
Religionsdialog, Hauptabteilung
Politik und Beratung der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Mit diesem Satz manifestiert die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in ihrem Grundsatzprogramm vom Mai 2016 ihre dezidiert ablehnende Haltung gegenüber „dem“ Islam. Es ist der Versuch, sich von der

Aussage des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff abzugrenzen, der am 3. Oktober 2010 sagte: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“¹ Mit ihrer dezidiert den Islam ablehnenden Haltung versucht die AfD, auszutesten, wie weit sie mit ihren populistischen Forderungen gehen kann. Die Partei wagt bewusst einen Tabubruch, indem sie eine gesamte Religionsgemeinschaft diffamiert und ausgrenzt. So hält die Partei in ihrem Grundsatzprogramm etwa fest: „In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer

ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“². Dass sich die mehr als vier Millionen in Deutschland lebenden Muslime dabei fremd im eigenen Land und zunehmend in ihrem Existenzrecht bedroht fühlen, nimmt die rechtspopulistische Partei scheinbar bereitwillig in Kauf. Es wird gezielt mit Vorurteilen und Stereotypen gegenüber den Muslimen operiert und damit ein Nährboden für gewaltsame Ausschreitungen gegen Muslime gelegt.

Die AfD offenbart mit ihrem islamfeindlichen Kurs eine prinzipiell anti-religiöse Grundhaltung und stellt das Menschenrecht auf Religionsfreiheit infrage. Es gilt daher, eindeutig festzuhalten: Die Religionsfreiheit ist ein universelles Menschenrecht und gilt für alle. Das Grundrecht ist sowohl in Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen als auch in Artikel 4 des Grundgesetzes festgeschrieben. Die islamfeindlichen Aussagen der AfD tragen zu einer Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas bei und lassen zudem notwendige islamkritische Aussagen vorschnell unter den Verdacht einer Islam- oder Muslimenfeindschaft geraten.

SCHWIERIGE ABWÄGUNG ZWISCHEN BEGRIFFEN

Da allerdings spätestens seit 2010 die Diskussion darüber anhält, ob „der“ Islam tatsächlich in seiner gesamten Vielfalt zu Deutschland gehört oder ob nicht vielmehr deutsche Staatsbürger muslimischen Glaubens zu Deutschland gehören³, muss eine kritische Auseinandersetzung mit islamischen Schriften auch weiterhin möglich sein. Jede Form der Kritik am Islam als Islamfeindschaft abzutun, ist unangebracht. Eine mitunter schwierige Abwägung zwischen Begrifflichkeiten ist die Folge.

Während 2010 noch 49 Prozent der Bundesbürger der Aussage Wulffs zustimmten und 47 Prozent nicht der Auffassung waren, dass der Islam zu Deutschland gehöre, hat sich die Stimmung in den vergangenen Jahren verändert. Einer im Mai 2016 veröffentlichten Umfrage zufolge denken inzwischen sechzig Prozent der Befragten, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre – lediglich 34 Prozent halten den Satz noch für richtig. Zu denken gibt, dass 58 Prozent der Befragten der Ansicht sind, die etablierten Parteien würden die Sorgen und Ängste der Bevölkerung gegenüber einem radikalen Islam nur unzureichend ernst nehmen.³ Hier setzen rechtspopulistische Bewegungen an: Sie schüren Vorurteile und nutzen Ressentiments gezielt für ihre Zwecke. Die Islamfeinde argumentieren – vermutlich, ohne sich dessen bewusst zu sein – ähnlich wie Islamisten.

Für Islamfeinde wie für Islamisten ist der Islam gleichsam monolithisch und statisch. Sie halten islamische Texte aus jeweils gegensätzlicher

Perspektive für nicht hinterfragbar und allgemeingültig. Beide Seiten beziehen sich auf die Frühzeit des Islam, führen gewaltsame Suren des Koran zur Begründung der kriegerischen Natur der Religion an und negieren alle Reformansätze und zivilisatorischen Beiträge des Islams in den vergangenen Jahrhunderten. Beide Seiten betonen das Streben des Islams nach der Weltherrschaft. Kurz: Islamfeinde und Islamisten nutzen die Religion zur Legitimation ihrer ideologischen Ansprüche.

PERSÖNLICHER GLAUBEN, POLITISCHE IDEOLOGIE

Dabei muss natürlich eindeutig zwischen Islam als Religion und Islamismus als politischer Ideologie unterschieden werden. Während 98 Prozent aller Muslime weltweit friedlich ihre Religion ausüben oder „Kulturmuslime“ sind, folgt nur eine Minderheit einem pervertierten Islamverständnis. Islamisten sind meist religiöse Analphabeten: Sie legen gewaltlegitimierende Aussagen des Koran wörtlich aus, ohne den Entstehungskontext zu beachten. Eine historisch-kritische Koranexegese ist daher notwendig, denn sie zeigt: „Den“ einen Islam gibt es nicht, er ist komplex und kann Religion, Weltanschauung sowie Wirtschaftsdenken bedeuten. Die islamische Welt ist geografisch, sprachlich, kulturell und religiös heterogen. Da es seit der Abschaffung des sunnitischen Kalifats 1924 keine legitimierte Sprachinstanz des Islam gibt⁴, ist der Islam stets das, was seine Anhänger aus ihm machen. Daher sind pauschale Aussagen über den Islam wenig zweckdienlich. Sätze wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ sind in ihrer Absolutheit ebenso unzutreffend wie die gegenteilige Behauptung. Die Menschen nehmen durchaus wahr, dass in Saudi-Arabien bei Diebstahl die Amputation von Gliedmaßen und im Iran die Exekution Homosexueller droht. Auch das ist Teil „des“ Islams, gehört jedoch gewiss nicht zu Deutschland.

Viele sind irritiert, wenn sich islamistische Bewegungen wie die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) bei der Ausführung ihrer Taten auf den vermeintlich wahren Islam berufen. Fest steht: Nicht alle Muslime sind potenzielle Islamisten, doch alle Islamisten bezeichnen sich selbst als Muslime. Das Vertrauen dem Islam gegenüber würde wachsen, wenn Muslime dieses Spannungsverhältnis klären und den Islamisten damit ihre Grundlagen entziehen würden.

Dem Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung vom Januar 2015 zufolge nehmen 57 Prozent der nicht-muslimischen Befragten den Islam als eher oder sehr gefährlich wahr. Während 2012 bereits 52 Prozent der Befragten angaben, der Islam passe nicht in die westliche Welt, waren es 2015 schon 61 Prozent.⁵ Die Autoren konstatieren: „Das bei der Bevölkerungsmehrheit vorherrschende Negativbild des Islams überträgt sich bei einem beträchtlichen Anteil auch auf das Bild der Muslime. Fast jeder Zweite fühlt sich durch

Muslime wie ein Fremder im eigenen Land.“⁶ Interessant sind die regionalen Unterschiede: Während in Westdeutschland 55 Prozent den Islam bedrohlich finden, sind es in Ostdeutschland 66 Prozent. In Sachsen sind es sogar 78 Prozent.⁷ Dies mag wenigstens teilweise erklären, dass in Dresden, mit einem muslimischen Bevölkerungsanteil von nur 0,4 Prozent, die populistische Bürgerbewegung PEGIDA so erfolgreich war.

In Gegenden mit schwacher religiöser Verwurzelung der Bevölkerung ist die Furcht vor dem Islam nachweislich größer. Dies kann sich mittelfristig auswirken: Während die nicht-muslimische Bevölkerungsmehrheit immer säkularer wird, wächst die muslimische Bevölkerung in Deutschland – sie wird heterogener, und der Islam in Deutschland wird sichtbarer und selbstbewusster. Das scheint viele Bundesbürger zu ängstigen.

FEINDBILDFUNKTION UND „ISLAMOPHOBIE“

Der Islam hat anstelle des Antikommunismus im Kalten Krieg eine Art Feindbildfunktion, von der man mit Alexander Häusle annehmen kann, dass sie „offenbar zum Zwecke der Selbstdefinition und Selbstvergewisserung als gewissermaßen dialektisches Gegenüber zur eigenen Identitätserfassung existenziell notwendig geworden“⁸ sei. Das aktuelle Gutachten des Sachverständigenrats der deutschen Stiftungen stellt fest, „dass Muslime wegen ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert und abgewertet werden“⁹. Zugleich befürwortet aber die Mehrheit der Befragten einen bekenntnisorientierten Islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen und würde in ihrer Nachbarschaft den Bau einer Moschee akzeptieren.¹⁰

Wie erklärt sich dann, dass eine vom türkischen Forschungsinstitut SETAV durchgeführte Studie zu dem Ergebnis kommt, „Islamophobie ist 2015 eine unbestreitbare Kraft in der deutschen Gesellschaft geworden.“ Ist Deutschland tatsächlich islamophob? Und was ist der Unterschied zwischen berechtigter Islamkritik und menschenverachtender Islamfeindschaft?

„Islamophobie“ – ein derzeit häufig gebrauchtes Wort, von Islamverbänden und dem eher links orientierten politischen Spektrum benutzt, wenn es kritische Bemerkungen über den Islam oder Muslime abzuwehren gilt. Wörtlich übersetzt bedeutet das Wort „Furcht vor dem Islam“. Der medizinische Begriff Phobie steht für eine Angststörung. Der Soziologe Armin Pfahl-Traughber stellt zu Recht fest: „Für feindliche Einstellungen gegen Muslime scheint der Begriff ‚Islamophobie‘ allerdings nicht angemessen. Denn er legt irreführend nahe, dass es sich bei den Einstellungen nur um übertriebene Angstgefühle handele und nicht um folgenreiche Ressentiments.“¹¹

Der Begriff ist spätestens seit der Veröffentlichung der Studie des britischen Runnymede Trust 1997 *Islamophobia – A challenge for us all* fester Bestandteil öffentlicher Debatten. Interessant ist der historische Ursprung des

Begriffs. Er wurde während der Islamischen Revolution 1979 von iranischen Mullahs verwendet, um Frauen, die der Vollverschleierung nicht nachkommen wollten, als „schlechte Musliminnen“ und als „islamophob“ zu diffamieren.¹² „Anstatt irgendeinen Rassismus zu bezeichnen, dient das Wort in Wirklichkeit dazu, diejenigen zu disqualifizieren, die sich den Fundamentalisten widersetzen, und das sind zuerst die Feministinnen und die liberalen Moslems.“¹³ Passender als der Begriff „Islamophobie“ ist daher für die grundsätzliche Ablehnung des Islam die Terminologie „Islamfeindlichkeit“.

FURCHT VOR DEM INNEREN FEIND

Unter Islamfeindlichkeit wird die allgemeine Ablehnung des Islam, nicht jedoch die seiner Anhänger, der Muslime, verstanden. Für viele rechtspopulistische Bewegungen sind die Übergänge von Islam- zu Muslimenfeindlichkeit jedoch fließend. Pfahl-Traughber stellt fest: „Selbst wer den Islam rigoros ablehnt und ihn für aufklärungsfeindlich und rückwärtsgewandt hält, muss dies nicht mit der Diskriminierung der Muslime bezüglich ihrer Bürger- und Menschenrechte verbinden.“¹⁴ Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Populisten unterscheiden oft nicht zwischen kritikwürdigen Passagen islamischer Texte und unveräußerlichen Menschenrechten. Folgende Beobachtung scheint auch auf die deutsche Debatte zuzutreffen: „War das historische Thema der Islamfeindlichkeit, den Fremden in der Fremde zu bekämpfen, ist das Thema der modernen Islamfeindlichkeit, den ‚Fremden‘ im Inneren zu bekämpfen. Der *Fremde im Inneren* erscheint hierbei gefährlicher als der *äußere Feind*, der durch territoriale Grenzziehungen beherrschbar erscheint, während der Fremde im Inneren sich der Kontrolle jederzeit entziehen kann und somit unberechenbar bleibt.“¹⁵ Die Verschwörungstheorien rechtspopulistischer Bewegungen und die Behauptung von der „Islamisierung des Abendlandes“ allein durch die Präsenz von Muslimen belegen diese Furcht vor dem „inneren Feind“.

Islamfeinde projizieren die Furcht vor dem Islam auf Muslime: Sie stellen nicht nur das unveräußerliche Menschenrecht auf Religionsfreiheit für Muslime infrage, sondern schüren gezielt antimuslimischen Rassismus, der das politische Klima im Land nachhaltig zu beeinflussen droht.

RELIGIONSFREIHEIT, MEINUNGSFREIHEIT, KRITIKFÄHIGKEIT

In seinem Artikel „Strengt euch an!“ schreibt Ufuk Özbe: „Wenn der Koran nicht kritisierbar ist, dann ist auch der Islam nicht reformierbar.“ Diese Aussage dürfte für viele bereits als islamfeindlich, für einige womöglich auch als islamophob gelten. Özbe weiter: „Wer derzeit den Koran kritisiert, wird als

Islamfeind verdächtigt, auch wenn er selbst Muslim ist.“ Zahlreiche Muslime können als Kronzeugen angeführt werden. So der islamische Theologe Mouhanad Khorchide. Er fordert seit Langem, den Koran hermeneutisch zu interpretieren, und wünscht sich ein Islamverständnis jenseits des normativen Verständnisses einer Gesetzesreligion. Islamverbände drängten daraufhin auf die Aberkennung seiner Lehrbefugnis und sprachen dem gläubigen Muslim die Aufrichtigkeit im Glauben ab.

Auch der islamische Religionspädagoge Abdel-Hakim Ourghi ermuntert die Muslime zu einer historisch-kritischen Lesart des Koran und kritisiert die Blockade der Islamverbände. Ourghi betont: „Konstruktive Kritik an der Religion darf nicht mehr als Beleidigung aufgefasst werden, damit die Muslime nicht mehr unbewusst in die Opferrolle geraten.“ Islamkritik richtet sich „mit Einwänden gegen bestimmte Erscheinungsformen der Religion, verwirft die Religion aber nicht im Sinne eines pauschalen Feindbildes“¹⁶. Sie ist nicht mit Islamfeindlichkeit zu verwechseln, die den Islam pauschal als gefährlich und nicht demokratiekompatibel zurückweist. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit der Muslime bleibt unangetastet, wenn vom Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht wird.

Populisten zeichnen von sich ein Bild säkularer Freiheitskämpfer, die mutig gegen den vermeintlichen Mainstream angehen. „Die Islamfeindlichkeit richtet sich insofern keineswegs nur gegen den ausgemachten Feind: den Islam, sondern auch gegen diejenigen, die ihn nicht als Feind betrachten.“ Konkret heißt das: „Kaum ein Angriff gegen Muslime, der nicht gekoppelt ist mit Angriffen gegen die nichtmuslimische Gesellschaft, die zu tolerant, fälschlich liberal und naiv sei.“¹⁷ Populisten den Nimbus der aufrechten Verfechter der Meinungsfreiheit zu nehmen, sollte ein weiterer Grund sein für Medien und etablierte Parteien, notwendige Islamkritik nicht zu tabuisieren.

Der Begriff der Islamophobie scheint im deutschen Kontext unpassend. Er hat eine zweifelhafte Historie und wird häufig als „Keule“ gegen jede unerwünschte Äußerung über den Islam oder Muslime benutzt. Zur Charakterisierung populistischer Bewegungen, die gegen den Islam und Muslime hetzen, eignen sich die Begriffe Islam- oder Muslimenfeindlichkeit. Islamkritik als Religionskritik muss in einem säkularen Rechtsstaat möglich sein. Eine Schere im Kopf darf es auch bei diesem Thema nicht geben. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Minderheitenschutz, die Religions-, Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit sind nicht verhandelbar. Antisemitismus wird nicht geduldet. Wenn Textstellen islamischer Schriften im Gegensatz zu diesen Überzeugungen stehen, gilt: Das Grundgesetz steht in Deutschland über religiösen Schriften – dies gilt auch für den Islam. Islamkritik gehört zu Deutschland, Islamfeindschaft hingegen nicht.

- ¹ Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html (28.10.2014).
- ² Grundsatzprogramm der AfD, S. 49, https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (04.07.2016).
- ³ 60 Prozent glauben, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört, vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/infratest-dimap-prozent-in-umfrage-islam-gehört-nicht-zu-deutschland-1.2990871> (18.05.2016).
- ⁴ Die Al-Azhar-Universität in Kairo gilt für sunnitische Muslime durch ihre Rechtsgutachten als eine Autorität. Schiiten in Iran kennen z. B. den Wächterrat.
- ⁵ Sonderauswertung Islam des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf (03.06.2016).
- ⁶ Sonderauswertung Islam, S. 7.
- ⁷ Sonderauswertung Islam, S. 8.
- ⁸ Häusler, Alexander: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Springer SV, Wiesbaden 2016, S. 159.
- ⁹ Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016): Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland, S. 40 und S. 43.
- ¹⁰ Ebenfalls SVR-Jahresbericht 2016.
- ¹¹ Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffdschungel, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffdschungel> (24.05.2016).
- ¹² Islamophobie? Über die Karriere eines Begriffs. <http://jungle-world.com/artikel/2003/50/11968.html> (03.06.2016).
- ¹³ Islamophobie? Über die Karriere eines Begriffs.
- ¹⁴ Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffdschungel.
- ¹⁵ Alexander Häusler, a. a. O., S. 158.
- ¹⁶ Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffdschungel.
- ¹⁷ Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, S. 220.

Weiterführende Literatur

Abdel-Hakim Ourghi: „Aufklärung“ des Islams?!, Analysen & Argumente, Nr. 211 / Juli 2016, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin, <http://www.kas.de/wf/de/33.45804>.

Mit den Wölfen heulen?

Die Versuchungen des Linkspopulismus

NORBERT SEITZ

Geboren 1950 in Wiesbaden,
Hörfunkautor beim Deutschland-
funk und Lehrbeauftragter an
der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Sahnetorte im Gesicht von Sahra Wagenknecht auf dem jüngsten Parteitag der Linken entbehrte nicht der Paradoxie. Denn hier wurde mit populistischen Mitteln gegen populistische Tendenzen in der eigenen Partei protestiert.

Linke Ultras wehrten sich gegen eine vermeintliche Abkehr von der „Willkommenskultur“. Schon vor der ersten Flüchtlingswelle hatte sich Wagenknecht dagegen ausgesprochen, jugendliche Arbeitssuchende aus Spanien und Griechenland anzuwerben. Deutsche Arbeitslose zuerst! Die Aufnahme von Flüchtlingen dürfe nicht zulasten der Deutschen gehen. Und nach der Kölner Silvesternacht kommentierte sie die Überfälle: Wer das Gastrecht missbrauche, verwirke es. Damit war sie in den eigenen Reihen unter Populismus-Verdacht geraten.

Auch der frühere Vorsitzende der Partei Die Linke, Oskar Lafontaine, forderte von seinen Genossen eine Kurskorrektur in der Flüchtlingspolitik. Der Ruf nach offenen Grenzen „für alle“ im Parteiprogramm sei vertretbar gewesen, „solange wir die Flüchtlingsströme nicht hatten“, sagte der frühere SPD-Vorsitzende dem *Spiegel*. Gefragt, ob er wie der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen fordere, antwortete er: „Für alles gibt es leider Ausgabenobergrenzen: für Kranke, für Polizisten, für Arbeitslose, für Rentner, für Schulen. Daher kann eine Partei, die ernst genommen werden will, nicht sagen: aber für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht.“

Lafontaine griff die beiden aktuellen Vorsitzenden seiner Partei, Katja Kipping und Bernd Riexinger, direkt an: „Wenn unsere beiden Parteivorsitzenden sagen, alle Flüchtlinge, die wollen, sollen nach Deutschland kommen, ist das gut gemeint. Aber Arbeiter, Arbeitslose und Rentner wissen, dass das zu ihren Lasten geht, solange die Kanzlerin keine Reichensteuer einführt und an der schwarzen Null festhält.“ Im Gespräch mit dem *Tagesspiegel* wurde Lafontaine noch deutlicher: Viele Bürger fragten sich, „wenn Geld für die Integration von Flüchtlingen da ist, warum war es dann vorher für unsere Anliegen nicht da.“

Oskar Lafontaine hatte schon immer einen Zug ins Populistische. Als Provinzfürst von der Saar brüstete er sich zu Zeiten seiner Bonner Visiten stets damit, der „Laienspielschar“, will sagen den Eliten und Experten in der Hauptstadt „da oben“, mal ordentlich den Marsch blasen zu wollen. Es war die Pose des populistischen Führers. Unvergessen, wie er seinem Herausforderer bei der Landtagswahl 1990, Klaus Töpfer, mangelnde Amtseignung wegen Dialektferne vorhielt. Berühmt-berüchtigt ebenso seine Rede von den „Fremdarbeitern“ vor Hartz-IV-Empfängern. Sein Flüchtlingspopulismus läuft inzwischen nach dem gleichen Muster wie sein Wiedervereinigungs-populismus anno 1990. Denn als SPD-Kanzlerkandidat handelte er die deutsche Einheit primär als „soziale Frage“ ab. Schon damals schürte er Sozialneid mit dem bösen Satz, für die DDR werde alles und für die eigenen Leute kaum etwas getan. Mit Blick auf die jüngsten schlechten Landtagswahlergebnisse der Linken fügte Lafontaine hinzu, ihre Kernwähler hätten den Eindruck gehabt, „dass auch die Linke nicht ausreichend die sozialen Fragen beantwortet, die mit der Aufnahme so vieler Flüchtlinge verbunden sind“.

STAMMTISCHKEULEN UND POPULISTISCHES FAHRWASSER

Aber auch in der SPD sind populistische Spurenelemente zu erkennen. Gleich zu Beginn seiner Kanzlerschaft schwang Lafontaine-Rivale Gerhard Schröder die Stammtischkeule: In Brüssel „werde deutsches Steuergeld verbraten“. Damit hatte der rot-grüne Regent den skeptischen Ruf weg, es bestenfalls zu

einem „Vernunft-Europäer“ zu bringen. Er räumte dies später als Fehler ein. Seine europakritischen Äußerungen seien zu Recht kritisiert worden. „Das Motiv war ein Stück weit, es mal mit Populismus zu versuchen“, gestand der rot-grüne Kanzler in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* (25. November 2012).

Vom „deutschen Weg“ war – sehr zum Verdruss seines Außenministers Joschka Fischer – in Schröders umstrittener Rede von Goslar während des niedersächsischen Landtagswahlkampfes 2003 die Rede. Nicht die Entscheidung, sich dem Krieg im Irak zu entziehen, fiel unter Populismus-Verdacht, sondern die Begründung, die er gar nicht nötig gehabt hätte, da ohnehin eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung gegen eine deutsche militärische Beteiligung im Irak war.

Später sollte Schröder der Opposition entgegenhalten, die Zustimmung zu seiner Agenda 2010 komme einer „patriotischen Tat“ gleich. Sozialwissenschaftler im kommunitaristischen Umfeld dachten daraufhin über die Kategorie eines „Sozialpatriotismus“ nach, um damit in harten globalisierten Zeiten die Bereitstellung heimischer Arbeits- und Ausbildungsplätze durch Unternehmer als Beweis ihrer Heimatliebe deklarieren zu können. „Sozialpatriotismus“ – welch eine populistisch vorbelastete Kategorie! –, die sich der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt gegenüber Peter Glotz einmal ausdrücklich verbat, nachdem dieser als Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 1990 jene älteren Sozialdemokraten, für die die Deutsche Einheit immer noch eine Herzensangelegenheit war, als „Sozialpatrioten“ bezeichnet hatte.

Am Ende der rot-grünen Regentschaft sollte auch SPD-Chef Franz Müntefering ins populistische Fahrwasser geraten, als er mit der Keule der „vaterlandslosen Gesellen“ auf Hedgefonds losging, die gegen Länder spekulieren und keiner demokratischen Kontrolle unterworfen sind. Doch solche Attacken muteten ein wenig scheinheilig an, da es die rot-grüne Regierung war, die mit ihren steuerpolitischen Entscheidungen von 2002 die frühere „Deutschland AG“ weitgehend auflösten, „in der Banken, Politik und Gewerkschaften die deutschen Konzerne vor ausländischem Einfluss“¹ geschützt hatten.

„ZEITALTER DES NARZISSMUS“

Wo Konservative aus Furcht vor einer misslingenden Integration Kulturängste verspüren, überfiel Sigmar Gabriel angesichts der Flüchtlingskrise die Furcht vor aufkommendem Sozialneid deutscher Arbeitnehmer – nach dem bekannten Muster: „Für die Flüchtlinge macht ihr alles, für uns macht ihr nichts.“

Die hier aufgeführten Beispiele offenbaren sicher noch keine latente Tendenz, allenfalls eine Versuchung in der Not, die umso erstaunlicher ist, als

die SPD trotz aller traditionell bodenständigen und volkstümlichen Präferenzen als klassische Partei des Konsenses und des sozialen Ausgleichs immer das Gegenteil einer populistischen Vereinigung war. Allen Populismen widerstanden zu haben, darin liegt gewiss auch eines ihrer historischen Verdienste.

Von Pierre Poujade in der Vierten Französischen Republik über den widerborstigen dänischen Steuerrebell Mogens Glistrup bis zum Kärntner Aufmischer Jörg Haider haben populistische Klassiker in Europa nach 1945 den „Aufstand der Anständigen“ gegen die korrupten Eliten „da oben“ zu inszenieren versucht. Populismus geriet zum Gegenteil des Konzeptes der Volksparteien. Versuchen diese, unterschiedliche Interessen rational abzufiltern, konsensuell zu bündeln und damit auch zu entschärfen, so betreibt der Populist das gegenteilige Geschäft: Er schnürt auf, „entbündelt“ also, verschärft dadurch Gegensätze, macht sie virulent.²

Dennoch betont Populismus-Forscher Jan-Werner Müller: „Man sollte den *Catch-all-parties* nicht allzu viele Tränen nachweinen.“³ Der Preis des Vorgehens der Massenparteien, für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger eine Verbindung zum demokratischen System herzustellen, sei viel zu hoch gewesen. In den 1950er- und 1960er-Jahren seien politische Parteien wie „Parallel-Lebenswelten“ aufgezogen worden, mit der Konsequenz, dass die Lagerpolarisierung in Wahlkämpfen oftmals einem geistigen Bürgerkrieg geglichen habe. Populismus ist Druck von unten, um illegitime Macht zu kontrollieren. Ausgehend von diesem Verständnis, stellt Jan-Werner Müller die Frage, ob in globalisierten Zeiten nicht doch vielleicht Platz wäre für einen „legitimen Populismus, für einen Populismus von links“. Dies ist auch die Position der belgischen Politikprofessorin Chantal Mouffe⁴, vehemente Kritikerin einer bloß konsens- und allzu dialogorientierten Vorstellung von Demokratie, mit der die antagonistische Struktur alles Politischen und die ihr stets innewohnenden Interessengegensätze ignoriert würden.

Nach Chantal Mouffe bleibt es die vorrangige Aufgabe demokratischer Ordnungen, dass Parteien, die in jeder Artikulation von Interessen miteinander rivalisieren, eine „Wir-oder-sie“-Unterscheidung auf pluralistische Weise öffentlich machen. Demokratie baut ihrer Natur nach stets auf Polarisierung und kollektive Identifikation. Man würde der demokratischen Willensbildung einen Bärendienst erweisen, gäbe man die Begriffe rechts und links auf. Verdränge man das Politische, so suche es sich einen anderen Schauplatz. Deshalb ist es nach Mouffe dringend geboten, es von links den Rechtspopulisten gleichzutun – wenn auch unter anderen normativen Vorzeichen. Der rassistische Populismus von rechts sei zwar abzulehnen, nicht aber die dahinterstehende Forderung nach „dem Entwurf eines Volkes“.

Zur Begründung eines linken Populismus wird derzeit auch ein Klassiker ausgegraben: der 1994 verstorbene Christopher Lasch mit seinem Werk *Das Zeitalter des Narzissmus* (1980). Joe Paul Kroll mutmaßte jüngst in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (4. Mai 2016), dass unter Berufung auf Lasch

gerade eine Front aufgemacht würde: die Mehrheit der „anständigen“ einfachen Leute gegen den liberalen Individualismus und eine dünnkelhafte Linke, die mit „narzisstischen“ Forderungen – wie derjenigen nach einem „Veggie-day“ über „Gender Mainstreaming“ bis zu einem „Bleiberecht für alle“ – Wohlfühlpolitik am Volk vorbei betrieben.

ULTRAMODERNER WEBPOPULISMUS

Selten wurde nach dem Ende des Faschismus so viel vulgäre Verachtung gegen die repräsentative Demokratie zu mobilisieren versucht. „Vaffanculo, vaffanculo! ...“, skandierten Sprechchöre aus der „Fünf-Sterne-Bewegung“ („MoVimento 5 Stelle“) des italienischen Politclowns Beppe Grillo, zu Deutsch: „Leck mich am Arsch!“ Es ist die Geste der Totalverweigerung. Der Rechtshistoriker Jacques de Saint Victor⁵ nennt diese moralische Empörung „Antipolitik“ – nicht zu verwechseln mit jenem Begriff, der um den Epochenbruch 1990 herum unter osteuropäischen Dissidenten kursierte.

Die „5 Stelle“, die gerade bei der römischen Bürgermeisterwahl wieder einen aufsehenerregenden Erfolg erzielt haben, stellen gleichsam die Avantgarde der fortschrittlichen Variante eines neuen Linkspopulismus dar. De Saint Victor titulierte diese Spielart als „ultramodernen Webpopulismus“, der mit den Parteien eines europakritischen Rechtspopulismus nichts zu tun hat und mehr sein will als nur eine Rebellion gegen das Versagen der Eliten im Rahmen der weltweiten „Empört-Euch!“-Bewegung.

Dank der Partizipationsmöglichkeiten im Netz baue sich hier ein modernes „egalitaristisches“ Gegenprojekt auf, getragen von der wiederbelebten Illusion einer „direkten Demokratie“. Während traditionell argumentierende Linkspopulisten mit ihren Sozialneidkampagnen für die Zukurzgekommenen alle weltweiten Probleme auf die soziale Frage herunterzubrechen versuchen, glaubt der Anti-Establishment-Protest des Webpopulismus, ohne eine Fixierung auf soziale Themen auskommen zu können. Doch der hübschen Idee, „per staatsbürgerlichem Mausklick“ die Mauer zwischen Bürger und Institutionen einreißen zu wollen, halten Kritiker warnend entgegen, man könne ein Parlament nicht in ein Glashaus verwandeln. Der Tempel der Transparenz werde in Wahrheit zur Falle.

ÄNGSTE ERNST NEHMEN

Die Grenzen zwischen linkem und rechtem Populismus verschwimmen immer häufiger. Wer etwa das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bekämpft beziehungsweise der Ausweitung des Freihandels die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Ruinierung unserer Städte anlastet, bewegt sich

ebenso auf der Linie der Agenda des linken Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn wie auf der des bizarren US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Zudem war die Versuchung von links nie gering zu veranschlagen, gegen die brutalen Tendenzen einer alles verschlingenden Globalisierung das Nationale wieder aufzuwärmen.

In Sachsen-Anhalt hat die Alternative für Deutschland (AfD) der Partei Die Linke Direktwahlkreise abgejagt, ebenso der SPD in deren Traditionsbezirk Mannheim-Nord in Baden-Württemberg. Damit kündigt sich auch in Deutschland ein Trend an, der seit Längerem bereits in Frankreich oder Österreich sichtbar wird: In einstigen Arbeiterhochburgen wird der Front National oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gewählt. So konnte der rechts-populistische FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer im einst tiefroten Wien-Simmering jüngst über fünfzig Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang holen. Und in Frankreich tendieren die verbliebenen Stammwähler der Sozialistischen Partei in solchen Wahlbezirken dramatisch gegen null.

Lässt sich angesichts solcher Erosionsprozesse das Heulen mit den Wölfen aufseiten der linken Parteien noch aufhalten? Während Bündnis 90/Die Grünen es sich zusehends zur Strategie machen, konsequent die konträre Position zur AfD in Migrations- und Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens abzubilden, ohne mit Einbrüchen aufseiten ihrer Wählerschaft rechnen zu müssen, rät Populismus-Forscher Jan-Werner Müller dringend von einem linken Populismus als Gegengift gegen die rechtspopulistische Protestbewegung ab. Um die Ängste der Wähler ernst zu nehmen, bedürfe es weder kruder Anleihen bei den Volksverhetzern noch ihrer moralischen Diskreditierung durch Ausgrenzungsmanöver.

¹ Max Höfer: „Kennt der Kapitalismus (k)ein Vaterland?“, in: Die Politische Meinung, Nr. 536, Januar/Februar 2016, S. 80–84.

² Vgl. Helmut Dubiel (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1986.

³ Jan-Werner Müller: „Schatten der Repräsentation: Der Aufstieg des Populismus“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/16.

⁴ Chantal Mouffe: Für einen linken Populismus, www.ipg-journal.de, 30.03.2015.

⁵ Jacques de Saint Victor: Die Antipolitischen, Hamburger Edition, 2015.

„Im Lügengarn versponnen“?

Die Medien müssen mehr Wertschätzung für ihre Nutzer zeigen

ERNST ELITZ

Geboren 1941 in Berlin, von 1994 bis 2009 Gründungsintendant des Deutschlandradios, seit November 2006 Direktor an der Berlin-MediaProfessionalSchool an der Freien Universität Berlin.

Darf ein Journalist beschreiben, was er gar nicht gesehen hat? Zum Beispiel Seehofers Eisenbahn im bayerischen Hobbykeller? Das war der Medienaufreger 2011 bei der siebten Verleihung des Egon-Erwin-Kisch-Preises an den *Spiegel*-Reporter René Pfister. Pfister war nicht in Seehofers Keller herabgestiegen, son-

dern hatte sich die Anlage detailgenau von Seehofer und seinen Spielkameraden beschreiben lassen; aber das reichte der Jury, um ihm den Preis wieder abzuerkennen. So streng waren damals die Sitten.

Das Pfister-Beispiel belegt, dass der Journalismus durchaus sensibel, im beschriebenen Fall sogar übersensibel ist, wenn es um seine Glaubwürdigkeit geht. Doch wer würde heute noch einen Gedanken an diese Episode

verschwenden, wenn die Medien nicht mit voller Wucht vom Vorwurf der „Lügenpresse“ getroffen würden. Da hilft es nicht, dass Seehofers Eisenbahn neulich im Fernsehen war und der Weichensteller danebenstand. Mehr Authentizität geht nun wirklich nicht. Den aktuellen Kritikern geht es um mehr als um solche Details. Sie werfen den Medien grundsätzlich eine Verfälschung der Wirklichkeit vor. Sie halten Journalisten für professionelle Desinformanten im Auftrag politischer Mächte, sie glauben, in den Redaktionen herrsche das Gesetz einer Political Correctness, die den Bürgern medial eingepflegt werden soll.

DIE MÄR VOM KURZEN DRAHT DES KANZLERAMTES

Ausgangspunkt der aktuellen Debatte war die von der Bundesregierung befürwortete, von den Medien wohlwollend, zum Teil mit Hilfskampagnen begleitete Einwanderung von Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten. Kritische Kommentare, erste Berichte über die entstehenden Probleme folgten, aber sie wurden im Zuge der hochemotionalen Willkommensstimmung vom Publikum nicht hinreichend wahrgenommen. So verbreitete sich bei medien-skeptischen Betrachtern die Mär, das Kanzleramt habe auf kurzem Draht den positiven Tenor der Berichterstattung bestimmt. Als Verstärker der Verschwörungstheorien wirkten die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht. Zum Jahreswechsel herrschte in den Redaktionen Feiertagsstimmung, die Polizei war überfordert, und – nach klassischen journalistischen Arbeitsregeln unverzeihlich – hatten weder der WDR, vor dessen Portal sich die Übergriffe ereigneten, noch die drei Lokalzeitungen Beobachter auf Domplatz und Rheinbrücke entsandt, wo sich traditionell die nächtliche Neujahrsbegeisterung besonders heftig entlud. Vor allem wegen der von Medien und Polizei gepflegten Zurückhaltung bei der Herkunftsbezeichnung der Verdächtigen brach sich Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung Bahn. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer schrieb: „Die Menschen kritisieren, dass es teilweise eine veröffentlichte Meinung gibt, die nicht die Realität widerspiegelt, weil man meint, man muss hier eine falsch verstandene Vorsicht an den Tag legen.“

Der Verdacht, dass die Medien nicht die ganze ihnen bekannte Wahrheit sagen, ist kein Phänomen, das nur Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretiker umtreibt. Jeder Journalist wird auch im privaten Umfeld mit Fragen konfrontiert: „Dürfen Sie denn wirklich schreiben, was Sie wollen?“, „Wer gibt denn die Richtung vor?“. So fragen selbst Zeitgenossen, von denen man meint, sie seien mit den Usancen der Pressefreiheit vertraut. Selbst ein Verweis auf die Meinungskakophonie der täglich im Deutschlandfunk verbreiteten Presseschauen, die alle nur denkbaren Gegensätzlichkeiten ausbreiten, kann die Skeptiker nicht überzeugen. Dieses Grundmisstrauen ist nicht

neu und wird von vielen geteilt. Günter Grass: Die Zeitungen seien „im Lügengarn versponnen“. Jürgen Habermas: Die Presse habe sich der „post-demokratischen Einschläferung der Öffentlichkeit verschrieben“. Und der Blogger und FAZ-Medienspezialist Stefan Niggemeier: „Im Zweifel hat der Komiker, Satiriker und Berufs-in-die-Irre-Führer Jan Böhmermann bei mir mehr Glaubwürdigkeit als die komplette Medienmeute.“ Wobei zu vermuten ist, dass nicht nur, aber besonders die prominenten Kritiker diese Keule schwingen, weil die Medien sich weigern, deren persönliche, als reine Wahrheit betrachtete Sicht der Dinge eins zu eins übernehmen.

DÉFORMATION PROFESSIONELLE

Wenn vierzig Prozent der Deutschen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Medien äußern, lässt sich das nicht allein mit dem Hinweis auf die generell zunehmende Skepsis gegenüber den Eliten von Staat, Parteien und Wirtschaft erklären. Jede dieser Gruppen bietet besondere Ursachen für das speziell ihr entgegengebrachte Misstrauen. Die auf die Medien bezogene Analyse verweist auf die *déformation professionnelle*, die den Nutzer in einer passiven Rolle sieht, als Empfänger ohne Stimme. Der Alltag der Leser und dessen Probleme lagen lange Zeit jenseits der etablierten journalistischen Relevanzkriterien. Als relevant galten Themen der Politik.

Zudem gab es historische Epochen, in denen die Medien Instrumente der Parteipolitik waren. Die Presse der Kaiserzeit und der Weimarer Republik war weitgehend Parteipresse, in der Nazizeit und in der DDR war sie Presse einer Partei. Auch nach der Gründung der Bundesrepublik lieferten sich konservative und linksorientierte Zeitungen noch heftige Fehden. Nach dem Ende der parteipolitischen Orientierung der Medien in den 1960er-Jahren betrachteten viele Journalisten die großen gesellschaftlichen Debatten als neue Domäne ihres Berufs. Das hob zugleich die eigene Bedeutung, vernachlässigte aber nach wie vor die Alltagsprobleme der Bürger. Journalisten entschieden in einem paternalistischen Gestus, was bedeutend genug für eine öffentliche Erörterung war und was nicht. Soziale Konfliktherde wie Kriminalität oder die Benennung von Personengruppen, von denen Gefahren ausgingen, wurden in der Berichterstattung gern ausgeklammert. Soziale Außenseiter galten als besonders schutzbedürftig. Wer diesen Konsens brach, wurde der Skandalmache oder der Fremdenfeindlichkeit bezichtigt.

Ein Umdenken tut not. Mediale Qualität darf sich nicht allein an den Kriterien Glaubwürdigkeit und Verständlichkeit messen. Mediale Qualität muss als Korrektiv den Erfahrungshorizont der Empfänger für die tägliche Arbeit nutzen. Dabei bietet die Digitalisierung Möglichkeiten zur Einbindung des Publikums, die in der analogen Zeit weder vorstellbar noch realisierbar waren. Aus klassischen Zeitungen, wo der Leserbrief die einzige Möglichkeit

der Kontaktaufnahme war, werden zunehmend Informations- und Meinungsplattformen, in denen Journalisten verlässliche Informationen, Meinungs-, Erklär- und Reportage-Beiträge liefern, auf denen sie aber auch systematisch die Anregungen der Nutzer einbeziehen und Debatten mit ihnen führen.

GLAUBWÜRDIGKEITSANKER IN DER INFORMATIONSFLUT

Dabei bewahren die Journalisten ihre klassischen Rolle als Gatekeeper, die das zur Veröffentlichung Bestimmte – gedruckt wie online – auf seinen Wahrheitsgehalt überprüfen, Sachlichkeit in den Diskussionsforen garantieren und so Glaubwürdigkeit ihrer Marken-Plattformen sicherstellen. Die Digitalisierung ermöglicht es, Information aus dem direkten Umfeld des Lesers und aus dem globalen Spielfeld schneller und umfassender auf seine individuellen Interessen zuzuschneiden. Datenjournalismus erleichtert die Sichtung und Auswertung von Informationsmengen, für deren Beschaffung und Analyse im analogen Zeitalter Dutzende Mannjahre nötig gewesen wären. All das stärkt das Alleinstellungsmerkmal der Medien als Glaubwürdigkeitsanker in einer grenzenlosen Informationsflut.

Verstärkt wird dieser Trend durch den Zusammenschluss von Regionalzeitungen zu größeren Clustern mit Zentralredaktionen (Funke Medien-gruppe, Redaktionsnetzwerk Deutschland). Diese Kooperation bietet den Vorort-Redaktionen Zugriff auf kompetentes Fachpersonal, das die Einzelredaktionen aus ökonomischen Gründen nicht mehr vorhalten können. Umfangreiche investigative Recherchen sind jenseits der Großverlage ohnehin nur noch in größeren Einheiten möglich, die zum Teil über die einzelnen Branchen hinausreichen, wie der erfolgreiche Rechercheverbund, den die *Süddeutsche Zeitung* mit NDR und WDR eingegangen ist. Wenn Verlage klagen, dass die *Süddeutsche Zeitung* sich mit dieser Kooperation einen Vorteil gegenüber ihren Mitbewerbern verschafft habe, bleibt nur die Frage, welche kreativen Modelle, auch branchenübergreifend, in den eigenen Häusern erwogen und erprobt worden sind.

COMMUNITY BUILDING

Im digitalen Zeitalter lösen sich die Gattungsgrenzen auf. Die Zeitung sendet im Internet Videos. Radio- und Fernsehunternehmen verbreiten ihre Informationen online als Text. Der Nutzer erwartet, dass er auf der von ihm präferierten Marke in allen Formaten bedient wird. Er will selbst entscheiden, ob er zum Text noch ein Video, zum Video einen weiterführenden Artikel konsumieren, ob er Inhalte kommentieren und mit den Autoren in Kontakt treten

will. Der mündige Nutzer verlangt praktische Wertschätzung durch die Redaktion. Wenn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zu Fachkonferenzen, Regionalzeitungen zu Leserforen einladen und das *Handelsblatt* seine Klientel gemeinsam mit Redaktionsexperten fremde Märkte erkunden lässt und Gespräche mit Unternehmern und Managern anbietet, sind das Wege zu einem Community Building, wie sie heute viele Markenprodukte betreiben.

Wertschätzung des Lesers, Sorgfalt in der Recherche, Unvoreingenommenheit in der Information, Verzicht auf Bevormundung, Partnerschaft statt Paternalismus: Nur mit dieser Haltung können die Medien ihre Position als vierte Gewalt und verlässlicher Informant bewahren. Die digitale Technik schafft dafür die wichtige Voraussetzung.

Weiterführende Literatur

Nico Lange: Strategien gegen Populismus, Analysen & Argumente, Nr. 199 / Februar 2016, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin, <http://www.kas.de/wf/de/33.44144/>.

Karsten Grabow: Was tun gegen Rechtspopulisten? Europäische Erfahrungen, Analysen & Argumente, Nr. 203 / April 2016, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin, <http://www.kas.de/wf/de/33.44752/>.

Benjamin Höhne: DIE LINKE. Entwicklungsperspektiven zwischen Extremismus, Populismus und Regierungspragmatismus, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin 2016, <http://www.kas.de/wf/de/33.45878/>.

The new

me said

I don't v

's makes
d... So
vatch it.

Sarah Palin

Einfach, emotional, dramatisch

Warum Rechtspopulisten so viel Anklang in den Massenmedien finden

PAULA DIEHL

Geboren 1970 in Porto Alegre (Brasilien), Projektleiterin „Symbolik der Demokratie“, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Verfolgt man die aktuellen politischen Debatten in den deutschen Massenmedien, fällt auf, dass sich die Diskussion häufig um Rechtspopulisten oder um ihre Sprüche dreht. In den USA sieht es nicht anders aus, Donald Trump scheint die gesamte Aufmerksamkeit der Mas-

senmedien zu absorbieren, wenn er rassistische, xenophobe oder sexistische Sprüche von sich gibt. Wie erklärt es sich, dass der Rechtspopulismus so viel Aufmerksamkeit in den Massenmedien bekommt, und welche Konsequenzen hat das für die Demokratie? Die Gründe für den Erfolg des Rechtspopulismus sind vielfältig. Dazu gehören Politikverdrossenheit, soziale Ungleichheiten und postdemokratische Verhältnisse, wie sie von Colin Crouch¹ beschrieben wurden. Doch ein wichtiger und weniger beachteter Faktor liegt in seiner Medienkompatibilität.

In der Tat enthält der Populismus viele Komponenten, die die Aufmerksamkeitskriterien der Massenmedien erfüllen: Populisten sind schrille Gestalten, sie brechen gerne mit Tabus und produzieren Skandale, wecken

Emotionen und dramatisieren Zusammenhänge, die sie zugleich in eine manichäische Struktur bringen. Der Populismus konstruiert ein konfliktträchtiges Narrativ, in dem das Volk von den Eliten – dazu gehören ökonomische Eliten, die Presse sowie etablierte Politikerinnen und Politiker – betroffen wurde. Wie in einem Märchen wird das Volk durch den charismatischen Leader geweckt und kann sich von den „Mächtigen“ befreien.² Angesichts dieser Dramatisierung scheinen komplexe Argumentationen oder die Berücksichtigung mehrerer Standpunkte überflüssig. Populisten glauben, den Willen des Volkes zu kennen, und dieser Wille ist für sie immer homogen und eindeutig. Meinungspluralismus bedeutet für sie Zerstreuung des Volkswillens, während eine interpretative Auseinandersetzung mit politischen Problemen zur Verzerrung der Wahrheit führe. Stattdessen stehen die Unmittelbarkeit und der enge Kontakt zwischen Volk und charismatischem Führer im Vordergrund. Der populistische Führer dient hier als Personalisierung des Volkswillens und kommuniziert ihn direkt. Denn, so die populistische Logik³, gerade weil der Populist, anders als Politiker der etablierten Parteien, einer aus dem Volke ist, kann er wissen, was das Volk eigentlich will. Populismus lehnt jegliche Art der Mediation ab, sei es durch etablierte Parteien, Politiker oder Journalisten. Sie erscheinen in diesem Lichte als überflüssige und gefährliche Verzerrer des Volkswillens und sind dem Vorwurf der Verfälschung und des Verrats ausgesetzt. Weil die Kommunikation ohne Mediation erfolgen soll, verpflichtet die populistische Logik zur Vereinfachung und Komplexitätsreduktion und appelliert an den Common Sense. Dieser muss nicht erklärt werden, sondern ist jedem „ersichtlich“ und fühlbar. Populistische Akteure geben vor, die Stimme des Volkes wiederzugeben, und können dadurch mit Tabus brechen, ohne dafür haftbar gemacht zu werden. Denn vox populi, vox Dei.⁴

MEHR PARTIZIPATION, WENIGER VIELFALT

Das Verhältnis des Populismus zur Demokratie ist ambivalent. Positiv ist zu unterstreichen, dass der Populismus die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Partizipation und Kontrolle der politischen Repräsentanten animiert, wenn an die Volkssouveränität appelliert wird. Der Populismus macht die Schwachstellen der Demokratie sichtbar, indem er auf die fehlende Umsetzung des Volkssouveränitätsprinzips in der Praxis aufmerksam macht. Rhetorisch drückt sich dieser Anspruch zum einen durch die Kritik an Machtmissbrauch und Korruption und zum anderen durch die Forderung nach politischer Veränderung aus.⁵ Indem Populismus auf konkrete Defizite der Demokratie verweist, kann er zu deren Korrektur beitragen. Zur negativen Seite gehört, dass durch Komplexitätsreduktion, manichäische Struktur und Ausblendung des Pluralismus die politische Debatte verzerrt wird. Die populistische Logik hält

sich zwar an den demokratischen diskursiven Rahmen. Sie geht von der Meinungsfreiheit, von der Gleichheit zwischen den Individuen und von der Macht des Volkes aus. Aber sie verzerrt diesen Rahmen, denn sie arbeitet mit Kurzschlüssen. Die große Gefahr des Populismus liegt in der Verschiebung des politischen Diskurses. Die populistische Kommunikation wird so vereinfacht, dass wichtige Komplexitäten ausgeblendet werden und die Welt in manichäischer Gestalt auftritt: Es gibt nur Gut oder Böse, Entweder, Oder. Für die demokratische Debatte bedeutet dies vor allem einen Verlust an Pluralität der Meinungen und das Verschwinden von Kompromissen.

AUFMERKSAMKEITSREGELN DER MASSEN MEDIEN

Vergleicht man die Komponente des Populismus mit den Aufmerksamkeitsregeln der Massenmedien, wird die Kompatibilität zwischen beiden deutlich. Massenmedien bilden ein Forum für den öffentlichen Diskurs. Doch ihre Rolle ist keineswegs unschuldig, denn sie entscheiden schließlich darüber, was gesendet wird und was nicht. Ferner geben sie auch den veröffentlichten Bildern und Botschaften eine ästhetische Form und bestimmen die Art und Weise, wie Politik diskutiert und präsentiert wird. Kommunikationswissenschaftler haben die Selektionskriterien der Massenmedien untersucht. Dazu zählen „Personifikation, mythisierender Heldenkonflikt, Drama, archetypische Erzählung, Wortgefecht, Sozialrollendrama, symbolische Handlung, Unterhaltungsartistik, sozialintegratives Nachrichtenritual“.⁶ Privilegiert werden Inszenierungen und Kommunikationsstile, die Personalisierung, Komplexitätsreduktion, Appell zum Außergewöhnlichen, Emotionalisierung, Dramatisierung und eine Konfliktstruktur aufweisen.

Stellt man diese Kriterien neben die Elemente des Populismus, sind die Ergebnisse verblüffend:⁷

Kriterien der Massenmedien	Elemente des Populismus
Personalisierung	Zentralität des charismatischen Leaders
Komplexitätsreduktion	Vereinfachung der Argumentation
Appell zum Außergewöhnlichen	Produktion von Skandal und Tabubrüche
Emotionalisierung	Emotionalisierung
Dramatisierung	Narrativ des betrogenen Volkes
Konfliktstruktur	Manichäisches Denken
Unmittelbarkeit	Ablehnung von Mediation

Es wird klar, dass es sich um eine systemische Übereinstimmung zwischen massenmedialen Aufmerksamkeitsregeln und populistischer Logik handelt. Politische Akteure, die sich des Populismus bedienen, haben daher höhere Chancen, Medienaufmerksamkeit zu erzeugen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Massenmedien solchen Akteuren, und dazu gehören Rechtspopulisten, besondere Aufmerksamkeit schenken.

SPIELARTEN DES POPULISMUS UND RECHTSEXTREMISTISCHE GEFAHR

Rechtspopulismus ist nicht gleich Populismus, sondern eine besondere Populismus-Variante. In der Tat gibt es unterschiedliche Formen des Populismus, die je nach ideologischer Richtung als Agrarpopulismus, Linkspopulismus, Rechtspopulismus oder Mainstream-Populismus bezeichnet werden. Im Rechtspopulismus ist die populistische Logik mit rechtsextremistischen Ideologemen kombiniert. Als Ideologeme bezeichnet man Versatzteile von Ideologien; sie sind Vorstellungen und Gedanken, die keine umfassenden Erklärungsmuster bieten, aber punktuelle Einstellungsmuster zu bestimmten Themen wiedergeben. Die Vorstellung, dass Ausländer nicht zur Gesellschaft gehören, dass sie ihr fremd sind, ist ein solches rechtsextremistisches Ideologem.

Die Kombination von Populismus und Rechtsextremismus ist möglich, weil der Populismus ideologisch unterbestimmt ist, nicht umsonst wird er auch als „dünne Ideologie“⁸ definiert. Der Populismus preist zwar das Volk als moralische Instanz an und stellt es ins Zentrum seines Narrativs, doch wer zum Volke gehört, bleibt zunächst offen. Erst in der Kombination mit anderen, „konsistenteren“ Ideologien kann der Populismus das Volk definieren. Im Linkspopulismus wird das Volk aus der Arbeiterklasse, ausgebeuteten und diskriminierten Gruppen gebildet, für den neo-liberalen Populismus ist das Volk die Summe der Unternehmer und Einzelkämpfer, die sich dem Aufstieg in der kapitalistischen Gesellschaft verpflichtet fühlen.

Der Rechtspopulismus wiederum definiert das Volk durch die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder sogar „rassischen“ Gruppe und rekurriert auf rechtsextremistische Ideologeme. Typisch für den Rechtsextremismus sind „übersteigerter Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, ein autoritär-konservatives, hierarchisches Familien- und Gesellschaftsbild und die Ablehnung der Demokratie“.⁹ Dazu gehören auch die Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft, die Überzeugung, dass ihre Mitglieder einen höheren Wert als Nicht-Zugehörige haben, und somit auch die Negierung der demokratischen Gleichheit und die Ablehnung des Wertepluralismus. Das Volk wird als eine Art Körper gedacht, der durch Fremde „infiziert“ und „verdorben“ werden kann. Daher gehört die Angst vor Ausländern zu den Topoi rechtsextremistischer Ideologien.

Rechtspopulismus ist eine regelrechte Kombination aus populistischer Logik und rechtsextremistischen Ideologemen. Er schreibt die diskriminierende Auffassung des Volkes in das Narrativ des betrogenen Volkes ein. Die Elite und die Mediatoren sind zwar weiterhin Verräter, doch sie werden so porträtiert, dass sie entweder aus eigenem Interesse oder aus Missachtung des Volkes eine Allianz mit Ausländern, Muslimen, Juden oder „Fremden“ eingehen beziehungsweise die Feinde des Volkes tolerieren und sogar privilegieren. Dieses Argumentationsmuster wird in der deutschen Migrationsdebatte deutlich.

AUSWIRKUNG AUF DIE DEMOKRATIE

Im Rechtspopulismus dient der Populismus als Brücke zwischen der demokratisch konstituierten Öffentlichkeit und rechtsextremistischen Positionen. Stünden rechtsextremistische Ideologeme außerhalb der demokratisch konstituierten Öffentlichkeit, werden sie mithilfe der populistischen Logik dorthin transportiert. Rechtspopulismus dient somit als Eintrittstor für rechts-extreme Ideologien in die demokratische Öffentlichkeit. Denn die systemische Begünstigung des Populismus in den Massenmedien führt dazu, dass rechtsextremistische Ideologeme immer öfter transportiert werden.

Die Auswirkungen dieses Prozesses auf die Demokratie können verheerend sei. Durch die Privilegierung rechtspopulistischer Akteure aufgrund ihrer Affinität zu den Aufmerksamkeitsregeln der Massenmedien kommt es zur Wiederholung ihrer Botschaften. So entsteht ein Gewöhnungseffekt an antidemokratische Botschaften, rechtsextremistisches Gedankengut kann in der Folge salonfähig werden.

Besonders problematisch ist es, wenn Politikerinnen und Politiker etablierter Parteien nicht nur auf die populistische Logik, sondern auch auf rechtspopulistische Ideologeme zugreifen, um den Wettbewerb gegen die Rechtspopulisten zu gewinnen. Dann kann eine Situation entstehen, in der der demokratische diskursive Rahmen so verschoben wird, dass er demokratischen Maßstäben nicht mehr entspricht. Damit es dazu nicht kommt, müssen sowohl politische als auch Medienakteure selbstkritisch mit ihrer eigenen Rolle umgehe, um nicht zum Teil der rechtspopulistischen Strategie zu werden.

- ¹ Colin Crouch: Postdemokratie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008.
- ² Zum Narrativ des betrogenen Volkes siehe Paula Diehl: „Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept“; in: Populismus: Konzepte und Theorien, Totalitarismus und Demokratie, Heft 2, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011, S. 273–291.
- ³ Zur Definition des Populismus als Logik siehe Ernesto Laclau: On Populist Reason, Verso, New York 2005; Jan-Werner Müller: Was ist Populismus?, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2016.
- ⁴ Zu einer zusammenfassenden Auseinandersetzung mit der Logik des Populismus siehe Paula Diehl: „Die Komplexität des Populismus“, in: Totalitarismus und Demokratie, Heft 2, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011, S. 273–291.
- ⁵ Yves Mény / Yves Surel: Par le peuple, pour le peuple. Le populisme et les démocraties, Fayard, Paris 2000.
- ⁶ Thomas Meyer: „Populismus und Medien“, in: Frank Decker (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Springer VS, Wiesbaden 2006, S. 81–96, hier S. 83.
- ⁷ Zur Affinität des Populismus zu den Massenmedien siehe Paula Diehl: „Populismus und Massenmedien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5–6, 2012, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012, S. 16–22.
- ⁸ Cas Mudde: „The Populist Zeitgeist“, in: Government & Opposition, 39, Cambridge University Press, Cambridge 2004, S. 541–563.
- ⁹ Hans-Gerd Jaschke: „Rechtsextremismus“, in: Dossier Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006.

Wie gefährdet ist die Demokratie?

Am 18. November 2016 beginnt um 14.00 Uhr der **7. Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung** zum Verhältnis von „**Populismus und Demokratie**“ im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn. Der Kongress bilanziert überdies „**60 Jahre Politische Bildung**“ der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als zentrale Redner haben bereits zugesagt:

Peter Altmaier MdB
*Chef des Bundeskanzleramtes und
Bundesminister für besondere Aufgaben*

Dr. Wolfgang Schüssel
*Bundeskanzler der Republik Österreich a. D. und
Vorsitzender des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

Weitere Informationen sowie eine Möglichkeit zur Anmeldung
finden Sie unter www.kas.de/demokratiekongress2016



60 Jahre Politische Bildung

Sorglose Begriffswahl

Nicht jeder Extremismus ist populistisch,
nicht jeder Populismus extremistisch

ECKHARD JESSE

Geboren 1948 in Wurzen, von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls „Politische Systeme, Politische Institutionen“ an der Technischen Universität Chemnitz. Hrsg. des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie seit 1989.

Wer bei Google klickt, findet – Stand Anfang Juni 2016 – für „Populismus“ 491.000 Treffer, für „Extremismus“ 434.000. Wird nach der politischen Strömung differenziert, kommt „Rechtspopulismus“ (287.000) siebenmal häufiger vor als „Linkspopulismus“ (41.000), „Rechtsextremismus“ (499.000) fast dreimal so oft wie „Linksextremismus“ (178.000). Die Diskrepanz

fällt umso mehr ins Gewicht, als mit den Begriffen „Populismus“ und „Extremismus“ eher rechte als linke Erscheinungsformen gemeint sind. Diese Schieflage spiegelt weder die realen Verhältnisse in Deutschland noch in Europa noch weltweit wider. Vor einem Jahrzehnt dominierte klar der Terminus des Extremismus im Vergleich zu dem des Populismus.

Als populistisch firmiert gemeinhin eine Bewegung, die mithilfe eines Charismatikers an der Spitze „das“ als homogen geltende Volk – die „schweigende Mehrheit“ – gegen „die da oben“, die als abgehoben, wenn nicht gar „korrupt“ perzipierte Elite, ausspielt; als extremistisch gilt eine (rechte, linke, fundamentalistische) Kraft, welche die Werte der freiheitlichen Demokratie infrage stellt oder ganz abzuschaffen gedenkt. Die jeweils negativ besetzten Begriffe sind damit auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. „Populistisch“ betrifft vor allem den Politikstil, „extremistisch“ zielt auf die „Systemfrage“. Insofern ist die verbreitete Sichtweise deplatziert, eine Partei sei etwa „zwischen extremistisch und populistisch“ einzuordnen.

EXTREMISMUS LIGHT?

Extremismus lehnt „Volkes Stimme“ ab, Populismus bejaht sie. Wer daraus einen reinen Gegensatz konstruiert, irrt. Denn „Volkes Stimme“ kann „Volkes Stimme“ abschaffen. Der demokratische Verfassungsstaat hingegen basiert auf der Akzeptanz unverbrüchlich geltender Prinzipien wie der Volkssouveränität und der Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen.

Populismus ist nicht, wie oft behauptet, eine Art Extremismus light!¹ Allerdings bedienen sich erfolgreiche extremistische Parteien populistischer Elemente – sie treten weniger klar gegen den demokratischen Verfassungsstaat auf. Schließlich schreckt blanker Extremismus ab: Wer für eine Renaissance des diskreditierten Faschismus oder des Kommunismus in dieser oder jener Form votiert, isoliert sich.

Es gibt in der Praxis vier, freilich nicht trennscharfe Kombinationen beider Eigenschaften (einschließlich ihrer jeweiligen Negationen) in politischen Parteien: *erstens* populistisch und extremistisch; *zweitens* populistisch und nicht-extremistisch; *drittens* nicht-populistisch und extremistisch; *viertens* nicht-populistisch und nicht-extremistisch. Der Front National mit Marine Le Pen an der Spitze ist ein Beispiel für die erste Variante, die Schweizerische Volkspartei (SVP), lange repräsentiert von Christoph Blocher, eines für die zweite, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) unter dem farblosen Frank Franz eines für die dritte. Die „alten“ Kräfte, etwa die Volksparteien (CDU, CSU, SPD), fallen in die vierte Kategorie.

Um die Verschränkung zwischen den vier Varianten an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die linkspopulistischen Züge stachen bei der Partei Die Linke früher vor allem durch das Kultivieren des Ost-West-Gegensatzes hervor, heute treten sie stärker durch das Schüren antikapitalistischer Affekte in Erscheinung. Die Linke hatte ein breites Wählerreservoir „angezapft“ und so das Aufkommen einer rechtspopulistischen Kraft zunächst verhindert. Die zunehmende Integration in das politische System, zum Beispiel durch Regierungsbeteiligungen (in Thüringen stellt Die Linke seit 2014 sogar den Ministerpräsidenten),

löste eine Desintegration auf der Wählerebene aus. So lässt sich die Abwanderung eines Teiles ihrer Wählerklientel zur Alternative für Deutschland (AfD) erklären. Die Forderung nach einem Systemwechsel im Parteiprogramm von 2011 ist extremistisch, schwerlich populistisch, die Forderung, die Arbeitszeit bei gleichem Lohn auf eine Dreißig-Stunden-Woche zu verkürzen, populistisch, schwerlich extremistisch. Dies zeigt, dass sich Die Linke nicht ohne Weiteres zuordnen lässt, was auch die Variationsbreite verschiedener Zusammenschlüsse innerhalb der Partei deutlich unterstreicht: Die Kommunistische Plattform (KPF), die für die Weiterentwicklung marxistischen Gedankengutes eintritt, ist eine extremistische Kraft (ohne populistische Züge); das Forum Demokratischer Sozialismus (fds), realpolitisch und dezidiert antistalinistisch orientiert, keine extremistische (ebenfalls ohne populistische Züge).

POPULISMUS INTERNATIONAL

Die Erfolge des rechten Populismus sind in Europa unübersehbar. Die Partei Viktor Orbáns – Fidesz – ist seit 2010 in Ungarn die dominierende Kraft. Und Norbert Hofer, der Kandidat der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), erreichte bei der Bundespräsidentenwahl im Juni 2016 mit 49,7 Prozent der Stimmen fast die absolute Mehrheit. Nicht zu vergessen: das Votum der britischen Bürger für einen EU-Austritt („Brexit“). Parteien wie der französische Front National (FN), die britische UK Independence Party (UKIP), die italienische Lega Nord, Geert Wilders’ „Partei für die Freiheit“ in den Niederlanden, die FPÖ, die Schweizerische Volkspartei, die „Wahren Finnen“, die norwegische „Fortschrittspartei“ und der belgische Vlaams Belang sind – mit Blick auf die Akzeptanz des demokratischen Verfassungsstaates – höchst unterschiedlich ausgerichtet, gehören daher im Europäischen Parlament verschiedenen Fraktionen an: den „Europäischen Konservativen und Reformern“ (so die Dänische Volkspartei), dem „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (so die UKIP) und dem „Europa der Nationen und der Freiheit“ (so der FN). Die Last der deutschen Geschichte und eine bewusste Erinnerungskultur im Umgang mit ihrem Leid hat in Deutschland lange die Entstehung einer erfolgreichen rechtspopulistischen Partei verhindert. Die beiden Abgeordneten der AfD im Europäischen Parlament sind nach ihrem unfreiwilligen Ausscheiden aus den „Europäischen Konservativen und Reformern“ unterschiedlichen Fraktionen beigetreten: Beatrix von Storch zog es zum von der UKIP Nigel Farage und Beppe Grillo „Fünf-Sterne-Bewegung“ dominierten „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“, Marcus Pretzell zum vom Front National beherrschten „Europa der Nationen und der Freiheit“.

Der Linkspopulismus grassiert ebenso: nicht nur bei Syriza in Griechenland, sondern auch bei der politischen Bewegung Podemos in Spanien, die bald nach ihrem Entstehen reüssieren konnte, so 2015 mit 20,7 Prozent.

Sie kam trotz eines Wahlbündnisses mit den Kommunisten im Juni 2016 nur auf 21,1 Prozent. In der Slowakei ist der als Linkspopulist geltende Roberto Fico seit 2006 Ministerpräsident (mit Ausnahme der Jahre 2010 bis 2012), in Tschechien Miloš Zeman seit 2013 Staatspräsident. In Südamerika (Bolivien, Ecuador, Venezuela) bestimmen jeweils Linkspopulisten die Regierungspolitik.

Die Gründe für die Erfolge populistischer Kräfte sind vielfältig. Eine wesentliche Ursache ist die „Konsenspolitik“, die eine Repräsentationslücke zumal am rechten Rand offenbart. Die Kraft des Populismus mit seiner scharfen Kritik an der Europäischen Union (EU), an der Flüchtlingspolitik, am Islam(ismus), am „Neoliberalismus“ und an der Globalisierung fußt auf ökonomisch wie kulturell bedingten Ursachen. Das Elektorat besteht überproportional aus sozial schwächer Gestellten, die den gesellschaftlichen Wandel (etwa in der Familienpolitik) nicht goutieren. Sozio-ökonomisch linker und sozio-kulturell autoritärer ausgerichtet als das etablierte Parteienspektrum, begehren Personen, die sich vor allem als Modernisierungsverlierer begreifen, gegen einen Elitenkonsens auf. Rechts- (fixiert auf Antiimmigration) und Linkspopulismus (fixiert auf Antifaschismus) weisen Affinitäten auf – in den Feindbildern (USA, EU, Kapitalismus) und in der Art, wie ihre politischen Ziele beworben werden: durch Versprechungen mit Blick auf das Füllhorn sozialer Wohltaten. Extremismus muss das nicht sein.

MISSVERSTANDENER KAMPFBEGRIFF?

Beide Begriffe – extremistisch wie populistisch – haben ihre Berechtigung, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Ein demokratischer Verfassungsstaat hat Feinde, sei es in offener, sei es in verdeckter Form. Dies muss zur Sprache gebracht werden. Wer solche Kräfte als extremistisch bezeichnet, stigmatisiert sie nicht. Die Grenze zwischen Extremismus und demokratischen Haltungen ist nicht immer scharf zu ziehen, aber die Frage nach der Akzeptanz von Menschenrechten, von Pluralismus und Gewaltenteilung bietet einen Maßstab. Beim schillernd-schwammigen Begriff des Populismus sind die Kriterien hingegen weniger klar. Wer ihn ubiquitär gebraucht, missversteht ihn als Kampfbegriff etablierter Kräfte gegen nicht-etablierte. Fair wäre es, eine Partei als populistisch und nicht-extremistisch gleichermaßen zu bezeichnen, sofern beides zutrifft. In der Politik, der Publizistik und auch in der Politikwissenschaft kommt es oft zu einer unangemessenen Vermengung von (Rechts-)Populismus und (Rechts-)Extremismus.²

Kein Extremist bezeichnet sich als Extremist, kaum ein Populist als Populist – nicht zuletzt deswegen, weil die Begriffe negativ konnotiert sind. Gewiss, Populisten betreiben „Politik mit der Angst“³, aber wer alarmistisch vor Populisten jedweder Richtung warnt und den Begriff damit überdehnt, betreibt ebenso „Politik mit der Angst“. Insofern vermag der grassierende

Anti-Populismus in gewisser Weise ebenso populistische Züge zu tragen. Der Extremismus, ob nun populistisch unterfüttert oder nicht, kann eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat sein, der Populismus ohne extremistische Elemente „nur“ eine Gefahr für die „etablierte“ politische Konkurrenz. Wer bei ihm sofort den demokratischen Verfassungsstaat in Gefahr sieht, lässt Souveränität missen.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Der rückläufige Gebrauch des Extremismusbegriffes ist für eine offene Gesellschaft ebenso wenig förderlich wie die Akzeptanz der Schieflage bei der Einschätzung rechter und linker Gefahren. Die Zunahme der Verwendung des Populismusbegriffes hingegen kennzeichnet eine gewisse Sorglosigkeit im Umgang mit Worten. Extremismus muss kein bloß altes Phänomen sein, Populismus nicht nur ein neues.

¹ Vgl. Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.

² Vgl. etwa Frank Decker / Bernd Hennigsen / Kjetill Jakobsen (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015.

³ So Ruth Wodak: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg 2016.

Weiterführende Literatur

Werner J. Patzelt / Joachim Klose: PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Thelem Verlag, Dresden 2016, 672 Seiten, 22,00 Euro.

Vom Ende der populistischen Ära

Lateinamerika und die Linkspopulisten

GUILLERMO AVELEDO COLL

Geboren 1978 in Caracas, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Metropolitana in Caracas (Venezuela).

KRISTIN WESEMANN

Geboren 1975 in Schwerin, Leiterin des Regionalprogramms „Parteienförderung und Demokratie in Lateinamerika“ der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Montevideo (Uruguay).

Der Populismus geht wieder um. Allerdings ist er nicht dort unterwegs, wo er sich besonders wohlfühlt, sondern in Europa und den Vereinigten Staaten. Latein-

amerika war so etwas wie das natürliche Revier des Populismus, ja, es schien mitunter, als gebe es gar keine andere Politikform als diese, als spiele der Ausgang einer Wahl kaum eine Rolle, weil sowieso das immer Gleiche gewinne: traditioneller Paternalismus, postkolonialer Personalismus, Hemdsärmeligkeit als Regierungsstil und Vetternwirtschaft aus Prinzip.

Den berühmten Stammtisch haben lateinamerikanische Politiker zwar nie bedient – allerdings auch nur mangels Stammtischen auf dem Kontinent. Die einfachen Lösungen galten ohnedies als die besten, und wie das Volk zu erreichen sei, wusste man auch. „Gebt mir einen

Balkon in jedem Dorf, und ich werde Präsident“, sagte der Ecuadorianer José María Velasco Ibarra (1893 bis 1979), und er selbst war der Beweis für diese viel zitierte Erfolgsformel: Gleich fünfmal zog Ibarra in den Präsidentenpalast ein.

Die Lateinamerikaner sind jedoch anspruchsvoller und misstrauischer geworden, man könnte auch sagen: endlich erwachsen, nach einer schier ewigen Kindheit. Denn so wurden sie lange behandelt, und so ließen sie sich auch gerne behandeln von der Politik: wie Kinder, wie willfährige, schnell verführbare, leichtgläubige Untertanen. Der Patron, der sich von oben herab um alles kümmert, war lange die Sehnsuchtsfigur vieler Wähler.

VIELFÄLTIGE POPULISMEN

Eine Ursache für die Langlebigkeit des Populismus in Lateinamerika liegt in seinem Erfindungsreichtum. Es gab und gibt ihn nicht nur in seiner klassischen linken und rechten Variante, er war stets anpassungsfähig und wandelbar. So begleitete der radikale Populismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Landflucht der Bauern; der Entwicklungspopulismus mit seinem Stammvater Juan Domingo Perón richtete sich gegen die etablierte Herrschaft der Oligarchie und reichte von der Nachkriegszeit bis in die 1970er-Jahre; die 1990er-Jahre gehörten dem kühlen neoliberalen Populismus, der den mühelosen Wohlstand versprach. Mittlerweile liegt bereits dessen Antipode, geboren um die Jahrtausendwende, im Sterben oder ist zumindest bettlägerig.

Auch das ist ein Wesenszug des *populismo hecho en Latinoamérica*: Er steigt auf

inmitten einer wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Krise und geht irgendwann genau darin wieder unter – eine Problemlösung, die selbst zum Problem geworden ist. Das Urbild des linken Millenniumspopulismus verkörperte Hugo Chávez, der Anführer der sogenannten Bolivarianischen Revolution in Venezuela. Chávez betrat 1992 als Offizier die politische Bühne und versuchte sich zunächst – ganz traditionell – an einem Putsch. Er wurde eingesperrt und stieg doch zum Hoffnungsträger der Enttäuschten im Land auf. Chávez bekam so, was ein Populist braucht: Ruhm und eine mythische Aura. Er war der Unbeugsame, der für seine Ideale sogar ins Gefängnis ging. Sechs Jahre nach seinem Wechsel in die Politik gelangte er ans Ziel, wurde zum Präsidenten gewählt, ganz demokratisch, und blieb es bis zu seinem Tod 2013.

Populisten sind Profiteure. Sie nutzen die Schwachstellen im politischen System, wenn der Maschinenraum der Demokratie schlecht gewartet ist. Sie werden als Reparateure gerufen und ersehnt. Chávez profitierte von einer langen Wirtschaftskrise und der Unglaubwürdigkeit der traditionellen Parteien. Der politische Seiteneinsteiger in Uniform versprach ein Ende der in ihren Ritualen erstarrten Traditionsparteien und entwarf eine Koalition aus autoritären nationalistischen und linksextremen Kräften, vereint im Streben, nicht nur die Regierung, sondern gleich den ganzen Staat zu übernehmen.

Unterstützt vom Volk (oder jenen Venezolanern, die er dazu zählte), griff er nicht nur die Eliten an. Der hohe Weltmarktpreis für Erdöl half, die sozialen Wohltaten zu bezahlen, mit denen sich der selbst ernannte Sozialist des 21. Jahrhunderts Gefolgschaft erkaufte. Regimegegner

und Andersdenkende blieben von den Sozialprogrammen ausgeschlossen.

Für die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus deprimierten radikalen Linken im Westen wurde Chávez zur Ikone. Auch das unterscheidet den bedeutenden lateinamerikanischen Populisten von allen anderen: Er hat Jünger in der Alten Welt. Chávez wurde ein internationaler Medienstar, er gab mal den bunten Vogel, der sich an kein Protokoll hielt, mal den Rebellen, der sich mit der Weltmacht USA anlegte (und ihr trotzdem venezolanisches Öl verkaufte).

Natürlich wurde der *Chavismo* bald kopiert – von Evo Morales (Bolivien), Rafael Correa (Ecuador), Daniel Ortega (Nicaragua) sowie Néstor und Cristina Kirchner (Argentinien). Sie alle versprachen ähnliches: eine anti-elitäre Politik, soziale Inklusion, ein Ende der Armut. Im Rückblick erkennt man auch ein nahezu identisches Amtsverständnis, als gäbe es eine Bedienungsanleitung für den linkspopulistischen Präsidentialismus. Man strebt nach mehr Macht, indem man die institutionellen und zeitlichen Grenzen des Amtes schleift, erhöht die öffentlichen Ausgaben, man greift die Privatwirtschaft an und schmiedet zugleich Allianzen mit Ländern, in denen Rechtsstaat und Demokratie wenig gelten. Der Staat übernimmt die unabhängigen Medien oder bekämpft sie, um der Opposition ihre Stimme zu nehmen.

ZEITENWENDE IN LATEINAMERIKA?

Der Sieg des konservativ-liberalen Argentiniers Mauricio Macri bei der Präsidentschaftswahl Ende 2015 über den seit

zwölfeinhalb Jahren regierenden Kirchneismus wirkt momentan wie ein Dominoeffekt. Es war die erste große Niederlage einer linkspopulistischen Bewegung auf dem Kontinent; bestraft wurde sie auch für Misswirtschaft und Korruption. Lateinamerika steuert wohl auf eine Zeitenwende zu. In Brasilien hat Dilma Rousseff – wenn gleich in einem umstrittenen Amtsenthebungsverfahren – die Herrschaft schon verloren. Der erfolgsverwöhnte Bolivianer Morales, der seit 2006 regiert, blitzte im Februar bei seinem Volk ab, als er per Referendum um eine Verfassungsänderung bat. So wollte er sich 2019 entgegen der Verfassung zum vierten Mal wählen lassen und bis 2025 durchregieren. Selbst in Venezuela, dort, wo alles begonnen hat, brechen allmählich andere Zeiten an. Die Opposition gewann bei der Parlamentswahl im Dezember die Mehrheit der Sitze. Das war eine unerwartete Schlappe für Präsident Nicolás Maduro, der wie erwartet reagierte: Er lässt das Parlament jetzt links liegen und regiert per Notstandsdekret.

Venezuela schafft es immer noch in die weltweiten Nachrichten, auch zwei Jahre nach dem Tod von Comandante Hugo Chávez – nun allerdings erzählen sie von einem ruinierten Land, von politischem Chaos und langen Schlangen vor Supermärkten. Nicht einmal unter Europas Linken hat der venezolanische Sozialismus noch viele Anhänger – und das zeigt, wie ernst es wirklich um ihn steht.

**There was
of freedom in
regimes, but
had humanity
of their t**

**a huge lack
n communist
at least they
at the center
thinking.**

Alexis Tsipras

Rechtsdrift in Putins Arme

Außenpolitische Positionen populistischer Parteien

ALAN POSENER

Geboren 1949 in London,
Korrespondent für Politik und
Gesellschaft, „Welt“-Gruppe.

Eine verbreitete Illusion über die neuen Populisten, die man besser als Neue Rechte oder – wie sich ihr radikaler Flügel in den USA nennt – „Alternative Rechte“ bezeichnet, sieht in ihnen lediglich einen

Ausdruck der Versäumnisse konservativer Volksparteien: Hätte etwa Angela Merkel in der Flüchtlingskrise anders gehandelt, die „Alternative für Deutschland“ (AfD) wäre nie so groß geworden. Hätte die Merkel-Union nicht versucht, der SPD die linke Mitte abspenstig zu machen, hätte sich am rechten Rand keine Lücke aufgetan. Jedoch ist die Neue Rechte nicht einfach, wie einige ihrer Sprecher mit unschuldigem Augenaufschlag behaupten, die Wiedergängerin der rechten Mitte von einst. Sie bietet eine Alternative: etwas Neues – und zugleich Altes. Das wird nirgends deutlicher als in der Außenpolitik.

Die Neue Rechte ist eine internationale Erscheinung; die Kritik an Merkel greift daher ohnehin zu kurz. Premierminister David Cameron etwa vertrat in Sachen Europäische Union (EU), Euro und Flüchtlingspolitik Positionen, die denen der frühen AfD entsprechen. Das hat den Aufstieg der „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) ebensowenig verhindert wie

den Brexit. Frankreich hat in der Flüchtlingskrise eine Blockadepolitik betrieben, um die es ein Viktor Orbán beneiden könnte; und dennoch kann sich Marine Le Pen vom „Front National“ Hoffnungen auf das Präsidentenamt machen. Und dann ist da noch Donald Trump.

Beginnen wir jedoch in Deutschland, bei der AfD. Deren Entwicklung ist eine fortschreitende Selbstradikalisierung, eine Konterrevolution, die ihre Väter frisst und die noch kein Ende gefunden hat. Das Wahlprogramm der AfD von 2013 wies keinen eigenen Passus zur Außenpolitik auf.

EUROPA ALS „UNDEMOKRATISCHES KONSTRUKT“

Unter „Europapolitik“ standen neben der Abschaffung des Euro folgende Positionsbestimmungen: „Wir bejahen ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben. Wir bestehen auf dem uneingeschränkten Budgetrecht der nationalen Parlamente. Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab. Wir werden dafür sorgen, dass Gesetzgebungskompetenzen zurück zu den nationalen Parlamenten verlagert werden. Wir werden uns für eine Reform der EU stark machen, um die Brüsseler Bürokratie abzubauen und Transparenz und Bürgernähe zu fördern. Das europäische Parlament hat bei der Kontrolle Brüssels versagt. Wir unterstützen nachdrücklich die Positionen David Camerons, die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken.“

In der Tat finden sich viele dieser Positionen im Cameron-Tusk-Papier wieder, das auch von der Europäischen Kommission und vom Europäischen Rat gebilligt wurde. Die Tatsache, dass der „Finalität“ eines föderalen Staats im Cameron-Tusk-Papier eine Absage erteilt wird, hat aber die AfD nicht daran gehindert, ihren Ton gegen Europa zu verschärfen.

Im Leitantrag der Programmkommission und des Bundesvorstands für das Grundsatzprogramm der AfD vom Sommer 2016 wird die EU schlicht als „undemokratisches Konstrukt“ bezeichnet. Obwohl keine deutsche Partei außer der FDP die Forderung nach einem europäischen Bundesstaat in ihr Programm aufgenommen hat, betont die AfD: „Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen Bundesstaat umzuwandeln. Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne.“

ZIEL NATIONALER AUSSENPOLITIK

Sehen wir darüber hinweg, dass die Formulierung „zentralistischer Bundesstaat“ ein Widerspruch in sich ist! Die lose Verbindung souveräner Staaten als

„ursprünglichen Sinn“ der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auszugeben, ist freilich eine bezeichnende Geschichtsfälschung. Denn die Keimzelle europäischer Einigung war die Montanunion. Die Verschmelzung der Schlüsselindustrien Kohle, Eisen und Stahl sollte es den ehemaligen Rivalen Deutschland und Frankreich (in Wirklichkeit natürlich Deutschland) unmöglich machen, eine selbstständige Rüstungsindustrie aufzubauen. Genau dies fordert aber die AfD, nämlich „unverzichtbare nationale wehrtechnische Kernfähigkeiten zu erhalten und zu fördern, um in Schlüsselbereichen von Technik und Technologie national unabhängig zu bleiben“. Zu bleiben? Wann war denn Deutschland in der Nachkriegszeit wehrtechnisch je unabhängig? Wann baute es selbstständig Atombomben oder Interkontinentalraketen, Flugzeugträger oder auch nur Abfangjäger? Wann wäre die Erlangung solcher Fähigkeiten auf Kosten Europas je konservative Politik gewesen?

Die AfD, so sehr sie die „abendländische“ Kultur beschwört, will von abendländischen Gemeinsamkeiten nichts wissen. Eine „formelle gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab“, heißt es im Leitantrag. Stattdessen befürwortet die AfD eine national ausgerichtete Außenpolitik. Ohne Beleg wird behauptet, „dass zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen und steuern“. Wer diese anderen Staaten sein sollen, bleibt zunächst unklar, doch wenig später heißt es: „Sicherheitspolitische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in Deutschland und Europa sind erodiert. Deswegen ist Deutschland zunehmend auf den Schutz ... von Bündnispartnern, besonders der USA, angewiesen und kann eigene Interessen nicht angemessen vertreten.“

ABLEHNUNG DER NATO

Sehen wir darüber hinweg, dass man nicht einerseits fordern kann, die EU auf eine lose Verbindung einzelner Staaten zu reduzieren, andererseits aber das Erodieren europäischer Handlungsfähigkeit in Sicherheitsfragen beklagen. Um Konsistenz geht es ja nicht vorrangig, sondern um die antiwestliche Positionierung der Partei. Die Mitgliedschaft in der NATO zum Beispiel, die eine Marine Le Pen für Frankreich schlichtweg ablehnt, wird zwar von der AfD bejaht, aber nur soweit sie „den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands“ entspricht, und das heißt, „soweit sich die NATO auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt“. Implizit wird damit unterstellt, dass jene „anderen Staaten“, die unsere Außen- und Sicherheitspolitik „steuern“, die NATO zu einem Angriffsbündnis umfunktionieren wollten – eine Position, die zwar in Teilen der linken SPD, aber nie von den konservativen Volksparteien CDU und CSU vertreten wurde.

Denn was bei der AfD fehlt, ist das Bekenntnis zu NATO und EU als Freiheits- und Wertegemeinschaften. Die AfD „vertritt eine Außenpolitik,

die verpflichtet ist, die außen- und sicherheitspolitischen, die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Deutschlands zu wahren“. Und zwar sie allein. Von übergeordneten westlichen Interessen will die AfD so wenig wissen wie von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik.

In diesem Zusammenhang sind die „kulturellen Interessen“, die außenpolitisch „gewahrt“ werden sollen, interessant. Der Begriff kann alles bedeuten, von der Unterstützung der Goethe-Institute über die Förderung deutscher Filme bis hin zur Abwehr islamischer Einwanderung und angelsächsischer Einflüsse in den Medien. Der neue starke Mann der AfD, Björn Höcke, ließ wohl die Katze aus dem Sack, als er sagte, „der materielle Liberalismus“ – Codewort für den Einfluss Amerikas – habe zu einer „kulturellen Gleichschaltung dieses Landes geführt“.

„KULTURELLE GLEICHSCHALTUNG“ MIT DEN USA?

Die Abwehr dieser „Gleichschaltung“ bedeutet für die AfD außenpolitisch die Annäherung an Russland. „Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die NATO von maßgeblicher Bedeutung“, heißt es denn auch im Leitantrag, „denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen.“ Das klingt wie eine Binsenwahrheit. In der Praxis bedeutet aber die Forderung nach der „Einbindung“ Russlands in Europa die Einbindung der AfD in Russlands Pläne für Europa.

So hieß es in einer AfD-Resolution nach der Annexion der Krim durch Russland: „In dieser instabilen Lage ist es von größter Bedeutung, keine Sanktionen zu verhängen, und keine weiteren Maßnahmen der Eingliederung der Ukraine oder Teilen davon in die EU oder in die Russische Föderation zu betreiben. [...] Die AfD spricht sich gegen jede weitere Erweiterung der NATO nach Osten aus.“ Auf perfide Art wird die souveräne Entscheidung einer demokratisch gewählten Regierung, sich um Mitgliedschaft in der EU oder der NATO zu bewerben, als „Eingliederung“ gleichgesetzt mit der Annexion oder Besetzung von Teilen dieses Landes durch Russland.

Die bereits erfolgte Rechts- und Ostdrift der AfD ist bemerkenswert. Wenn man sich fragt, wohin sie noch treiben wird, sollte man sich die anderen „populistischen“ Parteien Europas anschauen, und zwar zunächst die Parteien der Alternativen Rechten in Osteuropa. Dort sind der Nationalismus und der Rassismus von Parteien wie „Jobbik“ in Ungarn oder „Ataka“ in Bulgarien nur rabiater als in den Reihen der AfD. Gleichzeitig sind Ataka und Jobbik offen antisemitisch; eine Haltung, die sich in Osteuropa, anders als in Westeuropa, nicht als „Israelkritik“ oder Kritik des „materiellen Liberalismus“ tarnen muss, um salonfähig zu sein.

Bindeglied zwischen den radikalen ost- und den sich noch um einen bürgerlichen Habitus bemühenden westeuropäischen Bewegungen sind die

Ablehnung der USA und der Europäischen Union und die Bewunderung für Wladimir Putin. Am deutlichsten ist das bei Marine Le Pen. Die EU ist für sie ein „undemokratisches Monstrum“, Putin hingegen ein „Verteidiger des christlichen Erbes europäischer Zivilisation“. Kein Wunder, dass sie – wie alle anderen Parteien der Neuen Rechten – Russlands Annexion der Krim gerechtfertigt hat. Wie die AfD fordert Le Pen die „Wiederherstellung der diplomatischen und militärischen Unabhängigkeit“ ihres Landes, was in ihren Worten den Rückzug aus der NATO und „ein militärisches Bündnis mit Russland“ bedeutet. Im Deutschland der frühen Weimarer Republik einte der Traum eines Bündnisses mit einem vom Bolschewismus befreiten Russland gegen die Entente-Mächte die gesamte antirepublikanische Rechte – einschließlich Adolf Hitlers. Im 21. Jahrhundert wurde er von „Geopolitikern“ wie Aymeric Chauprade, der als Abgeordneter des „Front National“ ins Europaparlament einzog, wiederbelebt. Chauprade befürwortet eine Achse Paris-Berlin-Moskau zum Kampf gegen den „neuen Totalitarismus“, den er – Björn Höcke lässt grüßen – im amerikanischen „Materialismus“ erblickt.

„Es kann kein Projekt einer Großmacht Europa geben ohne ein starkes und unabhängiges Deutschland“, schrieb Chauprade 2012 in *Le Bohémien*. Deutschland sei jedoch „seit 1945 weitgehend unter amerikanischem Einfluss“, der gebrochen werden müsse. Es könne aber „kein weltweites Gleichgewicht gegenüber dem amerikanischen Globalismus geben ohne ein starkes Russland“. Originell sind diese Gedanken nicht. Wladimir Putin schrieb im November 2010 in der Süddeutschen Zeitung: „Auch Europa braucht eigene Zukunftsvisionen. Und so schlagen wir vor, diese Zukunft durch die Partnerschaft zwischen Russland und der EU gemeinsam zu gestalten. Damit könnten wir unser Anrecht auf Erfolg [...] in der modernen Welt gemeinsam geltend machen.“

Mit der EU gegen Amerika, und wenn das nicht geht, dann mit Europas Neuen Rechten gegen die EU und die NATO – so könnte man das Programm Putins umschreiben. Wer ihn, wie Barack Obama, unterschätzt, zahlt dafür einen hohen Preis. Nun, da sich die Möglichkeit einer Präsidentschaft Donald Trumps abzeichnet, wird die Lage noch brisanter. Denn Trump ist bei allem Säbelrasseln ein in der Wolle gefärbter Isolationist, für den Amerikas Bündnisverpflichtungen lediglich als Kostenfaktoren eine Rolle spielen. Ein sich abwendendes Amerika, ein Europa ohne Großbritannien, das weder Wachstum noch Wohlstand generiert, und eine Phalanx rechtsalternativer Parteien, die Putins Programm einer Abkoppelung Europas vom Westen und seiner Desintegration bewusst oder als nützliche Idioten vorantreiben, machen eine selbstbewusste Verteidigung jener Positionierung notwendig, die seit Konrad Adenauer für die rechte Mitte gilt: Deutschlands Platz ist im Westen. Diese Lehre aus zwei Weltkriegen – im Nachkriegsdeutschland gegen Ewiggestrige von rechts und links vertreten – muss heute erst recht gegen Linkspopulisten und Neue Rechte verteidigt werden.

Moskau und die Rechten

Wie radikale Gruppierungen Unterstützung von Moskau erhalten

ANTON SHEKHOVTSOV

Geboren 1978 in Sewastopol (Ukraine), Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaft vom Menschen (IWM), Wien (Österreich), und Legatum Fellow, The Legatum Institute, London (Großbritannien).

Die Beziehungen zwischen Russland und der radikalen Rechten in Europa sind kein neues Phänomen, aber sie haben in den letzten Jahren beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Das gilt insbesondere für die Zeit nach der Annexion der Krim durch Russland.

Selbst in Zeiten des Kalten Krieges und ungeachtet der Schrecken des Zweiten Weltkrieges sowie der offiziellen Verurteilung des Faschismus durch die Sowjetunion war die taktische Zusammenarbeit mit der extremen Rechten in Europa – vor allem in Deutschland – ein Charakteristikum russischer Politik. Ein Beispiel für diese Kooperation ist die finanzielle Unterstützung der rechtsextremen neutralistischen Bewegung in Westdeutschland Anfang der 1950er-Jahre. In ihrem Kampf gegen den Westen setzten die Sowjets eine große Bandbreite sogenannter „aktiver Maßnahmen“ ein. Hierzu gehörte der

Aufbau von Spionageringen in westlichen Gesellschaften ebenso wie die Verbreitung von Desinformation in der westlichen Öffentlichkeit, Bestechung, die Unterstützung sozialistischer und kommunistischer Parteien und die Infiltration westlicher Friedensbewegungen. Anfang der 1950er-Jahre debattierte die politische Elite Westdeutschlands über einen Beitritt ihres Landes zur NATO. Die Sowjets lehnten eine solche Entwicklung ab und unterstützten nicht nur linke Organisationen in der Bundesrepublik, sondern auch rechts-extreme nationalistische Bewegungen, die eine NATO-Mitgliedschaft ebenfalls ablehnten.

POSTSOWJETISCHER RECHTSRADIKALISMUS

Während die Kollaboration der Sowjets mit der radikalen Rechten in Europa verdeckt ablief und für einen normalen Beobachter unsichtbar blieb, spielten sich die russischen Aktionen in der postsowjetischen Ära größtenteils öffentlich und in drei Phasen ab. Die bislang längste Phase war der Zeitraum von 1991 bis 2004. Damals knüpften russische Ultra-Nationalisten wie Alexander Dugin, Wladimir Schirinowski und Sergei Glasjew Kontakte zu rechtsradikalen Politikern in Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, Belgien, den USA und anderen westlichen Ländern. Dugin war damals eine politische Randfigur, aber auch ein einflussreicher Ideologe des Neo-Eurasianismus und des nationalen Bolschewismus, der die liberale Demokratie eher auf kultureller als auf politischer Ebene bekämpfte. Schirinowski

war der Führer einer rechtsradikalen Vereinigung mit dem irreführenden Namen Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) – einer Partei, die aus den Parlamentswahlen von 1993 als stärkste und aus den Parlamentswahlen von 1995 als zweitstärkste politische Kraft hervorging. Glasjew war für kurze Zeit Russlands Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen, danach gehörte er dem Parlament an und leitete später die Analyse-Abteilung des russischen Föderationsrats.

Zwar waren Dugin, Schirinowski und Glasjew offenbar daran interessiert, einige der Ideen ihrer rechtsradikalen westlichen Verbündeten in Russland umzusetzen; zugleich waren sie sich aber scheinbar im Klaren darüber, dass diese Vorstellungen zu den politischen Auffassungen des Regimes Boris Jelzins zu sehr im Widerspruch standen und eigene Machtoptionen zu fern lagen, als dass sie sich mit dem Staat verbünden oder in seinem Namen hätten handeln können. Für Dugin, Schirinowski und Glasjew stand der unmittelbare Feind *innerhalb* Russlands. Folglich nutzten sie zu dieser Zeit ihre rechtsradikalen Kontakte im Westen lediglich dazu, ihre eigene Position im Land zu stärken, vermochten es aber nicht, ihre westlichen Ansprechpartner gegen die vermeintlichen *äußeren* Gegner des russischen Staates zu instrumentalisieren. In dieser Phase der Zusammenarbeit zwischen russischen Akteuren und der europäischen radikalen Rechten hatte Moskau offiziell keinerlei Interesse an derartigen Kontakten – der Kreml arbeitete aktiv am Aufbau von Beziehungen zu etablierten Politikern und Vertretern des Westens, die glaubten, Russland würde ein Teil des liberal-demokratischen Westens werden.

WAHLBEOBACHTUNG NACH MASSGABE RUSSISCHER AUSSENPOLITIK

Die zweite Phase erstreckt sich über den Zeitraum von 2005 bis 2012. Am Anfang dieser Periode stehen die Reaktionen des Kreml auf die Serie von „Farbrevolutionen“ in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisistan (2005). Diese „Revolutionen“, bei denen es sich im Kern um Massenproteste gegen Wahlbetrug handelte, wurden in Moskau offiziell als Versuche des Westens im Allgemeinen und der USA im Besonderen ausgelegt, den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Russlands im postsowjetischen Raum zu unterminieren. Die Rhetorik des Kreml wurde immer antiwestlicher und antiamerikanischer. Verschiedene Initiativen wurden ergriffen, um die imaginäre Bedrohung einer „Farbrevolution“ in Russland abzuwenden. Da unabhängige Wahlbeobachter und ihre Erkenntnisse für die Mobilisierung des Protestes gegen gefälschte Wahlergebnisse eine zentrale Rolle spielten, begann Moskau außerdem, nach Alternativen für eine internationale Wahlbeobachtungsmission zu suchen, die entweder selbst pro-Kreml eingestellt sein oder von dem Kreml nahestehenden politischen Kreisen kontrolliert werden sollte. Die von Alexei Kotschetskow, einem früheren faschistischen Aktivisten, geleitete, formal unabhängige Wahlbeobachtungsorganisation CIS-EMO bot eine solche Alternative. Die CIS-EMO begann, mit zwei in der EU beheimateten Organisationen zusammenzuarbeiten, nämlich dem belgischen Eurasian Observatory for Democracy and Elections und dem polnischen European Centre for Geopolitical

Analysis, beide geleitet von rechtsradikalen Aktivisten, nämlich Luc Michel und Mateusz Piskorski. Die drei Organisationen luden links- und rechtsextreme Politiker und Aktivisten zu internationalen Wahlbeobachtungsmissionen ein und legitimieren seit den Jahren 2005, 2006 autoritäre Wahlpraktiken im postsowjetischen Raum. Dabei verhielten sie sich stets loyal zu den Zielen der russischen Außenpolitik, bei der sich alles um den Erhalt der vermeintlichen Einflussphäre Russlands dreht.

Die zweite für diese Phase charakteristische Entwicklung war der Beginn der aktiven Zusammenarbeit zwischen den staatlich kontrollierten Medien Russlands und rechtsradikalen Politikern in Europa 2008 bis 2009. Diese Entwicklung setzte im August 2008 nach dem Ende des russisch-georgischen Krieges ein. Der Kreml war sich bewusst, dass er zwar den Krieg leicht gewinnen, jedoch die westlichen Gesellschaften nicht von der vorgeblichen Berechtigung der Aggression gegen Georgien überzeugen konnte. Angesichts der Kritik aus dem Westen änderten die staatlich kontrollierten Medien Russlands ihre Taktik: Hatten sie anfangs noch auf das Argument gesetzt, Moskau ließe sich bei seinen in- und ausländischen Aktivitäten von guten Absichten leiten, so behaupteten die russischen Medien seit 2008, dass der Westen Russlands Handlungen nicht richtig einschätzen könne. Ursache dieser Urteilsschwäche sei die Dekadenz der liberal-demokratischen Gesellschaften des Westens; sie würden unter einer moralischen Krise, unter gleichgeschlechtlichen Ehen, unter dem Versagen des Multikulturalismus und der Missachtung der Rechte der Mehrheit leiden. Um diese

Botschaft zu unterstützen, kooperierten die russischen Medien mit Aktivisten und Politikern aus den soziopolitischen Randbereichen im Westen, mit Rechts- und Linksradikalen sowie mit Verschwörungstheoretikern und Isolationisten.

GEZIELTE MOBILISIERUNG IM WESTEN

Die dritte Entwicklung bestand in der Mobilisierung rechtsradikaler Organisationen und Parteien in Italien, Österreich und Frankreich, die sich etwa seit 2006 und verstärkt seit 2009 als Frontorganisationen Russlands betätigten. In Italien wurden die ersten prorussischen Anstrengungen von dem Eurasien-Koordinationsprojekt unter der Führung von Stefano Vernole und Alberto Ascari sowie von dem von Tiberio Graziani und Daniele Scalea geführten Istituto di Alti Studi in Geopolitica e Scienze Ausiliarie unternommen. In Österreich führte die Firma Austrian Technologies GmbH die ersten prorussischen Aktivitäten durch; sie ist mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) eng verbunden und wird von Barbara Kappel geleitet. In Frankreich waren es die von André Chanclu geführte Frankreich-Russland-Kollektive und die von Fabrice Sorlin geleitete Alliance France-Europe-Russie.

In der ersten Phase der Zusammenarbeit mit europäischen rechtsradikalen Aktivisten und Politikern bestand das russische Element ausschließlich aus russischen Ultranationalisten. Die zweite Phase jedoch war gekennzeichnet durch die wachsende Beteiligung russischer Vertreter mit höherem Status. Dazu gehörten

auch Vertreter russischer Institutionen, die die öffentliche Meinung außerhalb Russlands beeinflussen wollten und mit der russischsprachigen Diaspora zusammenarbeiteten: Rossotrudnischestwo (eine Föderalagentur für Angelegenheiten der GUS, für Fragen der im Ausland lebenden Mitbürger und für internationale humanitäre Zusammenarbeit im Außenministerium der Russischen Föderation), die Stiftung Russische Welt und das in Paris beheimatete Institut für Demokratie und Zusammenarbeit. Zudem knüpften nun Vertreter russischer Botschaften und Konsulate in einigen europäischen Ländern Kontakte zu rechtsradikalen Organisationen, um ihren Aufbau mithilfe russischer Funktionäre zu unterstützen.

„KONSERVATIVE WERTE“ MASKIEREN EINE WELTPOLITISCHE STRATEGIE

Die dritte – und aktuelle – Phase in der Zusammenarbeit zwischen russischen Akteuren und der radikalen Rechten in Europa begann in den Jahren 2012, 2013; nun setzt das Engagement hochrangiger Politiker und Funktionäre auf der russischen Seite ein. Sie antworten damit auf verschiedene, sich überlappende Entwicklungen: Die erste war die fortschreitende anti-westliche und anti-amerikanische Radikalisierung des Putin-Regimes, die bereits 2004 begonnen hatte. Vertieft wurde sie durch Moskaus negative Reaktion auf den „Arabischen Frühling“ (2010 bis 2012) als eine Welle von Protesten, Ausschreitungen und Regimewechseln in der arabischen Welt, gefolgt von den Protesten gegen Putin in den Jahren 2012 und

2013. Hinzu kam die wachsende Kritik etablierter westlicher Politiker und Staatsvertreter an der Innen- und Außenpolitik Putins. Diese Kritik entzündete sich insbesondere an der Tatsache, dass der Tod des Firmenanwalts Sergei Magnitski in einem Moskauer Gefängnis im Jahr 2009 von den russischen Behörden nicht untersucht wurde – 2012 reagierten die USA und die EU mit Sanktionen. Das scharfe Vorgehen des Kreml gegen die Anti-Putin-Proteste und die polarisierenden Maßnahmen, mit denen der Kreml die Opposition spalten wollte (hauptsächlich im Rahmen der Schauprozesse gegen Pussy Riot und das „Anti-LGBT“-Propagandagesetz¹), verschärfte die westliche Kritik. Als ebenso empörend empfand der Westen Putins Unterstützung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad; dessen Niederschlagung der gegen seine Regierung gerichteten Proteste 2011 führte zum Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges. Diese entfremdenden, einen neuen Ost-West-Antagonismus befördernden Entwicklungen wurden durch die russische Annexion der Krim und die Ereignisse in der Ostukraine 2014 weiter gesteigert.

In der Folge gaben viele etablierte Politiker und Volksvertreter der westlichen Länder ihre politische Unterstützung des Putin-Regimes auf. Es begann die Suche nach einem nicht etablierten politischen Verbündeten in Europa beziehungsweise im Westen. Hochrangige Mitglieder der regierenden Partei „Vereintes Russland“, russische Diplomaten und Staatsvertreter wie der russische Parlamentspräsident Sergei Naryschkin oder der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des russischen Parlamentes, Alexei Puschkow, sowie nicht zuletzt Präsident Wladimir Putin selbst bauten Kontakte zu den radikalen

Rechten auf, insbesondere zum französischen Front National, der Lega Nord in Italien und der Partei Ataka in Bulgarien.

Im April 2014 erklärte Putin, der Wahlsieg der „illiberal-demokratischen“ Fidesz von Viktor Orbán sowie die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien wie der ungarischen Jobbik und des Front National deuteten auf ein „Überdenken der Werte in den europäischen Ländern“ nach den Vorgaben aus Moskau („konservative Werte“) hin, eine Begründung für eine angeblich ideologisch motivierte Öffnung Moskaus gegenüber der radikalen Rechten. 2014 wurde ein niedrigverzinslicher Millionenkredit dem Front National von einer russischen Bank gewährt – diese Bank befindet sich im Besitz eines engen Vertrauten Putins. Dieser Fall beweist, dass Moskau zumindest in einigen Fällen bereit war, die radikale Rechte bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, die liberalen Demokratien des Westens zu untergraben, die EU zu unterminieren und die transatlantische Zusammenarbeit zu schwächen. So versucht Moskau, seinem weltpolitischen Ziel einer „neuen Jalta-Vereinbarung“ näher zu kommen, mit der eine russische Einflussosphäre definiert und die Herrschaft eines autoritären Regimes in Russland auf unbestimmte Zeit legitimiert werden könnte.

¹ LGBT steht für lesbische, schwule und bisexuelle Personen sowie Transgender.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

Meilenstein oder Papier des Misstrauens?

Zum neuen Integrationsgesetz

KATHARINA SENGE

Geboren 1982 in Erfurt, Referentin bei der Integrationsbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Vor der Sommerpause ist das Integrationsgesetz vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Nachdem letzte Unstimmigkeiten auf der Kabinettsklausur in Meseberg ausgeräumt worden waren, hatte Angela Merkel es als einen Meilenstein bezeichnet. Wohlfahrtsverbände sprachen hingegen von einem Papier des

Misstrauens gegenüber Flüchtlingen. Sie beziehen sich damit vor allem auf die im Gesetzentwurf enthaltenen Sanktionen, die Flüchtlingen drohen, wenn Integrationsangebote nicht wahrgenommen werden. Richtig ist: Das Integrationsgesetz regelt nicht grundsätzlich die Integration von Zuwanderern in Deutschland, sondern die der Flüchtlinge. Es ist damit nach den beiden Asylpaketen der dritte und folgerichtige Schritt zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und ihrer Auswirkungen innerhalb Deutschlands.

Flüchtlingsschutz ist ein Instrument des Menschenrechtsschutzes und kein Zuwanderungskanal. Wenn wir realistisch sind, müssen wir jedoch erkennen, dass ein Teil der Flüchtlinge für sehr lange, vielleicht für immer in Deutschland bleiben wird, dass die Kinder hier sozialisiert und erwachsen werden. Anerkannte Flüchtlinge sind de facto ein Teil der deutschen Gesellschaft. Während die klare Trennung von Asyl und Migration im Aufenthaltsrecht richtig und notwendig ist, muss die Integrationserwartung für alle gelten, die über längere Zeit und möglicherweise dauerhaft in diesem Land leben werden.

ALLES ANDERE ALS GÄNGELEI

Als Artikelgesetz sieht das Integrationsgesetz Änderungen im Sozialgesetzbuch ebenso wie im Asylbewerberleistungsgesetz, im Aufenthaltsgesetz und im Asylgesetz vor. Die wichtigsten Neuerungen bestehen *erstens* in der Förderung von Ausbildung und Arbeit der Flüchtlinge, insbesondere durch 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber und Zugang zu den verschiedenen Instrumenten der Ausbildungsförderung. *Zweitens* in der Wohnsitzauflage, mit der die Bundesländer Sozialleistungen für anerkannte Flüchtlinge davon abhängig machen können, dass diese sich in bestimmten Gegenden ansiedeln. So sollen soziale Schieflagen, regionale Arbeitslosigkeit und Integrationsprobleme vermieden werden. *Drittens* in der Intensivierung von Orientierungsangeboten, um die deutsche Rechtsordnung und gesellschaftliche

Werte noch intensiver und an mehr Zielgruppen zu vermitteln. Und *viertens* schließlich in der Verpflichtung der Asylbewerber und anerkannten Flüchtlinge, sich an Integrationsangeboten zu beteiligen. Auch dass die dauerhafte Niederlassungserlaubnis nun von Integrationsleistungen abhängig gemacht wird, gehört in diesen Bereich der Anforderungen.

Denn bisher erhielten anerkannte Flüchtlinge – anders als Arbeitsmigranten – nach drei Jahren ohne weitere Voraussetzungen ein unbefristetes Bleiberecht, wenn die Situation im Herkunftsland unverändert bedrohlich war. Mit der neuen Regelung müssen dafür – nun nach fünf Jahren wie bei anderen Zuwanderergruppen auch – ein eigener Beitrag zum Lebensunterhalt, Sprachkenntnisse und Wohnraum nachgewiesen werden. Damit wird der Schutzanspruch nicht eingeschränkt, denn der Aufenthaltstitel kann auch bei mangelnder Integration – allerdings wieder befristet – erteilt werden. Im Gegensatz zu Arbeitsmigranten sind Flüchtlinge jedoch häufig durch traumatische Erlebnisse belastet. Das raubt Energie, die bei der Bewältigung des Alltags fehlt. Sie konnten sich auch nicht in Ruhe auf ihr neues Leben in Deutschland vorbereiten, haben also größere persönliche Hürden im Integrationsprozess zu überwinden als andere Migranten. Dieser besonderen Situation wird Sorge getragen, indem die Voraussetzungen für die Niederlassungserlaubnis insgesamt niedriger angesetzt sind.

Das oberste Ziel des Integrationsgesetzes lautet, dass die Integration derer, die bleiben werden, gelingen muss. Dafür werden Zugänge zu Arbeit und Ausbildung erleichtert und mit viel Geld gefördert; gleichzeitig wird auch von den Flüchtlingen erwartet, dass sie sich zur

Integration verpflichten. Diese Botschaft zu senden und die Flüchtlinge gleichzeitig in vielfältiger Weise zu unterstützen, ist keine Gängelei, sondern die Voraussetzung für das Zusammenleben in einer freien und offenen Gesellschaft.

ERWARTUNGEN KLAR AUSSPRECHEN

Doch säen die Sanktionen nicht Misstrauen? Demotiviert ihre Ankündigung nicht gerade die Willigen? Praktiker aus der Flüchtlingsarbeit berichten, dass die Flüchtlinge mehrheitlich so schnell wie möglich Deutsch lernen und eine Arbeit finden wollen. Sie wollen sich integrieren. Das ist eine gute Nachricht, von der viel zu selten öffentlich die Rede ist und deren Impuls für die deutsche Gesellschaft vielleicht noch gar nicht richtig erfasst wurde. Dennoch ist es nicht falsch, von Anfang an neben Rechten auch Pflichten einzufordern. Nur wenn Erwartungen klar ausgesprochen sind, ist der Weg zum Neubürger transparent. Das ist fair, denn darauf sind beide Seiten verpflichtet. Im besten Fall funktionieren die Integrationsinstrumente wie ein flexibler Baukasten. Flexibel mit Blick auf die unterschiedlichen Bleibeaussichten, auf den Bedarf des Einzelnen und seine Integrationschancen. Ohne optionale Teilnahmepflichten im Instrumentenkoffer würden auch die besten Förderangebote in manchen Fällen ins Leere laufen.

Wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei der ersten Lesung des Integrationsgesetzes sagte, beginnt die Bewältigung der enormen Integrationsaufgabe mit Einsichten über gelungene und miss-

lungene Integration sowie mit der Entscheidung über den Weg, den die deutsche Gesellschaft gehen will. Zu diesen Einsichten gehört, dass jeder, der über längere Zeit in diesem Land lebt, sich sinnvoll einbringen soll; dass wir nicht bei bestimmten Gruppen auf Integration verzichten können und wollen, sei es, weil sie nach ein paar Jahren sowieso das Land wieder verlassen, sei es, weil sie aufgrund von Verfolgung ihre Heimat gegen ihren Willen verlassen mussten.

Das Integrationsgesetz ist ein Meilenstein, weil es Aufenthalts- und Sozialrecht logisch miteinander verknüpft. Es setzt so das gesellschaftliche Interesse daran, dass es Neuankömmlingen gelingt, in Deutschland ihren Platz zu finden und dazuzugehören, als oberste Priorität. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Zuvor richtete sich das System von Integrationsangeboten und -verpflichtungen vorrangig an reguläre Migranten. Während der letzten großen Flüchtlingswelle der 1990er-Jahre sollten Asylbewerber vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden, um in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland keine Konkurrenz zu deutschen Arbeitnehmern zu bilden. Schließlich sollte keine soziale Verwurzelung stattfinden, bevor nicht über den rechtmäßigen Aufenthalt entschieden worden war. Bis 2013 galt während des ersten Jahres ein Arbeitsverbot für Asylbewerber. Es wurde jüngst auf die ersten drei Monate verkürzt. Von den Integrationskursen waren Asylbewerber ausgeschlossen. Mit dem ersten Asylpaket im Oktober 2015 wurde die Teilnahme für diejenigen geöffnet, die gute Bleibeaussichten haben. Das Integrationsgesetz sieht nun sogar vor, dass sie zur Teilnahme verpflichtet werden können.

PRAGMATISCHER ZUGANG

Dieser Paradigmenwechsel lässt sich mit drei Entwicklungen begründen. *Erstens*: Angebot und Nachfrage haben sich verändert. Heute suchen Unternehmen Fachkräfte und junge, lernwillige Menschen, die zu Fachkräften ausgebildet werden können. Die Konkurrenz zwischen Asylbewerbern und Einheimischen entsteht – anders als bei den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien während der 1990er-Jahre – in relativ wenigen Bereichen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen. Diese Argumentation allein reicht jedoch für einen *policy shift* hin zur Öffnung des Arbeitsmarktes nicht aus, soll doch die saubere Trennung von Flüchtlingsschutz und Fachkräftezuwanderung beibehalten werden.

Hinzu kommt also *zweitens*: Wissen um Integrationsprozesse. Die Erfahrungen zeigen, dass die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration vom ersten Tag an gelegt werden. Die Dauer des Asylverfahrens ist also zumindest für die, die danach bleiben dürfen, wertvolle, aber für ihre Integration verlorene Zeit. Da es jedoch nicht Ziel sein kann, auch denen Integration zu versprechen und anzubieten, die sich unrechtmäßig im Land aufhalten, priorisieren die neuesten Regelungen Asylbewerber nach unterschiedlichen Bleibeaussichten und konzentrieren die zur Verfügung stehenden Ressourcen für Integration auf diejenigen Gruppen, die mit guter Voraussicht eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten werden; ein pragmatischer Zugang, der jedoch durchaus noch weiter ausdifferenziert werden könnte.

Auch für Personen mit geringer Bleibeaussicht gibt es mit dem neuen Gesetz

nun Angebote, denn auch sie sollen sich während ihrer Zeit in Deutschland sinnvoll betätigen und sich im direkten Umfeld sprachlich und kulturell orientieren können.

Die *dritte* Entwicklung, die sich im Paradigmenwechsel erkennen lässt, ist: Flexibilität eines Einwanderungslandes. Auch wenn Asyl und Einwanderung „zwei Paar Schuhe“ sind, so zeigt sich auch beim Umgang mit Asylbewerbern eine Haltung, die Einwanderungsländer ausmacht: Sie definieren ihre nationalen Interessen und Vorstellungen von Zuwanderung und Integration, überprüfen regelmäßig die geltenden Regelungen für Ausländer mit Blick auf den sich wandelnden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarf und richten schließlich ihre Zuwanderungs- und Integrationspolitiken erneut an diesem Bedarf aus. Man muss sich darauf einstellen, dass auch die jetzt neu geschaffenen Rahmenbedingungen für die Integration von Flüchtlingen unter anderen Voraussetzungen nicht mehr optimal sein werden und erneut angepasst werden müssen. Dies ist kein Ausbügeln von Fehlern der Vergangenheit, sondern eine Weiterentwicklung und Anpassung an sich ändernde Umstände.

Der Duden definiert einen Meilenstein als „entscheidendes Ereignis“. Das ist das Integrationsgesetz sicher, weil es die Grundannahmen für gelingende Integration bezüglich Sprache, Ausbildung, Arbeit, Sozialleistungen, ethischer Vorstellungen und Werte sowie Rechten und Pflichten so klar und systematisch wie nie zuvor in Maßnahmen umsetzt. Angesichts der epochalen, langfristigen Integrationsaufgabe, vor der wir stehen, dürfte das Gesetz jedoch auch nicht mehr und nicht weniger als eine Etappe sein.

Nach– gedacht

Die mit der Ausgabe Nr. 537, März/April 2016, „Türkei – Schlüsselkraft einer Krisenregion“ angeregte Debatte wird im Folgenden weitergeführt. Aufgrund des Redaktionsschlusses konnten die Texte auf die jüngsten Entwicklungen in der Türkei nicht mehr eingehen.

Dilemma in Ankara

Über die Immunitätsaufhebung der türkischen Abgeordneten

DIRK TRÖNDLE

Geboren 1967 in Stockach/Bodensee, lebte siebzehn Jahre in Istanbul und Ankara; von 2009 bis 2013 bei der Deutschen Botschaft als Referent für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umwelt, Forschung und Technologie tätig; seither freiberuflicher Berater und Publizist in Berlin.

Mit der Veröffentlichung am 8. Juni 2016 im türkischen Staatsanzeiger (*Resmî Gazete*) wurde die Immunität von mehr als einem Viertel aller Abgeordneten der Großen Türkischen Nationalversammlung (*Türkiye Büyük Millet Meclisi*, TBMM) auf dem Wege einer Verfassungsänderung aufgehoben. 799 Anträge auf Aufhebung der Immunität (*tezkere*) von 152 Abgeordneten liegen dem Parlament und dem Justizministe-

rium vor. Obwohl etwa 100 Abgeordnete anderer Parteien betroffen sind, richtet sich dieser Schritt in erster Linie gegen die prokurdische Demokratische Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP).

Vordergründig gleicht das Vorgehen einer Abstrafung und Kriminalisierung der HDP; der politische Arm der Kurdenbewegung wird so aus der Legalität des politischen Raumes hinausgedrängt. Ihren Abgeordneten wird

unter anderem öffentliche Parteinarbeit für die terroristische Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan*, PKK) vorgeworfen. Der Co-Vorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, hat nach der Abstimmung deutlich gemacht, dass seine Fraktion den Vorladungen zu den Voruntersuchungen und Gerichtsterminen nicht Folge leisten werde. Man müsse die Abgeordneten schon festnehmen und mit Polizeigewalt vor die Richter führen.

Auf den zweiten Blick bedeutet diese Entscheidung das vorläufige Scheitern einer Lösung in der Kurdenfrage, die zuvor ein zentrales politisches Projekt der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP oder AK Partisi) und des heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gewesen ist. Die Eskalation des erneut aufbrechenden innertürkischen Konflikts ist erstaunlich, da mit der sogenannten Zehn-Punkte-Übereinkunft von Dolmabahçe (*Dolmabahçe Mutabakatı*)¹ eine friedliche und dauerhafte Beantwortung der Kurdenfrage in greifbarer Nähe schien: Bislang war die Lösung der Kurdenfrage ein Zwischenschritt zu einer neuen demokratischen Verfassung und damit auch der Einführung eines Präsidialsystems.

Oppositionsvertreter sehen nun in der Aufhebung der Immunität eine Art Nebelkerze, mit der die Regierung von den Meldungen über PKK-Anschläge und ihre destabilisierende Wirkung ablenken wolle und die Einführung eines von Erdoğan präferierten Präsidialsystems reibungsloser voranzutreiben versuche. Erdoğan wird verdächtigt, ein Scheitern in der Kurdenfrage bewusst ins Kalkül einbezogen zu haben, um eine nationalistisch aufgeheizte Stimmung zu erzeugen, die einen anderen Weg zum Präsidialsystem ohne Neuwahlen bereiten solle. Denn: Der AKP fehlen zu einer Verfassungsänderung vierzehn Stimmen; unterhalb einer Zwei-Drittel-Mehrheit wäre eine Volksabstimmung die verfassungsgemäße Konsequenz. Inwiefern die AKP durch die Immunitätsaufhebung und mögliche Nachwahlen (zu den in Folge vakanten Stühlen im Parlament) zusätzliche Mandate gewinnen kann, um die Verfassung dann nicht mithilfe der kurdischen Interessen, sondern gegen sie ändern zu können, muss abgewartet werden. Bis auf Weiteres bleiben die Abgeordneten im Amt, und es ist völlig offen, wie viele der 152 Parlamentarier verurteilt und ihr Mandat verlieren werden. Nachwahlen können nur dann anberaumt werden, wenn im Parlament mindestens fünf Prozent der Mandate (28 Sitze) unbesetzt sind.

Die Vorkommnisse um die Aufhebung der Immunität zeigen, wie notwendig eine neue demokratische Verfassung und eine Stärkung des Rechtsstaates für das Land wären. Für die türkische Demokratie ist es unbefriedigend, dass es wiederholt zu einer politischen Vereinnahmung der Justiz gekommen ist, deren Unabhängigkeit immer wieder im Mittelpunkt von Diskussionen steht. Gewiss dürfte sie in Teilen eingeschüchtert sein und im vorseilenden Gehorsam agieren. Der Fortschrittsbericht der Europäischen Union (EU) zur Türkei 2015 bemängelt die Aushöhlung der Unabhängigkeit

der Justiz und den wenig erkennbaren Respekt vor dem Prinzip der Gewaltenteilung; sie stellt einen großen politischen Druck auf Richter und Staatsanwälte fest.² Deutlichstes Beispiel dafür war die öffentliche Androhung Erdogans, er werde das Urteil des türkischen Verfassungsgerichts zur Freilassung von Can Dündar und Erdem Gül nicht anerkennen und respektieren. Die beiden Journalisten der türkischen Tageszeitung *Cumhuriyet* waren zuvor in einem Prozess im Frühjahr 2015 der Spionage und des Verrates angeklagt und verurteilt worden, nachdem sie über türkische Waffenlieferungen an Extremisten in Syrien berichtet hatten.

VERFASSUNGSGERICHT ERKLÄRT SICH FÜR NICHT ZUSTÄNDIG

In der Türkei schützt sowohl die Indemnität (Redefreiheit) als auch die Immunität die Parlamentarier vor juristischer Willkür und garantiert die Funktionsfähigkeit des Parlamentes – sie entspricht damit in etwa den Regeln europäischer Länder. Auch in der Türkei wird zwischen Indemnität, dem Recht auf freie Rede im Parlament, und der Immunität, die den Parlamentarier für die Dauer seines Mandates vor Strafverfolgung schützt, unterschieden. Von Ausnahmen abgesehen, kann die Immunität in der Türkei nur durch Parlamentsbeschluss aufgehoben werden; dies gilt auch dann, wenn der Abgeordnete aus freien Stücken sein Mandat zurückgeben möchte. Artikel 83 Absatz 2 der türkischen Verfassung besagt: „Ein Abgeordneter, der verdächtigt wird, vor oder nach der Wahl eine Straftat begangen zu haben, darf ohne Beschluss der Nationalversammlung nicht festgehalten, verhört, verhaftet oder einem Strafverfahren ausgesetzt werden.“³ Die betreffende Verfassungsänderung hebt die Immunität temporär für all jene Mitglieder der TBMM aus, für die zum Datum der Verabschiedung beim Justizministerium, Parlament, Ministerpräsidentenamt und beim zuständigen Parlamentsausschuss Anträge der Justiz zur Aufhebung der Immunität vorlagen. Innerhalb von fünfzehn Tagen nach Inkrafttreten wurden alle Anträge an die zuständigen Staatsanwaltschaften zurückgesandt.⁴

In der Geschäftsordnung des TBMM ist der übliche Prozess der Immunitätsenthebung geregelt. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsanträge werden von Justizministerium und Ministerpräsidentenamt mit einem Antrag auf Immunitätsaufhebung (*tezkere*) versehen und an das Parlamentspräsidium übermittelt. Im Parlament beschäftigt sich unter anderem ein Ausschuss mit derartigen Anträgen. Durch Vorausschüsse und Anhörungen der betroffenen Abgeordneten sowie Anhörungen im Plenum sind die Prozesse sehr zeitaufwendig. Neben dem Hauptmotiv der AKP, die Immunität der betroffenen Abgeordneten „in einem Aufwasch“ aufzuheben, galt es, eine Blockade des Parlamentes zu verhindern.

Türkische Verfassungsrechtler verweisen darauf, dass die Immunität in der Türkei sogar weitergehend geregelt ist als in Europa.⁵ Betroffene Abgeordnete können nach Artikel 85 der türkischen Verfassung innerhalb von sieben Tagen beim türkischen Verfassungsgericht (*T. C. Anayasa Mahkemesi*) eine Klage einreichen. Davon haben siebzig Abgeordnete der HDP und der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) Gebrauch gemacht. Das türkische Verfassungsgericht hat die Klage am 3. Juni 2016 einstimmig zurückgewiesen – mit der Begründung, dass das Gericht nur eine formalrechtliche Prüfung vornehmen könne und keine inhaltliche; formalrechtlich lägen keine Verstöße gegen geltendes Gesetz vor.⁶ Kritik erntete AKP-Justizminister Bekir Bozdağ, der im Vorfeld aussagte, man müsse kein Jurist sein, um zu erkennen, dass das Verfassungsgericht bei solch einer Anfrage gar nicht zuständig sei.

UMFASSENDE VORWÜRFE AUCH GEGEN AKP-MINISTER

Der Umfang des Vorganges ist beispiellos: Zum Zeitpunkt der Abstimmung am 20. Mai waren bereits 138 Abgeordnete von der Verfassungsänderung betroffen, gegen die insgesamt 667 juristische Ermittlungsanträge beim zuständigen Parlamentsausschuss vorlagen; weitere 132 beim Justizministerium anhängige Akten kommen hinzu und ergeben inzwischen die bereits erwähnten 799 Ermittlungsanträge. In der gesamten Geschichte des türkischen Parlamentarismus seit Gründung der Republik 1923 wurde bisher nur 40 Abgeordneten die Immunität entzogen! Betroffen vom Entzug der Immunität sind 51 Abgeordnete der CHP, fünfzig Abgeordnete der HDP, 27 der AKP, neun der Nationalen Bewegungspartei (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) und eine Unabhängige. Darunter befinden sich die Parteivorsitzenden der CHP Kemal Kılıçdaroğlu, der MHP Devlet Bahçeli und die HDP-Co-Vorsitzenden Figen Yüksekdağ Şenoğlu und Selahattin Demirtaş, gegen den allein über siebzig Ermittlungsanträge vorliegen. Die beiden HDP-Vorsitzenden wurden Ende Juni von der Staatsanwaltschaft der Republik vorgeladen. Auch die Immunität der drei AKP-Minister Naci Ağbal (Finanzen), Veysel Eroğlu (Wald und Wasser) und İsmet Yılmaz (Verteidigung) wurde aufgehoben.

In der ersten Lesung zur Verfassungsänderung hat Justizminister Bekir Bozdağ einige Angaben zur Natur der Ermittlungsanträge gemacht. Demnach beinhaltet etwa ein Drittel der Ermittlungsgesuche Vorwürfe der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, ein Drittel sind Beleidigungsdelikte und das übrige Drittel besteht unter anderem aus behaupteten Verstößen gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Verherrlichung von Vergehen und Straftätern und Anstiftung zu Hass und Feindschaft des Volkes. Gegen HDP-Politiker sind überwiegend Vorwürfe im Rahmen der

Anti-Terrorgesetze und gegen CHP-Abgeordnete sehr viele Beleidigungs- und Verleumdungsklagen gerichtet.

Unter den 376 Ja-Stimmen im geheimen Votum müssen mindestens zwanzig CHP-Abgeordnete sein, wenn man annimmt, dass alle 316 Abgeordneten der AKP und die vierzig der MHP für die Regierungsvorlage und alle 59 HDP-Abgeordneten dagegengestimmt haben. 140 Abgeordnete stimmten mit Nein, und weitere Stimmen waren ungültig. Alle Parteien haben in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen für eine Neuregelung der bestehenden Immunitätsregelung plädiert. Bisher hatte sich meist die AKP dagegen ausgesprochen, weil sie ihre eigenen Politiker schützen wollte.

Die CHP hat einen Passus zu einer generellen Aufhebung der Immunität und eine Regelung wie in den angelsächsischen Ländern sogar ins Parteiprogramm aufgenommen. Man wehrte sich in dieser Partei aber gegen den Zeitpunkt und gegen die temporäre Aussetzung. Ein CHP-Sprecher machte mit dem Hinweis auf die vielen betroffenen CHP-Abgeordneten deutlich, dass die Verfassungsänderung nicht allein gegen die HDP gerichtet sei; im Übrigen vertraue die CHP der unabhängigen türkischen Justiz. Genau dieses Vertrauen habe die HDP leider nicht, so Demirtaş. Die HDP habe immer für eine Beschränkung der umfangreichen Immunitäten plädiert, und jeder solle sich vor Gericht für seine Straftaten verantworten. Das solle jedoch nur gelten, wenn wirkliche Vorwürfe bestünden, wie Bestechung, Manipulationen und Amtsmissbrauch, und nicht, wenn ein Abgeordneter seine Gedanken frei äußere. Auch die MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) forderte schon seit Längerem eine generelle Aufhebung der Immunitäten und präferiert einen sehr umfassenden Ansatz, sodass sich auch ehemalige Minister und hohe Bürokraten bei Amtsmissbrauch vor Gericht verantworten müssten.

Zur Begründung ihres jetzigen Vorstoßes und um den Vorwurf einer politischen Instrumentalisierung gegen die HDP zurückzuweisen, argumentiert die AKP, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung einen Teilentzug der Immunität einzelner Parteien verbiete: Wenn man eine Verfassungsänderung anstrebe, dann müssten alle Abgeordneten gleichermaßen davon betroffen sein. Zudem wolle die AKP eine Wiederholung eines ähnlich schwerwiegenden innenpolitischen Prozesses wie 1994, als sieben Abgeordneten der prokurdischen Demokratiepartei (*Demokrasi Partisi*, DEP) die Immunität entzogen wurde, ebenso verhindern wie eine Blockade des türkischen Parlamentes.

GEFÄHRLICHE EUPHORIE

Die HDP ist zwar das zivile Sprachrohr der Kurdenbewegung, wird jedoch von vielen türkischen Bürgern – auch Experten – in der nationalistisch aufgeheizten Debatte beschuldigt, als politischer Arm der PKK zu fungieren. Auch wenn HDP-Politiker sich vom Terror der PKK distanzieren, sympathisieren

viele Anhänger der HDP zugleich mit der PKK. Der Antagonismus zwischen Legalisierung der PKK und Kriminalisierung der HDP ist ein zentrales Dilemma der türkischen Innenpolitik. Die HDP hat sich bisher als legale politische Kraft der Kurdenbewegung nicht vollständig von deren militantem Arm lösen und emanzipieren können. Diese Problematik zeigt sich sogar innerhalb einzelner Familien; während der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş den politischen Weg einschlug, hat sich sein Bruder für die PKK entschieden.

Zudem verdankt die HDP ihre politische Bewegungsfreiheit in den letzten drei Jahren dem durch die Regierung initiierten Aussöhnungsprozess mit den Kurden. Die HDP trat bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 als multiethnische Partei auf, die sich um alle unterdrückten Minderheiten kümmern wolle. Der Wahlerfolg von dreizehn Prozent der Stimmen bestätigte diesen Kurs, und sie wurde auch von vielen Türken aus dem linken Spektrum gewählt. Beobachter sind sich einig, dass sie die so gewonnene Bewegungsfreiheit leider nicht genutzt und den Wandel von einer reinen Kurdenpartei zu einer Türkeipartei nicht erfolgreich umgesetzt hat.

Die Gründe hierfür liegen in den außenpolitischen Entwicklungen in Nordsyrien. Aufgrund der Verteidigung der Stadt Kobane nahe der syrisch-türkischen Grenze und seitdem kurdische Kämpfer in Syrien und Nordirak als Verbündete der USA im Kampf gegen den IS stehen, kam es zu einem Bedeutungszuwachs und zu einer größeren Wertschätzung der Kurden und deren Selbstbestimmungswünschen in der Weltöffentlichkeit. Diese Dynamik und die Legalisierung der kurdischen Bewegung haben auch die PKK in Euphorie versetzt und deren Sezessions- und Autonomiebestrebungen neuen Aufschwung verliehen. So erweiterte sich das Dilemma: Größere politische Relevanz und Freiheit der Kurden in Nordsyrien hatten eine destabilisierende Wirkung auf die Türkei.

VERSCHÄRFTES INNENPOLITISCHES KLIMA

In einer Zwangslage befindet sich auch der innenpolitische Machtkampf um die Einführung des Präsidialsystems. Präsident Erdoğan betreibt Wahlkampf für die AKP und mischt sich aktiv in die Politik ein; die Opposition scheint er so vor vollendete Tatsachen stellen zu wollen, befindet sich damit aber am Rande des Verfassungsbruchs. Die Totalverweigerung der Opposition, bei der Gestaltung eines Präsidialsystems mitzuwirken, sorgt für eine politische Patt-situation und könnte dazu führen, dass Erdoğan sozusagen über Nacht per Volksentscheid ein Präsidialsystem nach seinem Gusto einführt. Dann müssen sich die Oppositionsparteien fragen lassen, warum sie sich nicht auf das Machbare, das heißt auf die Umsetzung eines gut ausgewichteten Präsidialsystems mit allen Checks und Balances, konzentriert haben.

Leider scheint sich das innenpolitische Klima in den nächsten Wochen und Monaten auch in dieser Frage noch weiter zu verschärfen. Bilder von Festnahmen und der Untersuchungshaft türkischer Parlamentarier werden in den europäischen und insbesondere deutschen Medien für weiteren Diskussionsstoff sorgen. Die problematischen deutsch-türkischen Beziehungen werden weiter belastet, weil Aussagen von deutschen Politikern zur Festnahme von HDP-Abgeordneten als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei bewertet werden.

Die türkischen Reaktionen zur Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages aus der Politik oder aus der Zivilgesellschaft und die in diesem Zusammenhang geäußerten abstrusen Vorwürfe und Beschuldigungen von türkischer Seite zeigen, in welcher Gefühlslage sich die Türkei aktuell befindet. Problematisch ist dabei, dass sowohl die Armenier-Frage als auch die Debatte um die Aufhebung der Immunität in der Türkei nicht dazu geeignet ist, die AKP oder Erdoğan zu isolieren. Die Positionen des Präsidenten zu beiden Themen werden in einem breiten Konsens von der Öffentlichkeit getragen; kurzfristig wird diese Kontroverse die AKP und Präsident Erdoğan daher innenpolitisch stärken.

¹ Die 10-Punkte-Übereinkunft von Dolmabahçe (*Dolmabahçe Mutabakatı*) beinhaltet u. a. Neudefinitionen von Demokratie, den verfassungsrechtlichen Sicherheiten, der Stellung der Frau, kulturellen Identitäten und Pluralismus im Rahmen einer neuen, alle Minderheiten berücksichtigenden Verfassung.

² Finale Version des EU-Fortschrittsberichts zur Türkei vom 10.11.2015, S. 14, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2015/20151110_report_turkey.pdf (Aufruf: 14.06.2016).

³ Zitiert nach der Übersetzung von Prof. Dr. Christian Rumpf: Die Verfassung der Republik Türkei, Stand: 01.04.2016, S. 25.

⁴ Türkischer Staatsanzeiger (*Resmî Gazete*), Ausgabe Nr. 29736 vom 08.06.2016, <http://www.resmigazete.gov.tr/main.aspx?home=http://www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2016/06/20160608.htm&main=http://www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2016/06/20160608.htm> (Aufruf: 10.06.2016).

⁵ Prof. Dr. Ergün Özbudun von der Bilkent-Universität in Ankara war der Vorsitzende einer sechsköpfigen Expertenkommission, die im Jahre 2007 auf Wunsch der AKP und des damaligen Ministerpräsidenten Erdoğan einen Entwurf für eine neue Verfassung mit Alternativvorschlägen zu einzelnen Artikeln ausgearbeitet hatte. Rechtliche Merkmale und Unterschiede der Indemnität und Immunität (*yasama sorumsuzluğu ve yasama dokunulmazlığı: hukuki mahiyetleri ve farkları*), erschienen in der Zeitschrift des Verbandes der türkischen Anwaltskammern: TBB Dergisi, Nr. 59, Ankara 2005, (109–115) S. 113.

⁶ Türkischer Staatsanzeiger (*Resmî Gazete*), Ausgabe 29737 vom 09.06. 2016, <http://www.resmigazete.gov.tr/main.aspx?home=http://www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2016/06/20160609.htm&main=http://www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2016/06/20160609.htm> (Aufruf: 12.06.2016).

Kurdische Visionen

Die Zwillingenbrüder PKK und PYD (YPG)

HÜSEYİN BAĞCI

Geboren 1959 in Uzunköprü (Provinz Edirne, Türkei), Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor für Internationale Beziehungen an der Middle East Technical University, Ankara (Türkei).

HASAN HILMI GÜLLÜ

Geboren 1977 in Palu (Türkei), promoviert zur türkischen Innen- und Außenpolitik, ethnisch und religiös geprägtem Terrorismus und regionaler Sicherheitspolitik an der Middle East Technical University, Ankara (Türkei).

Nachdem die Verhandlungen im Lösungsprozess kurz vor den türkischen Parlamentswahlen im Juni 2015 gescheitert waren, öffnete die Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan*, PKK) die Büchse der Pandora: Die Kampagne der „Demokratischen Partei der Völker“ (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP) gegen das Bestreben des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, ein Präsidialsystem einzuführen, führte zu einem militärischen Angriff der Regierung auf die PKK. Nach den Neuwahlen im November 2015 lieferte die PKK der türkischen Regierung den Anlass, indem sie zwei Polizisten in ihren Wohnungen im Schlaf erschoss.

Die Regierung entsandte SWAT-Einheiten der Polizei, Kommandos der Streitkräfte und Panzereinheiten in Städte und Bezirke wie Sur in Diyarbakır, Cizre und Nusaybin, in denen die PKK Munition gehortet, Gräben ausgehoben, Minen gelegt und damit ein Schlachtfeld für einen erbitterten Häuserkampf geschaffen hatte. Die Veteranen der PKK stellten in diesen Städten Kämpfergruppen auf, bildeten und rüsteten sie aus. Die zögerliche Haltung der Regierung gegenüber diesen kriminellen und terroristischen Aktivitäten forcierte das Geschehen. Als die Zusammenstöße begannen, zahlte sich diese Vorbereitung sowie die im Kampf von Kobane von dem Islamischen Staat (IS) übernommene Taktik und Technik aus, sodass die PKK/YDG-H der türkischen Polizei und den Streitkräften, die keine Erfahrungen im Häuserkampf hatten, ernsthafte Verluste zufügen konnten.

Als jedoch türkische Sondereinsatzkräfte in den Städten aktiv wurden, erlitten die Mitglieder der PKK/YDG-H schwere Verluste und verloren die Kontrolle über die Städte und Bezirke. Die PKK veranlasste ortsansässige Kurden dazu, ihre Häuser zu verlassen, die dann von den Kämpfern als Bunker und Kampfgruben verwendet und letztendlich zerstört wurden. In der Folge wendeten sich die Anwohner, die die PKK zuvor lange unterstützt hatten, von ihr ab. Die PKK verlor die Unterstützung der Bevölkerung, die so in ihrem eigenen Heimatland zur Flucht gezwungen wurde.

„ZÜNGLEIN AN DER WAAGE“

Der Aufstand in Syrien 2011 und der darauffolgende Bürgerkrieg schufen die Grundlage für eine weitreichende Änderung der kurdischen Politik und Gesellschaft in Syrien. Nachdem die PKK 1998 aus Syrien vertrieben worden war, gründeten frühere Parteimitglieder 2003 die „Demokratische Unionspartei“ (*Partiya Yekitiya Demokrat*, PYD). Die PYD ist ideologisch, organisatorisch und militärisch mit der PKK verbunden. Zuerst tauchte sie in Syrien als Stellvertreterin der PKK mit begrenztem Rückhalt in der Gesellschaft auf. Sie operierte im Geheimen und postierte die meisten ihrer Kämpfer außer Landes (ICG, 2014:5). Die PYD leugnet zwar, ein Zweig dieser Gruppe zu sein, aber sie gehört der „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (*Koma Civakên Kurdistan*, KCK) an, einer Dachorganisation mit derselben Führung und denselben Statuten wie die PKK (ICG, 2013:8). Dank ihrer Verbindung zur PKK verfügt die PYD auch über eine eigene Ideologie sowie Zugang zu Ausbildung, Kämpfern und Waffen. Im Sommer 2012, als Syrien in streitende Splittergruppen und Machtbereiche zerfiel, unternahm die PYD große Anstrengungen, sich die Kontrolle über drei Gebiete mit hauptsächlich kurdischer Bevölkerung im Norden des Landes zu sichern: Jazira, Kobane und Afrin (Güneş, Lowe, 2015:4).

Obwohl die PYD über eine effektive, breite Basis verfügt, ist ihr Einfluss in Afrin, Kobane, Derik und Ra's al-'Ain (kurdisch: Serê Kaniyê) am größten. In diesen Gebieten hat die PYD schon lange die Kontrolle über die Straßen. Auch hat sich herausgestellt, dass die PYD im Hinblick auf die Proteste in Syrien ein doppeltes Spiel spielt. Als die Proteste begannen, war die Haltung der Partei eher pro Assad; danach orientierte sie sich politisch in beide Richtungen. Andererseits mischte sich die PYD in die Protestdemonstrationen anderer Parteien ein und wendete Gewalt an, um die Demonstranten zu überzeugen. So sollte verhindert werden, dass sich in den Gebieten, in denen die PYD die Kontrolle ausübt oder über Einfluss verfügt, andere kurdische Parteien gegen das Assad-Regime organisieren konnten.

FORDERUNGEN DER PYD

Die Ansichten der Partei lassen sich in zwei Forderungen zusammenfassen:

- demokratische Autonomie in kurdischen Gebieten ohne Regimewechsel,
- Selbstbestimmung für die Kurden in Syrien und Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage der Demokratisierung (ORSAM, 2012:24).

Als sich das Assad-Regime im Juli 2012 aus den kurdischen Gebieten in Nordsyrien zurückzog, war die PYD dank des Zusammenhalts ihrer Institutionen in der Lage, das Machtvakuum auszufüllen. Während der folgenden Monate profitierte sie von der wachsenden Schwäche des Regimes und der Fragmentierung der bewaffneten Opposition. Mit dem Regime ging sie Kompromisse ein, und ihr Kampf gegen die extremsten Elemente der Opposition verschaffte ihr Legitimität unter den syrischen Kurden (ICG, 2014:5).

Als im November 2013 der Name „Rojava“ („Westen“) als Kollektivbezeichnung für Westkurdistan eingeführt wurde, hatte sich der bewaffnete Flügel der PYD, die „Volksverteidigungseinheiten“ (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG), bereits als beherrschende militärische Kraft in fast allen von Kurden bevölkerten Gebieten in den Provinzen Hasakah, Raqqa und Aleppo etabliert. Die PYD übernahm de facto die Regierungsgewalt und leitete eine Übergangsregierung in dem Gebiet, das sie und die Kurden im Allgemeinen als Rojava (Westkurdistan) bezeichnen. Dazu gehören drei nicht benachbarte Enklaven: Afrin, Kobane (Ain al-Arab) und Cezire (die Region al-Jazira in der Provinz Hasakah). Die PYD sorgt mit ihren Militär- und Polizeikräften für Sicherheit, unterhält Gerichte und Gefängnisse und verteilt humanitäre Hilfe.

Am 30. Januar 2014 rief die PYD die Autonomie in Rojava (Acun, Keskin, 2016:17) aus. Nach der Erklärung der Autonomie hielt die PYD Wahlen zu den örtlichen Versammlungen ab. Zwar betont die PYD ihre Verpflichtung zum politischen Pluralismus und zu Vereinbarungen mit anderen kurdischen Parteien, aber es ist klar, dass die PYD in Rojava mit einer autonomen Regierung experimentiert (Güneş, Lowe, 2015:5).

ORGANISCHE VERBINDUNGEN

Die organische Beziehung zwischen der PYD und der PKK ist aufgrund der identischen Strukturen offensichtlich. Zwar behauptet die PYD, die PKK inspiriere sie ideologisch, unterstütze sie aber nicht materiell; trotzdem bestehen scheinbar gerechtfertigte politische und militärische Verbindungen. Die ideologische Bindung wird allein schon aus der Mitgliedschaft der PYD in der „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (*Koma Civakên Kurdistan*, KCK) deutlich. Alle KCK-Parteien operieren unter der Führung Öcalans und sind seinem ideologischen Programm verpflichtet. In der Praxis wird der bekanntere Name PKK oft synonym mit KCK verwendet. Militärisch ist die YPG der PKK-Führung in Qandil unterstellt; in den Anfängen des Aufstandes in Syrien wurde die Führung der YPG von syrischen PKK-Kämpfern dominiert, die in diesem Stützpunkt ausgebildet wurden. In dem Maße, in dem die YPG ihre Kontrolle über Nordsyrien ausweitete und immer öfter mit Rebellen- und Jihadi-Gruppen zusammenstieß, stieg die Zahl der PKK-Angehörigen, zu denen auch Nichtsyrier gehörten. Es heißt, PKK-Kämpfer hätten Bataillone der YPG befehligt, eine führende Rolle bei strategischen Entscheidungen gespielt und die ideologische und militärische Ausbildung von Rekruten geleitet (ICG, 2014:9).

Der bewaffnete Arm der PYD, die „Volksverteidigungseinheiten“ (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG), wurde von der PKK in ihrem Hauptquartier im Qandil-Gebirge im Nordirak ausgebildet. Laut einem Interview, das die *International Crisis Group* (ICG) in Erbil mit einem der PYD nahestehenden Funktionär durchführte, entsandte die PKK im April 2011 1.000 bewaffnete Kämpfer, um den militärischen Flügel der PYD, die YPG, aufzubauen. Im einem weiteren Interview behauptete ein kurdischer Analytiker, die PKK habe als Teil einer Vereinbarung mit Iran 500 PKK-Kämpfer aus Qandil nach Syrien entsandt, wobei die Iraner Druck auf die PKK ausgeübt hätten, noch mehr Kämpfer aus Qandil zu entsenden (ICG, 2013:9).

Im Licht dieser Tatsachen kann man feststellen, dass die PKK nicht nur der Zwillingsbruder der YPG ist, sondern auch ihren bewaffneten Flügel gegründet hat, indem sie den Kader der YPG bei deren Entstehen aus ihren eigenen Kämpfern aufbaute.

KOBANE: EINE TRÜGERISCHE HOFFNUNG

Der bedeutendste Wendepunkt in der Geschichte der YPG, der Kampf um Kobane, ereignete sich im dritten Quartal 2014. Die PKK/YPG und der „Islamische Staat“ (IS) trafen zum ersten Mal Anfang Januar 2014 aufeinander. Nach Zusammenstößen mit syrischen Oppositionskämpfern besetzte der IS Gebiete, die sich von Raqqa, Hasakah und einem Teil von Aleppo nordostwärts

in Richtung der türkischen Grenze erstreckten und kurdisches Gebiet erreichten. Im Januar 2014 griff der IS eine Stellung der YPG in Hasakah an, wobei die YPG Verluste erlitt, aber den IS in der Stadt Manajir (Acun, Öner, 2014:7) aufhalten konnte. Beim weiteren Vorrücken des IS verlagerten sich die Zusammenstöße auf die von Kurden bewohnte Stadt Ain al-Arab, die nahe der türkischen Stadt Suruç liegt. Ende September 2014 belagerte der IS die unter türkischer Kontrolle stehende Provinz Ain al-Arab an der Grenze zwischen der Türkei und Syrien im Rahmen seiner militärischen Offensive gegen die kurdischen Streitkräfte der PKK/YPG in anderen Teilen Nordsyriens, die unter dem Namen Rojava bekannt sind. Unter Einsatz erfahrener Truppen, die sich kurz zuvor aus der Türkei zurückgezogen hatten, versuchte die als YPG auftretende PKK, der Offensive des IS entgegenzutreten; sie verfügte jedoch nicht über die militärischen Kenntnisse und Möglichkeiten, die erforderlich gewesen wären, um das effizienteste und komplexeste kämpferische Phänomen der Neuzeit aufzuhalten. Die Belagerung wurde zu einem staatenbildenden historischen Ereignis und machte Ain al-Arab unter seinem neuen kurdischen Namen, Kobane, zur Ikone.

Der intelligenteste Schachzug der PKK/YPG während der Zusammenstöße war der Gegenangriff gegen den IS in den Bergen des Dschabal Sindschar, um den Fall der Dörfer der Jesiden zu verhindern, die von der religiösen Minderheit im Nordirak bewohnt werden. Als der IS ihr Land angriff, konnte es keinen Zweifel daran geben, dass die Offensive zu einem massiven Gemetzel an den Jesiden führen würde. Da die nordirakischen Peschmerga die Jesiden nicht schützten und die Provinz Sindschar räumten, nachdem sie vom Vormarsch des IS gehört hatten, kämpfte die PKK/YPG gegen den IS, bis sich dessen Einheiten zurückzogen. Die Rettung der Jesiden machte die PKK zum „Oskar Schindler des Nahen Ostens“ und verhalf der Organisation bei den westlichen Demokratien zu größtmöglicher Legitimität, die der PKK bislang gefehlt und nach der sie jahrzehntelang gestrebt hatte.

Nach der erfolgreichen Rettung der Jesiden entschloss sich die amerikanische Regierung, mehr als 600 operative Luftschläge durchzuführen. Dabei wurden die Bodenziele vom Kommando für Spezialoperationen der Vereinigten Staaten (*US Special Operations Command*, SOCOM) bestimmt, das mit der PKK/YPG in Kobane zusammenarbeitete. Das Ergebnis war eine klare Niederlage und der Rückzug des IS. Diese militärische Leistung hat das Selbstvertrauen der PKK/YPG erheblich gestärkt und stellt eine Gründungsgeschichte dar, die nachfolgenden Generationen als Symbol einer möglichen Staatsgründung überliefert werden wird.

Durch ihre Bereitschaft, im Kampf gegen den IS zu sterben, bot sich der PKK/YPG die einmalige Gelegenheit, die Türkei als Bündnispartner des Westens im Krieg gegen den IS zu ersetzen und so zu einem neuen strategischen Partner des Westens zu werden, was ihr dabei helfen würde, sich in

absehbarer Zukunft zu einer legitimen und handlungsfähigen Streitkraft aller kurdischen Gemeinwesen im Nordirak und in Nordsyrien zu entwickeln.

Die PKK/YPG fand einen weiteren Verbündeten, als die Luftwaffe Russlands in den Syrienkonflikt eingriff. Dies erweckte jedoch die trügerische Hoffnung der PKK/YPG, ihre Macht überdehnen und ihre Ansprüche überreiben zu können. Um ihre territorialen Ziele zu erreichen, begann die PKK/YPG ein Spiel mit beiden Mächten: den USA und Russland. Aus russischer Sicht war dies ein kühner, ermutigender Schachzug, der jedoch offensichtlich nicht intelligent war. Die PKK/YPG begann bald, beide Seiten gegeneinander auszuspielen, was die USA dazu veranlasste, die PKK/YPG als nicht voll vertrauenswürdig einzustufen.

VERSTÖSSE GEGEN DAS VÖLKERRECHT?

In einem Bericht von Amnesty International Ende 2015 wird der PYD vorgeworfen, Anwohner widerrechtlich vertrieben und ihre Heimstätten abgerissen zu haben, um Raum für die kurdische Bevölkerung zu schaffen. Die Menschenrechtsorganisation hat eine Reihe von Übergriffen dokumentiert, die von den Sicherheitskräften der autonomen Verwaltung in Gebieten Nordsyriens begangen wurden, welche unter ihrer Kontrolle standen. Zu diesen Übergriffen zählen Zwangsvertreibung, der Abriss von Wohnungen und die Beschlagnahme und Zerstörung von Eigentum. In manchen Fällen wurden ganze Dörfer zerstört, offenbar als Vergeltung für die vermeintliche Unterstützung des IS sowie anderer bewaffneter nichtstaatlicher Gruppen durch die arabischen oder turkmenischen Anwohner.

Besagte autonome Verwaltung wird seit Januar 2014 von der PYD geführt. Amnesty International hat in nordsyrischen Gebieten nachgeforscht, die unter der Kontrolle der autonomen Verwaltung stehen. Dabei wurden vierzehn Städte und Dörfer in den Gouvernements al-Hasakeh und al-Raqqa besucht und von den Sicherheitskräften der autonomen Verwaltung begangene Übergriffe festgestellt. Im Juli und August 2015 untersuchte Amnesty International die Zwangsvertreibung der Bewohner von zehn Dörfern und Städten in Gebieten unter der Kontrolle der autonomen Verwaltung: die Stadt Suluk und die umgebenden Dörfer, nämlich al-Ghbein, Ranin, Hammam al-Turkman, al-Maghat, Mela Berho und Asaylem, die Dörfer Abdi Koy und Tel Fweida in Tel Abyad und Tel Tamr und Husseiniya in Tel Hamis (Amnesty International, 2015:5).

Die Erkenntnisse von Amnesty International zeigen grundlegende Verstöße gegen die Bestimmungen des Völkerrechts, die die Zwangsvertreibung verbieten. Die Handlungen der PYD sind strafbare Verstöße gegen Artikel 6 des Nürnberger IMT-Statuts, Artikel 45, 49 und 147 der vierten

Genfer Konvention, Artikel 3(1) des vierten Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention von 1963, Artikel 13 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte von 1966 und Artikel 22(5) der amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1969.

VERSPIELTER FRIEDEN

Der Versuch der PYD, eine Version der politischen Vision der PKK in einem weiten Landstrich Syriens umzusetzen, ist bisher einmalig. Als eine seit ihrer Gründung im Verborgenen operierende Bewegung hatte sie nie zuvor die Möglichkeit, zu regieren. Ihre Vision ist jedoch eher vage, und der Übergang von der Theorie zur Praxis war chaotisch. Laut PYD besteht ihre Mission darin, die Gesellschaft als Ganzes zu reformieren und individuelle und kollektive Freiheiten zu fördern, einschließlich des Rechts zur freien Meinungsäußerung, der Gleichstellung der Geschlechter und der Achtung ethnischer und religiöser Identitäten (ICG, 2014:19). Angesichts ihrer Erfahrungen in der Türkei kann die PYD jedoch nicht erklären, wie sie als Ableger einer streng totalitären Führerpartei die Demokratie verwirklichen will.

Anscheinend haben die Kurden in der Region ihre große Chance verpasst. Sie hätten die Gelegenheit haben können, sich zu einer souveränen Macht zu entwickeln, aber der Weg zum Erfolg wurde ihnen von ihrem übermäßigen Ehrgeiz und ihren unrealistischen territorialen Zielsetzungen versperrt. Außerdem könnte die widerrechtliche Vertreibung der Bevölkerung aus den von ihnen übernommenen Ländereien in Zukunft sogar dazu führen, dass ihnen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Das Fazit ist, dass die Kurden die beste in der politischen Geschichte der Türkei bislang bestehende Gelegenheit zur Lösung der kurdischen Frage dadurch verspielt haben, dass sie sich in Syrien zu sehr auf ausländische Mächte verließen, für die es einfach war, die Kurden im Stich zu lassen, wenn ihre Dienste nicht mehr benötigt wurden. Mittel- und langfristig wird die Kurdenbewegung vermutlich eine Rückkehr zum Lösungsprozess anstreben; das wird aber nicht einfach sein, weil nach zwei tödlichen Selbstmordanschlägen innerhalb der letzten zwei Monate, bei denen 66 Zivilisten in Ankara getötet wurden, zu viel Blut an ihren Händen klebt. Die regionalen und globalen Auswirkungen der Ereignisse des letzten Jahres in der Türkei waren für die westlichen Mächte der Beweis, dass die Stabilität der Türkei für die Sicherheit und Stabilität Europas im Allgemeinen unabdingbar ist. Der Kampf der Türkei gegen den Terror der PKK wird auch nach weiteren Bombenanschlägen nicht enden. Zumindest beherrscht diese Ansicht das Denken sowohl der türkischen Regierung als auch des türkischen Volkes.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Gernersheim

Kein Land so ungleich wie Deutschland?

Marcel Fratzschers Buch bietet nur eine verkürzte Argumentation

WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Marcel Fratzscher: Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, Hanser Verlag, München 2016, 264 Seiten, 19,90 Euro.

Zurzeit tobt in den Feuilletons die Debatte um die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der deutschen Gesellschaft. Befeuert wird dies durch den Hand-

lungsbedarf bei der Erbschaftssteuer, der Neuregelung der privaten Vorsorge oder der ins Auge gefassten Abschaffung der Abgeltungssteuer, um nur einige der politischen Baustellen zu nennen. Auch durch internationale Einflüsse wird die Diskussion angeheizt: Obwohl Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ massiv fehlerbehaftet ist, dient die Analyse des Pariser Ökonomen vor allem der linken Seite des politischen Spektrums als wissenschaftlicher Beleg für eine angeblich gesetzmäßig zunehmende Ungleichheit. Zugrunde liegen all dem die Meldungen über exorbitante Managergehälter, absinkende Mittelschichteinkommen und demografisch

verdüsterte Rentenprognosen, die in den westlichen Gesellschaften ein tiefes Unbehagen angesichts der eigenen Zukunftsaussichten hinterlassen haben.

In diesen Diskurs will Marcel Fratzscher, der gegenwärtige Präsident des Berliner Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), eingreifen. Fratzscher konstatiert einen – wenn er denn so tatsächlich zutreffen würde – bedrohlichen Dreiklang: „In kaum einem Industrieland der Welt sind vor allem Chancen, aber auch zunehmend Vermögen und Einkommen ungleicher verteilt als in Deutschland“ (S. 9). Der eigentliche Titel des Buches – „Verteilungskampf“ – wird kaum thematisiert, 239 Textseiten handeln von Ungleichheit. Das Buch ist mit vielen Vorschusslorbeeren aufgenommen worden, Sigmar Gabriel und die SPD fühlen sich bestätigt. Grund genug, zu fragen, wie wissenschaftlich solide Fratzschers Argumentation ist.

RENTEN- UND PENSIONS-LEISTUNGEN ZU WENIG BERÜCKSICHTIGT

Der Versuch, die Debatten mit konkreten Daten zu unterfüttern und politische Handlungsalternativen an wirtschaftliche Prognosen zurückzukoppeln, ist durchaus zu begrüßen. Hier liegt zweifellos die Stärke des Buches: Fratzscher leistet eine umfangreiche Kompilation bisheriger Forschungsergebnisse, liefert eine Menge interessanter Grafiken und hat viele wesentliche Vermögensstudien der letzten Jahre berücksichtigt. Dass sich der Autor stark auf Studien des DIW stützt, verwundert nicht. Dagegen wäre prinzipiell

nichts einzuwenden – natürlich kann man die Forschungskompetenz der eigenen Institution nutzen, und selbstverständlich ist bei einem solch komplexen Thema wie der Vermögensverteilung ein Forscher auf die Berücksichtigung fremder Forschungsergebnisse angewiesen. Dass dabei die gegenläufigen Ergebnisse anderer Forschungsinstitute weitgehend ausgespart bleiben, mindert den Wert von Fratzschers Schlussfolgerungen aber erheblich.

Anhand der Debatte um die Bewertung von Privatvermögen wird das deutlich. Dafür ein konkretes Beispiel: Ein fiktiver ehemaliger Beamter mit einer zu versteuernden Pension von 2.000 Euro im Monat verfügt über keinerlei weiteres Vermögen. Ein ehemaliger Selbstständiger, der 2.000 Euro Bruttomieteinnahmen im Monat erzielen will, müsste zurzeit fast eine Million Euro in Immobilien anlegen, um auf dieselben monatlichen Einnahmen zu kommen. Statistisch ist er dann aber Vermögensmillionär, während der fiktive Pensionär als Habenichts erscheint – obwohl beide über dasselbe Einkommen verfügen. Natürlich kann der Pensionsanspruch nicht in derselben Höhe bilanziert werden wie das Immobilienvermögen, denn Letzteres lässt sich beispielsweise vererben; deutlich wird aber, dass die Pension einen beträchtlichen Wert darstellt. Die beklagte Vermögenslosigkeit der Deutschen beruht zu einem Gutteil auf der ungenügenden statistischen Berücksichtigung des Gegenwerts der Renten- und Pensionsleistungen in Deutschland, der umso höher anzusetzen ist, je weniger eine entsprechende Rendite am Kapitalmarkt zu erzielen ist. Fratzscher versucht, die methodisch sehr komplexe Anrechnung der Renten- und Pensionsleistungen in ihrer Bedeutung herunterzuspielen

(etwa S. 216 f.), da sie seine Schlussfolgerungen partiell entwertet. Die von Fratzscher konstatierte ungleiche Vermögensverteilung und (im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften) geringen deutschen Durchschnittsvermögen relativieren sich eben teilweise, wenn man die Renten- und Pensionsansprüche mitbilanziert. Hier rächt sich die wissenschaftliche Einäugigkeit, mit der Fratzscher etwa die KAS-Vermögensstudie von Christian Arndt (*Das Vermögen der mittleren Einkommensschicht in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, hier S. 38–39) ignoriert, die dieses Problem diskutiert. Die These von der Ungleichheit der Vermögen stimmt deshalb nur teilweise.

EXTREM UNGLEICHE EINKOMMEN?

Ähnlich problematisch ist Fratzschers Argumentation bezüglich der Ungleichheit der Einkommen. Hier ist unbestritten, dass die Markteinkommen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften überdurchschnittlich breit gefächert sind. Sieht man sich allerdings die Einkommen nach der Umverteilung durch den Staat an, berücksichtigt man die Abzüge durch Steuern und Sozialleistungen und rechnet die Transferleistungen hinzu, dann ist die Ungleichheit in Deutschland nicht größer als in vergleichbaren Gesellschaften. Zu Recht hat das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) kürzlich in einer Studie für die Stiftung Familienunternehmen auf diese Diskrepanz hingewiesen (Felbermayr, Battisti, Lehwald: Entwicklung der Einkommensungleichheit), die Fratzschers

Argumentation zu den Gefahren einer steigenden Einkommensungleichheit weitgehend entkräftet.

FEHLENDE TEXTBELEGE

Ohne beckmesserisch sein zu wollen, ist anzumerken, dass der Band sprachlich schludrig redigiert wurde. Der weitgehende Verzicht auf Nachweise in Anmerkungen mindert den Wert der Argumentation durchgehend. Gerade die populistischen Verkürzungen (etwa: „Nirgendwo schaffen weniger Kinder den sozialen Aufstieg“, S. 36) werden nicht belegt und sind wissenschaftlich zumindest umstritten: Die kürzlich im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Institut der deutschen Wirtschaft erstellte Studie „Bildungsgerechtigkeit in Deutschland“ kommt zu einem anderen Ergebnis; gerade in den letzten Jahren haben Kinder aus bildungsfernen Schichten deutlich aufgeholt. Der Zusammenhang zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit und Wirtschaftswachstum ist bisher wissenschaftlich nicht eindeutig geklärt. Linear ist er aber in keinem Falle.

Ärgerlich wird es, wenn die Wirtschaftsgeschichte fälschlich für Argumente herangezogen wird. Bei der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 in der DDR wurde etwa mitnichten „der größte Teil des Ersparten der Ost-Bürger ... eins zu eins umgetauscht“ (S. 144), sondern der Umtauschkurs eins zu eins war je nach Altersgruppe auf 2.000 bis 6.000 DDR-Mark pro Person beschränkt. Die Währungsunion bedeutete also für DDR-Bürger mit höherem Geldvermögen einen Währungsschnitt

mit deutlichen Vermögensverlusten – was eigentlich Fratzschers Argumentation stützt, dass es historisch bedingt große Vermögensunterschiede zwischen Ost und West gibt. Da wird „eine hohe Vermögenssteuer auf Immobilieneigentum“ (S. 147) in der Nachkriegszeit entdeckt, die verhindert habe, dass die deutsche Mittelschicht hätte Vermögen aufbauen können. Da Nachweise fehlen und der Steuersatz der Vermögenssteuer in den 1950er-Jahren bei 0,75 Prozent des zu versteuernden Vermögens lag und somit kaum gemeint sein kann, lässt sich nur vermuten, dass Fratzscher damit das bundesdeutsche Lastenausgleichsgesetz von 1952 angesprochen haben könnte. Allerdings wurde der Lastenausgleich nur auf zum Stichtag der Währungsreform 1948 bestehende Vermögen erhoben, die Neubildung von Vermögen verhinderte der Ausgleich also nicht. Eine Geschichte der Privatvermögen in Deutschland ist ein dringendes Forschungsdesiderat; vermutlich würde aber im Gegenteil gerade für die Adenauer-Ära eine breitgefächerte Vermögensbildung festzustellen sein, tatsächlich „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard).

PAUSCHALE BEHAUPTUNGEN ZUR VERMÖGENSKONSTANZ

Ähnlich pauschal – und unbelegt – ist Fratzschers Behauptung: „Nirgendwo verbleibt Reichtum so oft über Generationen hinweg in denselben Familien“ wie in Deutschland (S. 36). Da Fratzschers Literaturverzeichnis leider keinen Hinweis darauf liefert, worauf diese Behauptung beruht, sei auf eine Studie der Banca d'Italia verwiesen. Anhand des Vergleichs

des Florentiner Steuerkatasters von 1427 mit dem Stand 2011 kann die Studie nachweisen, dass es in Florenz erstaunlich wenig Mobilität innerhalb wirtschaftlich starker Familien gab (Temi di Discussione Nr. 1060, April 2016). Tatsächlich gibt es – freilich von Fratzscher nicht zitierte – Studien zu mehreren europäischen Staaten, die eine lange Vermögenskonstanz in reichen Familien belegen (etwa Clark und Cummins zu England im *Economic Journal* 2014). Gerade für Deutschland aber sind ähnliche Entwicklungen bisher wohl nur in Einzelfällen belegt und auch nicht überregional repräsentativ. Im Gegenteil, wenn der Vermögensverlust „idealtypischer“ deutscher Adelsfamilien durch die Zäsuren der Inflation 1923 beziehungsweise den Wegfall der Ostgebiete und die Bodenreform in der SBZ 1945 ein Indikator ist, so ist gerade für Deutschland eine solche Vermögenskonstanz in größerer Breite eher unwahrscheinlich. Zu erwarten ist lediglich ein über Generationen andauernder Vermögenserhalt in einer einzigen soziologisch fassbaren Gruppe, nämlich bei deutschen Familienunternehmen.

Was ist der Ertrag von Fratzschers Studie? In der Zusammenschau ist der Eindruck durchwachsen. Fratzschers Darstellung stellt viel Material bereit, ist allerdings stellenweise schlecht recherchiert und leidet unter der schlagwortartigen Verkürzung komplexer Zusammenhänge, besonders da der wissenschaftliche Apparat fehlt. Positiv anzumerken ist der Verzicht auf linkslastige Umverteilungsszenarien als Allheilmittel. Zuzustimmen ist dem Autor, wenn er eine Steigerung der Bildungsausgaben in Deutschland als nachhaltigste Maßnahme zur Förderung von Chancengleichheit und Wirtschaftswachstum fordert. Typisch für den

eher „uninformierten“ Diskussionsstand in Deutschland ist freilich auch, dass eine aktive politische Förderung von Vermögensbildung, so wie sie zum ursprünglichen Programm der Sozialen Marktwirtschaft gehörte, bei ihm keine Rolle spielt.

Die von Fratzscher diagnostizierte Ungleichheit bei Vermögen, Einkommen und Chancen in Deutschland ist durchaus vorhanden, aber bei genauerem Hinsehen wird diese Ungleichheit beim Einkommen durch Steuern und Transferleistungen deutlich korrigiert, bei der Größe der Privatvermögen ist sie aufgrund der unberücksichtigten Pensions- und Renteneinkünfte und bei den Bildungschancen – das zeigt die erwähnte Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung – stark im Schwinden

begriffen. Das soll nicht heißen, dass in Deutschland zurzeit eine *societas perfecta* existieren würde, bei der es nicht durchaus noch breiten Raum zur Verbesserung gäbe. Sicherlich ist eine genaue Beobachtung der Indikatoren für eine weitere Aufspreizung von Lohn und Gehalt ebenso notwendig wie die verstärkte Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten beziehungsweise aus Migrantenfamilien. Mit guten Gründen ließe sich auch eine steuerliche Korrektur bei nicht mehr gerechtfertigten Spitzengehältern im Management fordern. Gerade weil die Problemlagen aber äußerst komplex sind, hat Fratzscher mit seiner verkürzenden Argumentation seiner Sache nicht gedient.

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2016
zum Thema

Mitte



Abgesang oder Aufbruch

Hierzu schreiben unter anderen Karl-Rudolf Korte,
Jens Hacke und Ilse Aigner.

IMPRESSUM

Nr. 539, Juli/August 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf,
Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und
Erich Peter Neumann

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistent: Cornelia Wurm
Studentischer Mitarbeiter: Nils Busekros

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Cadenabbia und der Comer See

**Adenauers Villa La Collina – kulturpolitische
Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung**
Reiseführer: Genießen, Wandern und Entspannen

*Ein MERIAN Solitaire –
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und TRAVEL HOUSE MEDIA
GmbH, 2016,
2. vollständig überarbeitete
Ausgabe*

*208 Seiten mit zahlreichen
Schwarz-Weiß-Fotos von
Adenauers Aufhalten am
See sowie aktuellen Bildern.
Stadtpläne von Como und
Bellagio, Straßenkarte
Comer See.*

ISBN 978-3-8342-2069-1

Preis: 14,99 Euro

*Bestellen Sie
versandkostenfrei bei der
Konrad-Adenauer-Stiftung
per E-Mail an
publikationen@kas.de oder
per Fax 0 22 41/24 65 22 64*

www.kas.de/reisefuehrer

Der erste Teil des Reiseführers erzählt die Geschichte des Sees, schildert Adenauers Aufenthalte in Cadenabbia, lässt Zeitzeugen zu Wort kommen und bietet Informationen über die Villa La Collina – damals Adenauers Feriendomizil, heute internationaler Ort der Begegnung und Hotel für Individualreisende.

Der zweite Teil blättert die vielfältigen touristischen Reize des Comer Sees auf: die Stadt Como, prunkvolle Villen und hübsche Dörfer, das malerische Bellagio u. v. m. Sechs Wanderungen führen zu jahrhundertealten Stätten und eröffnen wundervolle Ausblicke.

Auf Wiedersehen in Cadenabbia!



**Konrad
Adenauer
Stiftung**